Antifaschistisches Infoblatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 99 | Sommer 2013 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

Kriegstourismus

Neonazis auf den Schlachtfeldern der Welt



Inhalt

AIB 99 2 · 2013

Rubriken



Flickr.com – Moyan Brenn

8



22



38

Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa



Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt
www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Titelfoto: © nwimageworks – Fotolia.com

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Ein klassisches Infoblatt-Thema: Neonazis, Terror, Kriegsspiele – brisant, reißerisch und verdammt notwendig.

Waffen, Krieg und Morde sind logische Konsequenzen neonazistischer Ideologie, zielt sie doch auf Vernichtung ab und stellt Kampfbereitschaft und das Recht des Stärkeren ins Zentrum neonazistischer Identität. Die kontinuierliche und unabhängige Beobachtung, Enttarnung und Bekämpfung waffenaffiner, gewalttätiger und vernetzter Neonazis kann und darf nicht allein staatlichen Behörden überlassen werden. Wir wollen Euch mit unserem Titel nicht in Angststarre versetzen, sondern motivieren, weiterhin gegen Neonazis und ihre Strukturen vorzugehen. Internationaler Austausch und ein internationaler Fokus sind dabei unerlässlich: Denn sie kämpfen als Söldner in lokalen Konflikten weltweit, sie handeln mit Waffen über Grenzen hinweg, trainieren bei »Kameraden« in anderen Ländern (siehe Schwerpunkt) und sie vernetzen sich über Kampfsport-Events international (siehe Seite 48). Und sie morden. Mörderisch ist der Neonazismus und die weit über ihn hinaus verbreiteten menschenfeindlichen Einstellungen täglich:

Am 10. Mai wird im russischen Wolgograd der 23jährige Vladislav Tornovoi zu Tode gefoltert, weil er sich seinen späteren Mördern gegenüber zu seiner Homosexualität bekennt. Am 30. Mai, keine drei Wochen später stirbt der 39jährige Oleg Serdiuk ebenfalls in Russland in Kamtschatka, durch Schläge und Messerstiche. Die Täter halten ihn für schwul (siehe Seite 46). In New York wird am 24. Mai der 32jährige Schwule Mark Carson erst homophob beschimpft und dann erschossen.

Zu einem rassistischen Mord kommt es in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai im tschechischen Teplice: Der 49jährige Ivan »Mikoro« Jarka wird aus antiziganistischen Motiven mit 21 Messerstichen ermordet, wie das Infoportal romea.cz berichtet.

Am 5. Juni begegnet der »junge Gewerkschaftler und militante Antifaschist« Clément Méric seinen Mördern in Paris bei einem Lagerverkauf. Es kommt zu einer Auseinandersetzung, die vier Neonazi-Skinheads schlagen den 18jährigen mit einem Schlagring nieder. Clément stirbt wenig später im Krankenhaus an seinen Gehirnverletzungen. Die Täter sollen »Blood & Honour«-Shirts getragen und zur rechten Gruppierung »Junge nationalistische Revolutionäre« (JNR) gehört haben. Die Tat ist im Zusammenhang mit den seit Wochen anhaltenden homophoben Demonstrationen und Ausschreitungen gegen die eingeführte »Homo-Ehe« in Frankreich und den sich dadurch verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen dem homophoben Mob und Linken zu betrachten. (siehe Seite 50).

Diese Auflistung ist viel zu lang – und doch ist sie in Wahrheit viel länger. Wir gedenken all den Opfern rechter Gewalt.

Doch auch der institutionelle Rassismus fordert seine Opfer. Am 28. Mai erhängte sich im Erstaufnahmelager für Flüchtlinge in Eisenhüttenstadt Djamaa Isu aus dem Tschad. Für den nächsten Tag war seine Abschiebung geplant. Einen Tag später starb Adams Bagna, ein Flüchtling aus dem Niger, in der Unterkunft Bernburg. Er litt an chronischem Asthma, aufgrund akuter Atemnot war er auf dem Flur zusammengebrochen. Die genaue Todesursache wird noch ermittelt, nahe liegt ein Zusammenhang mit den schlechten Bedingungen der Unterbringung. Auch deshalb wehren sich Betroffene und Unterstützer_innen aus Sachsen-Anhalt gemeinsam gegen das Unterbringungssystem, wie auf den Seiten 32–33 nachzulesen ist.

Ärgerlich erscheint vor diesem Hintergrund beim Lesen des Schwerpunktes und nicht zuletzt angesichts des NSU die Aussage des Verfassungsschutzes im unlängst vorgestellten Verfassungschutzbericht 2012 für Berlin: Angesichts der hohen Gewaltbereitschaft in der Szene sei die Existenz weiterer rechtsterroristischer Strukturen zumindest möglich, die Affinität von Neonazis zu Waffen und Sprengstoff stelle eine latente Gefährdung dar. In Anbetracht regelmäßiger Attacken – auch mit Waffen und Sprengstoff – ist die Gefährdung nicht »latent«, in Anbetracht von Toten durch deutsche Asylpolitik kann das neue Vorgehen nur als Feigenblatt betrachtet werden, in Anbetracht der Arbeitsweise des VS bezüglich des NSU macht das Einräumen »möglicher rechtsterroristischer Strukturen« die Überflüssigkeit des VS ein weiteres mal deutlich. Dass Staaten rechten Terror dulden, finanzieren und selbst begehen ist eine alte Leier, Beispiele hierfür gibt es in Dänemark (siehe Seite 54), Luxemburg (siehe Seite 36) und Spanien (siehe Seite 52).

Noch etwas in eigener Sache: Wer hats gemerkt? Im Herbst ist es soweit, die 100. Ausgabe des AIB erscheint! Über 25 Jahre und runde 100 Ausgaben – das werden wir natürlich gebührend begehen: Geplant sind u.a. eine Sonderbeilage, eine Party am 4. Oktober in Berlin und eine Veranstaltung. Fühlt euch alle vorab schon mal herzlich eingeladen mit uns zu feiern und aufgefordert, uns zur 100. Ausgabe zu gratulieren!

Aussage im NSU-Prozess legt weiteren Sprengstoffanschlag nahe

Wie nsu-watch.info am 11. Juni 2013 vermeldete, wurden diejenigen bereits am 8. Verhandlungstag des Münchner NSU-Prozesses eines Besseren belehrt, die erwartet hatten, dass dort nichts Neues zu Tage gefördert werde. Für die Prozessbeteiligten überraschend sagte der wegen Beihilfe zum Mord angeklagte Carsten Schultze erstmalig aus, dass die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt ihm gegenüber damit prahlten, in Nürnberg eine »Taschenlampe hingestellt« zu haben. Nach Recherchen der Zeitschrift Stern passt die Aussage zu einem unaufgeklärten Anschlag in einer Nürnberger Gaststätte eines türkischen Betreibers. Wie die »Nürnberger Nachrichten« damals berichteten, fand eine Reinigungsfachkraft am 23. Juni 1999 in der Toilette der Gaststätte einen ca. 30 cm langen Gegenstand, der nach Angaben des Opfers wie eine Taschenlampe aussah. Der 18jährige versuchte sie anzuknipsen – dann explodierte sie. Er erlitt Verbrennungen am Oberkörper, im Gesicht und an den Armen. Die Polizei ermittelte damals offenbar in Richtung »Schutzgelderpressung« und ein »ausländerfeindlicher Hintergrund« wurde sehr frühzeitig ausgeschlossen. Die polizeilichen Ermittlungen nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 brachten den »Taschenlampen«-Anschlag ebenfalls nicht mit Rechtsterrorismus in Verbindung, auch wenn der Verdacht wegen Ort und Vorgehen auf der Hand liegt. Von umfassender Aufklärung kann so nicht gesprochen werden. ■

Neonazikonzert: Stecker ziehen in Finowfurt

Kurz nach 21 Uhr endete am 18. Mai 2013 ein RechtsRock-Konzert mit 650 Neonazis im brandenburgischen Finowfurt (Gemeinde Schorfheide) vorzeitig. Die Polizei löste das Konzert auf, nachdem mehrfach der Hitlergruß gezeigt wurde. Damit konnten nicht alle der dreizehn angekündigten Bands beim »Benefizkonzert« für »Kameraden in Not« auf dem Gelände von Klaus Mann, Landesvorsitzender der Partei »Die Rechte« in Brandenburg, auftreten. Auf dem mittlerweile bedeutendsten Veranstaltungsort für Neonazievents im Bundesland hatten zuvor Szenegrößen wie »Sleipnir« gespielt. Auch »Legion of Thor«, die wie »Sleipnir« ein neues Album veröffentlicht haben, waren neben weiteren Bands aus Ostdeutschland geladen. Darunter die Brandenburger Formationen »Exzess«, »Frontfeuer«, »Hausmannskost«, »Klänge des Blutes« sowie die Bands »Jungblut« und »Wortgefecht«.

Organisiert wurde das Konzert von der Berliner Neonaziaktivistin Gesine Hennrich, ehemals »Frontbann 24«. Weitere »Frontbann 24«-Aktivisten sowie Neonazis des »Nationalen Widerstand Berlin« fungierten als OrdnerInnen – mit orangefarbigen T-Shirts und der Aufschrift »Staffel«. Das Konzert werteten Veranstalterin Hennrich und Gäste vom FSN.tv, einem neonazistischen Internetradio, als Erfolg, obwohl die anreisenden TeilnehmerInnen weite Umwege und starke Verzögerungen in Kauf nehmen mussten. Knapp 1.000 Antifaschist_innen hatten die Anfahrtswege zum Konzertgelände durch Sitzblockaden versperrt. Für die kommenden Monate sind bereits mehrere Neonaziveranstaltungen auf dem Gelände angemeldet, neben dem »Preußentag« der NPD im Oktober ist für den 17. August, dem Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, ein Konzert mit »Kategorie C« angekündigt. ■



[1] Der neonazistische Veranstaltungsschutz im einheitlichen »Staffel«-T-Shirt.

Mit Schaufel und T-Shirts in den Wahlkampf

Energisch und einsatzbereit präsentiert sich der NPD-Bundesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Holger Apfel auf der Facebook-Seite der NPD-Sachsen. Mit einer Schaufel und einer Hand voll Kameraden will er dem Hochwasser zu Leibe rücken. Auch Maik Scheffler, sächsischer NPD-Landesvize, ruft dazu auf, die Partei in ihrer Hilfsarbeit für die vom Hochwasser Betroffenen zu unterstützen. So können zum Beispiel Solidaritäts-T-Shirts erworben werden. Jedoch zeigt der Aufdruck »Nationale Solidarität – Fluthelfer 2013« schnell, wie und für wen die vermeintlichen Helfer sich einsetzen möchten. Doch nicht jeder kann die Zeichen lesen. Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper schüttelte dem Vorsitzenden der NPD Jugendorganisation Andy Knape die Hand und bedankte sich bei diesem für die Unterstützung. Er sei überrumpelt worden und hätte nicht gewusst, wer ihm gegenüber stand, argumentiert der SPD-Politiker im Nachhinein. Den »JN«-Aufdruck auf Knapes T-Shirt hatte er dabei wohl übersehen. Auf Facebook freuen sich die Neonazis über die ihnen zukommenden Danksagungen. Denn auch Sachsen-Anhalts CDU-Innenminister Holger Stahlknecht habe sich im Kieswerk Farsleben bei JN-Aktivisten bedankt.

Ein zweiter Aspekt wird deutlich, ruft man sich die Aussagen Apfels im Februar in der »Deutschen Stimme-aktuell«, dem Online-Auftritt der NPD-Parteizeitung, in Erinnerung. Unter dem Motto »seriöse Radikalität« sollen die Mitglieder der extrem rechten Partei auf Wählerfang gehen. Auch in den regelmäßig erscheinenden »Nachrichten aus der Parteizentrale« wird dazu aufgerufen, mit ansprechenden Fotos, auf personalisierten Wahlplakaten und auch mit persönlichen Daten, etwa zu Beruf, Hobbys und ehrenamtlichem Engagement auf den Internetseiten der Kreisverbände, auf Flugblättern sowie auf persönlichen Facebook-Seiten ein neues Bild der Partei zu erzeugen, wie »Blick nach Rechts« berichtete. Auch die Diffamierung anderer Parteien gehört zu dieser Strategie. »Während unsere Systempolitiker mit gespielter Betroffenheit im feinen Zwirn und sauberen Gummistiefeln Heuchel-Reden in die Kamera halten, packt die nationale Alternative gegen die Politversager von CSU/CDU, SPD, FDP, Grüne und Linke selbst an und füllt Sandsäcke statt die Kassen anderer«, triumphiert Scheffler auf seiner Facebook-Seite am 3. Juni 2013. Die eigenen Wahlinteressen bleiben dabei unerwähnt. ■

Cottbusser Neonazi nach Messerattacke auf Hells Angel festgenommen

Der wegen Volksverhetzung verurteilte Kickboxer und Neonazi Markus Walzuck steht laut Medienberichten im Verdacht, ein Mitglied der Rockergruppierung Hells Angels in Cottbus niedergestochen und ausgeraubt zu haben. Walzuck war bis zu dessen Verbot im Juni 2012 in das Südbrandenburger Neonazi-Netzwerk der »Spreelichter« eingebunden (AIB Nr. 92 & 95). Walzuck und Toni Lempke sind die früheren Markeninhaber der Kleidungsmarke »Boxing Connection« / »Label 23« (AIB Nr. 96). Der Messerangriff war der Auftakt für eine brutale Auseinandersetzung, die mutmaßlich zwischen den örtlichen Hells Angels und Walzucks Clique aus Kickboxern, Türstehern, Hooligans und Neonazis ausgetragen wurde. So gingen im Februar 2013 die Autos eines Hells Angels-Anwärters und von Walzuck in Flammen auf, das Ladengeschäft »Blickfang Store« von Toni Lempke wurde mit Feuerlöschern verwüstet und der Arbeitsplatz eines Hells Angels bei einem Pizza-Service sabotiert. Ein vermeintlich an der Messerattacke beteiligter mutmaßlicher Komplize Walzucks wurde überfallen und mit Säure im Gesicht besprüht. Der so Angegriffene steht mittlerweile im Verdacht, mit einer Axt auf ein Auto eingeschlagen zu haben, dessen Insassen nur mit Not flüchten konnten. Fast vier Monate nach der Messerattacke wurde Walzuck nun im österreichischen Salzburg von der Polizei festgenommen. Er sieht einem Prozess wegen versuchtem Mord, schwerem Raub und schwerer Körperverletzung entgegen. ■

[1] Markus Walzuck.

Screenshot der Internetseite des Kickboxteam Cottbus

Bewaffnete Neonazis im Ausland

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem Thema »Bewaffnete Neonazis im Ausland«. Die Spannweite hierbei ist erschreckend weit. Der Artikel »Die Achse Deutschland-Südafrika« zeichnet Verbindungen des NSU-Umfeldes nach Südafrika nach. Hierbei konnten wir u.a. Pläne für ein (Waffen-) Ausbildungscamp für deutsche Neonazis aufdecken. Im Artikel »Dressed to kill« berichten wir über die wenig bekannten deutschen Neonazis als Söldner in Kriegsgebieten. Im Artikel »Waffen für Portugal?« geht es um den internationalen Waffenhandel deutscher Neonazis. Berichte über eine Beteiligung extrem rechter europäischer »Freiwilliger« oder Söldner gab es auch im jordanischen Bürgerkrieg 1970. In Südafrika kämpften vereinzelt deutsche Neonazis für das Apartheidsregime, besonders im Todesschwadron der »Afrikaaner Weerstands Beweging« (AWB).

Motive

Der Drang von Neonazis zu tödlichen Waffen, Kriegen und Söldner-Truppen hat vielfältige Motive. Zum einem werden klassisch rassistische Ideologien bedient. Über französische Neonazis wie Michel Faci im ersten Irakkrieg wusste die ZEIT zu berichten: »Einen ganz eigenen Traum wollten sich die französischen Neonazis erfüllen und den irakischen Soldaten im Kampf gegen Amerikaner und Juden beistehen.« Die jugoslawischen Zerfallskriege der 1990er-Jahre waren für viele Neonazis eine willkommene Gelegenheit selbst aktiv zu werden. Offen wurde in Publikationen für den Kampf auf Seiten Kroatiens geworben, das sich damals auch von offizieller Seite positiv auf das faschistische Kroatien im Zweiten Weltkrieg bezog. Zudem stellte der nationalistische Konflikt samt brutaler Vertreibungen – verharmlosend »ethnische Säuberungen« genannt – die reale kriegerische Umsetzung ethnopluralistischer Vorstellungen dar. In den Reihen der rechten HOS-Miliz[1] kämpften Neonazis »für ein ethnisch reines Kroatien«. Der österreichische Neonazi Wolfgang Niederreiter berichtete in seinem Buch[2], dass Neonazi-Söldner-Einsätze in Kroatien u.a. zu »Übungszwecken für später« dienten. Dieses Vorbereiten auf den nahenden »Rassenkrieg«, oder auch die »nationale Revolution« stellt wohl insgesamt eine zentrale Motivation für das neonazistische Interesse an Waffen und Kampfhandlungen wie »Söldnertätigkeit« dar.

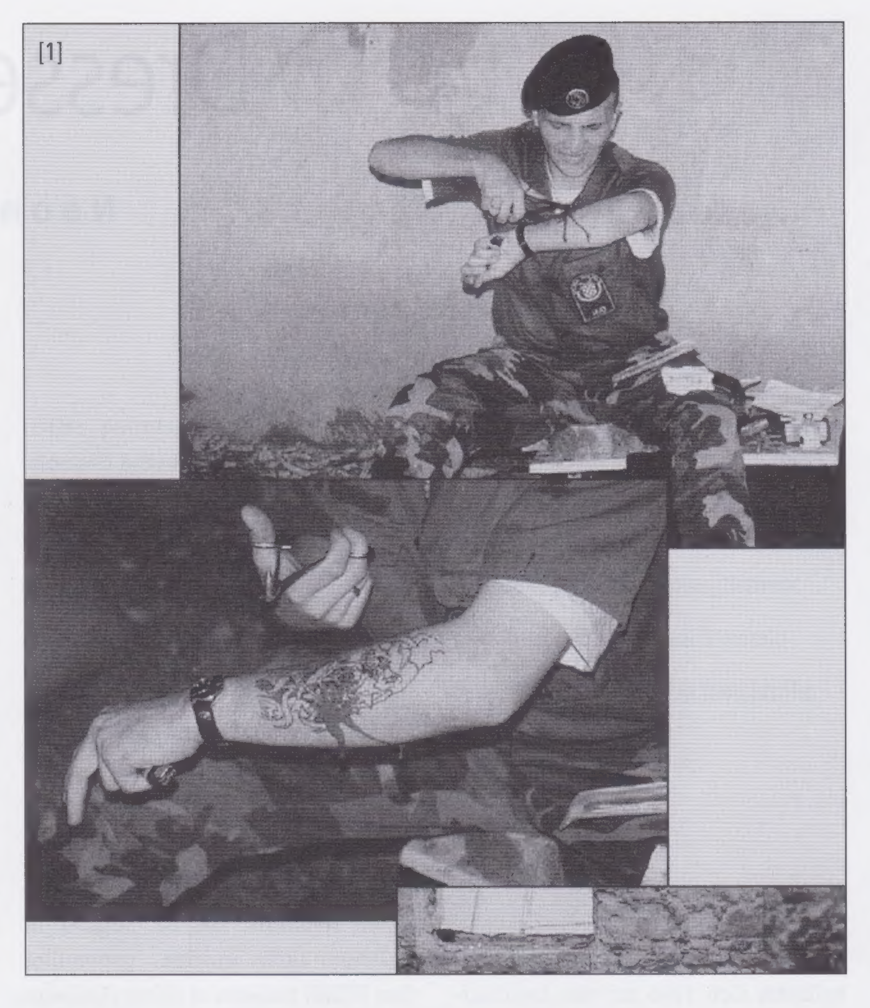
Der Kampf »Weiße gegen Schwarze« in einigen Regionen Südafrikas passt besonders gut in rassistische Weltbilder. Heroische »Südafrika-Literatur« wird in der militanten Neonaziszene gerne aufgegriffen und rezipiert. Das Bild einer kleinen »rassisch reinen« Minderheit, welche gewaltsam gegen eine vermeintliche Übermacht »minderwertiger« Menschen im Land kämpft, ist eine Projektionsfläche für rassistische Kriegsfantasien weltweit. Vor allem deutsche, männliche Neonazis glauben sich in einer Tradition von kämpfenden Wikingern, Freikorps- und Wehrmachtssoldaten sowie SS-Einheiten. Diese Vorstellung ist Teil der Szene-Sozialisation und wird durch entsprechende Musikinhalte, Literatur und Bilder verstärkt.

Ebenso verhält es sich mit in der Szene verbreiteten Vorstellungen von Männlichkeit, heroisiertem Soldatentum und Krieg. Stärke, Mut, Kraft, Emotionslosigkeit, Kampfbereitschaft, Kameradschaft und Autoritätsglaube sind demnach männliche Eigenschaften, die im Krieg erlernt und bewiesen werden können. Das Recht des Stärkeren wird hier in seiner extremsten Form ausgelebt. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam in autoritären Strukturen entspricht dem neonazistischen Weltbild. Besonders die deutsche Gesetzeslage, durch die Waffenbesitz vergleichsweise stark reglementiert wird, macht »waffenreiche« Länder wie Südafrika oder Bürgerkriegsregionen attraktiv, um bewaffnet zu kämpfen und zu töten. »Es geht um die Lust am Töten im Täter, nicht um dessen ›Verantwortung‹ vor Gesetzeslagen«, schrieb Klaus Theweleit in seinem Buch »Männerphantasien«.

Weiter benennt er die »Übertretung ins Kriminelle« als den »Zentralkitt im Inneren aller Männerbünde«. Diese Übertretung erscheint nur deshalb nicht als kriminell, weil sie von offiziellen Autoritäten gedeckt wird oder sogar erwünscht ist. Auch der Weg aus der politischen und militärischen Bedeutungslosigkeit im eigenen Land scheint durch die Teilnahme an Kriegs-

1| HOS: »Kroatische Verteidigungskräfte«, war von 1991 bis 1993 eine kroatische paramiltärische Organisation der faschistischen »Kroatischen Partei des Rechts« (HSP).
2| Santner, Christoph und Wolfgang Niederreiter: »Ich geh jetzt Rambo spielen. Müllkind, Neonazi, Söldner in Bosnien, Bekehrung - und ein Mordprozess«; Aufbau Verlag; 1995.
3| https://www.antifainfoblatt.de/artikel/lebenslänglich-für-kölner-nazi-söldner
4| www.antifainfoblatt.de/artikel/apartheidskrieger-gestoppt
5| www.antifainfoblatt.de/artikel/rechte-glücksritter-ostdeutschland

einsätzen gefunden. Allerdings muss festgehalten werden, dass bisher eher Einzelpersonen als Söldner im Ausland tätig wurden und nicht organisierte Gruppenstrukturen.



[1] Der österreichische Söldner und Neonazi, Wolfgang Niederreiter, operiert sich in Bosnien selbst einen Steckschuss aus dem Arm.

Faksimile aus: »Ich geh jetzt Rambo spielen«, Aufbau-Verlag 1995

Auswirkungen

Neben der konkreten Übung im Umgang mit Waffen sind Vernetzung, internationale Kontakte und der Zugang zu Waffen ein Resultat und weitere Motivation für die Beteiligung deutscher Neonazis an Söldnerkriegen. Dass dadurch die reale Gefahr von Neonazis für potenzielle Feinde steigt, liegt auf der Hand. Bei Söldnern handelt es sich um kriegserfahrene, abgestumpfte Neonazis, die die Hemmschwelle zum Töten bereits überwunden haben. Ein Beispiel: Der Neonazi Thomas Adolf war nach eigenen Angaben unter anderem Söldner für die Militärdiktatur in Argentinien und das Regime in Rhodesien. Er trat 1994 für die neonazistische Deutsche Liga als Kandidat an. Im Oktober 2003 ermordete er einen Anwalt, dessen Frau und die erwachsene Tochter in dessen Kanzlei in Overath.[3]

Doch nicht alle Ex-Söldner laufen Amok, manche machten in der NPD Karriere: Kroatienkämpfer Eckart Bräuniger war lange Jahre Landesvorsitzender in Berlin und Geschäftsführer der »Deutschen Stimme«. Auch Alexander Neidlein war in Kroatien aktiv gewesen, wurde später Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und ist zurzeit dort Geschäftsführer. Seine Vergangenheit scheint er nicht hinter sich gelassen zu haben: Auf Facebook ist er bis heute in einer Vernetzungsgruppe ehemaliger Kroatiensöldner und im NPD-Portal DS-Aktuell schwärmte er noch Ende letzten Jahres über einen kroatischen General, der wegen Kriegsverbrechen angeklagt war, als »Mann, der dem Recht auf Selbstbestimmung jedes Volkes zum Sieg verhalf«.

Wer das Milieu aus militanten Rassisten, Apartheidsbefürwortern und kriegsbegeisterten Neonazis beleuchten will, kommt um die thematische Melange Südafrika, Waffengeschäfte und Neonazisöldner nicht herum. Die Verbindungen zwischen diesen Themen sind hierbei offensichtlich. Einige Beispiele aus dem braunen Söldner-Sumpf: Glorifizierende Literatur zum Thema kommt insbesondere von dem in Südafrika lebenden deutschen Neonazi Claus Nordbruch, dessen Visitenkarte in der letzten Wohnung des NSU gefunden wurde. Der Autor verklärt etwa den als »Elite-Killer« bezeichneten deutschstämmigen Südafrika-Söldner Wilhelm Friedrich Ratte[4] zur »Legende«. Der Leipziger Reinhard Rade, der früher im rechten Söldnermilieu aufgefallen sein soll, hatte einen Wohnsitz in Südafrika. Im Februar diesen Jahres beleuchtete die Tageszeitung »Neues Deutschland« die Rolle des 1964 in Innsbruck geborenen Immobilienhändlers. Unter dem Titel »NSU – Masche im globalen Geflecht alter und neuer Nazis« schildert der Hintergrundbericht, dass Rade als junger Mann einer Wehrsportgruppe angehört habe. Bereits 1981 sei er wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt worden und habe später Saddam Husseins Irak mit Kriegsgerät beliefert. Auch seine eingetragenen Firmenpartner aus Frankreich und Österreich kann man – freundlich formuliert – als international tätige »Militärdienstleister« mit neonazistischem Hintergrund bezeichnen.[5] ■

Dressed to kill?

Neonazis als Söldner

Viel ist seit der Enttarnung des NSU über die Entstehungskontexte rechtsterroristischer Strukturen in der BRD geschrieben worden, erstaunlich ruhig blieb es in diesem Zusammenhang um die seit Jahrzehnten bekannte Söldnertätigkeit deutscher Neonazis.

Als ein antifaschistisches Autorenkollektiv sich 1996 mit der Zweitauflage des Buches »Drahtzieher im braunen Netz – Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich« genau dieses Thema annahm, hatten sie zutreffend bilanziert: »Um die Neonazis wirksam bekämpfen zu können, ist es unentbehrlich, sich Wissen über deren Organisationen und Strukturen und über ihr Zusammenspiel mit der großen Politik anzueignen«. Zwei Krisengebiete waren bevorzugtes Reiseziel für Neonazis, welche als Söldner aktiv werden wollten, Südafrika und das ehemalige Jugoslawien[1]. Der in Südafrika lebende Neonazi Horst Klenz warb bereits 1980 Söldner per Anzeigen in neonazistischen Zeitungen. 1992 rief die englischsprachige NSDAP/AO-Publikation »The new order«, zur »Bildung von Freiwilligeneinheiten« zur »Verteidigung der weißen Rasse« in Kroatien auf.[2] Neu war die Idee bereits damals nicht, für mediale Beachtung hatten solche Pläne bereits während des Golf-Kriegs gesorgt, als Neonazis aus antisemitischer Motivation heraus »Saddam Hussein als Held der Araber« unterstützen wollten und Michael Kühnen 1991 pressewirksam die Aufstellung einer Söldnertruppe bekannt gab. Zu den Neonazis, die mit dem Irak zumindest auf Tuchfühlung gingen und beim irakischen Informationsminister vorstellig wurden, gehörte der französische Neonazifunktionär Michel Faci.[3] Später gehörte er zu den ersten Neonazis, die als Söldner in Kroatien aktiv wurden, gegenüber dem STERN taxierte er seine »Einheit« auf 200 Deutsche und Österreicher. Hier war es zuerst die HOS-Miliz des kroatischen Faschisten Dobroslav Paraga, die auf ausländische Neonazis als Söldner zurückgriff. Sie sah sich in der Tradition der kroatischen Faschistenbewegung »Ustascha«, die nach der Besetzung Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg an die Macht gelangten und unter ihrer Herrschaft tausende politische Gegner, Juden und Serben umbringen ließ.[4]

Die Haltung staatlicher Stellen zu dieser Art Kriegstourismus war ausweichend, es gäbe zwar Neonazis, die »privat« Krieg führen würden, neonazistische Strukturen hätten sich jedoch nicht beteiligt.[5] Genau genommen ist der Begriff »Söldner« irreführend, da es den teilnehmenden Neonazis weniger um den »Sold« ging, als um die Kriegsteilnahme aus ideologischen oder andersgearteten Gründen. Finanzielle Erwägungen dürften als Motivation kaum eine Rolle gespielt haben. Eine Veröffentlichung des österreichischen Innenministeriums von 1994 zufolge, habe die kroatische Armee keinen Sold bezahlt, sondern den Söldnern »selbstgemachte Beute als Sold« überlassen. Dies habe zu Mord und Raub unter den Söldnern[6] und an der Zivilbevölkerung geführt. Der damals 22jährige Leipziger Neonazi Heiko K., welcher im Dezember 1993 – nach 2 Jahren Söldnertätigkeit in der kroatischen Armee – verhaftet worden war, erklärte für monatlich 300 Mark habe er den Kroaten helfen wollen, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg geholfen hätten.[7] Rund 100 Deutsche hätten sich am Konflikt im ehemaligen Jugoslawien als Söldner beteiligt, teilte die Bundesregierung mit, fast ausnahmslos hätten sie auf Seiten der Kroaten und der bosnischen Kroaten gekämpft. Diese Zahl widerspricht wiederum weitaus höheren Schätzungen einzelner Landesbehörden des Verfassungsschutzes. Letztendlich ist wohl weniger die Zahl der kriegsteilnehmenden Neonazis bedeutsam, als das sich hier entwickelnde Söldnermilieu und dessen Nachwirkungen. Nach Verlautbarungen von Sicherheitsbehörden waren deutsche und österreichische Neonazis nicht nur beim Aufbau von Söldnertruppen, sondern auch an Waffenlieferungen und Kriegshandlungen beteiligt.[8]

Söldner im terroristischen Milieu

Nach Feststellungen von Sicherheitsbehörden sind von einigen der von den Kriegsschauplätzen in Kroatien

1| Neonazistische Söldner gab es auch in anderen Armeen. Dirk Betten, Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann und Söldner der spanischen Legion, berichtet im Mai 1986 in der Publikation WIENER über Attentatspläne deutscher Neonazis.

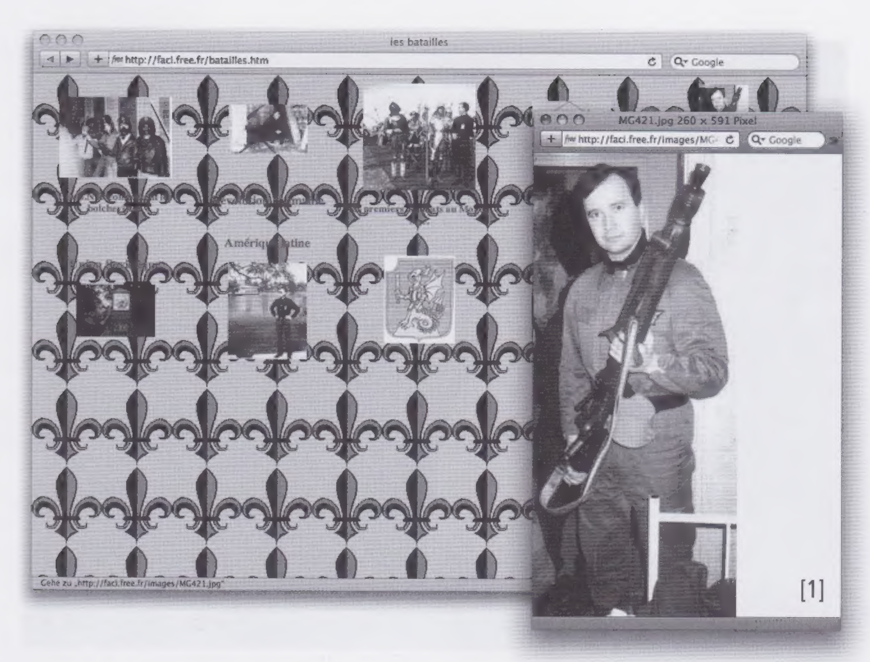
2| Vgl. Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. 1996, Konket Literatur Verlag

3| Vgl. Drahtzieher im braunen Netz. Der Wideraufbau der »NSDAP«, 1992, Edition ID-Archiv.

4| Vgl. Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich.

5| »Es ist bekannt, dass deutsche rechtsextremistische Söldner während ihres Aufenthaltes im ehemaligen Jugoslawien (ca. 1991 bis Ende 1995) durch kroatische bzw. bosnisch-kroatische Milizen und reguläre Armeeverbände in der Verwendung von Waffen und Sprengstoff ausgebildet wurden. Erkenntnisse über eine Beteiligung deutscher rechtsextremistischer Organisationen/Strukturen liegen nicht vor«, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/6413 , 21. 06. 2001.

6| Vgl. AIB Nr. 33: »Lebenslänglich im ersten Söldnerprozeß« und



[1] Michel Faci posiert auf seiner Internetseite mit Söldnerbildern. (Screenshot: http://faci.free.fr /batailles.htm)

und Bosnien zurückgekehrten Neonazis Maschinenpistolen und Handgranaten eingeschmuggelt und in der Szene angeboten worden.[9] Bei einer Sitzung der Informationsgruppe Rechtsextremismus (IGR)[10] im Jahr 1994 hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Tagesordnungspunkt eingeführt, in welchem es darum ging, deutsche Neonazis mit »Reisebeschränkungen« zu belegen, darunter solche, »die sich am jugoslawischen Bürgerkrieg beteiligt haben«. Eine Auflistung deutscher Neonazis im Jugoslawienkrieg sollte dafür als Grundlage dienen. Sie umfasst dreizehn »gerichtsfeste« Kroatiensöldner – darunter etwa Thorsten Heise und Thomas Hainke, ein ehemaliger Vertrauter Kühnens – und weitere achtzehn lediglich amtsbekannte Kroatiensöldner, darunter auch NPD-Funktionäre wie Eckart Bräuniger, welche als solche auch presseöffentlich wurden.[11] Ein langjähriger Freund von Thorsten Heise, der gerichtsfest gelistete Michael Homeister (»Homes«), wurde bei einem »Fronturlaub« aus Kroatien an der deutschen Grenze mit falschen Papieren und Waffen im Kofferraum erwischt.[12] Er soll hier u.a. zusammen mit Uwe H. aus der Mannheimer Neonazi-Szene in der Einheit »Brigade König Tomislav« gekämpft haben. Nach einer rechtsterroristischen Briefbombenserie in Österreich kam im nachfolgenden Gerichtsprozess in der Anklageschrift Hainkes Rolle zur Sprache. Einer der Angeklagten war mit ihm über Ungarn nach Kroatien eingereist. Dass sich unter den Briefbombenbeschuldigten neonazistische Kroatiensöldner befanden, blieb jedoch ansonsten weitestgehend eine Randnotiz.[13] Den Anklägern gelang es im Prozessverlauf letztendlich nicht, den Beschuldigten eine Tatbeteiligung nachzuweisen. Im Zusammenhang mit der ersten Briefbombenserie in Österreich im Dezember 1993 vermuteten Ermittlungsbehörden, dass u.a. der Berliner Neonazi Bendix Wendt in die Attentatsplanung involviert war. Wendt soll sich nach den Briefbombenanschlägen bis April 1994 in Kroatien aufgehalten haben.[14]

Im Oktober 2007 durchsuchten BKA-Ermittler Heises Grundstück nach verbotener Neonazimusik und fanden in seinem Büro Kassetten, welche von Heise offenbar heimlich gefertigte Tonaufnahmen zwischen ihm und Tino Brandt (Anfang 2007) enthalten. Was die Ermittler bereits damals über das Gespräch zusammenfassen konnten, war brisant: »In dem Gespräch geht es weiterhin um Landespolitik, insbesondere um die Landesverbände in Berlin und Thüringen, um Kontakte zur NPD und die Tätigkeit des Brandt für den Verfassungsschutz. Nachfolgende Begriffe oder Namen werden genannt: (...) Beate Schäfer (oder) Schädler (phon.), Uwe (oder) Udo Mundlos (phon.), Udo Böhmer (phon.)«. Dazu notieren die Ermittler: Die »letztgenannten 3 Personen seien verschwunden«. Erst im Zuge der NSU-Enttarnung dämmerte den Ermittlern, dass hier möglicherweise ein Gespräch über die Durchführung von Solidaritätskonzerten zugunsten von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos sowie die mögliche Veruntreuung von entsprechenden Spendengeldern dokumentiert worden sein könnte. Die Informantentätigkeit seines Gesprächspartners für den Verfassungsschutz schien Heise nicht zu stören. Auf einer weiteren Kassette ist zu hören, wie zwei Neonazis von dem mittlerweile verstorbenen Neonazi Daniel Grossmann 20.000 DM einfordern. Das Geld soll aus dem Erlös eines Neonazikonzerts abgezweigt worden sein und eigentlich der Bewaffnung neonazistischer Gruppen dienen. Eine Stimme, welche Heise zugeordnet wird, erklärt: »Da sollten Waffen angeschafft werden, noch mehr Waffen. Warts mal ab, Mann, da hängen ganz andere Leute drin«, er kündigt weiter an »legen die Euch um, ey« und ergänzt später drohend: »Weißt was die gemacht haben?«. Die Frage, zu welchem Zweck Heise seine Gesprächspartner aufnahm, blieb unbeantwortet.

Spitzel als Söldner?

Bezugnehmend auf einen Lexikoneintrag des »Informationsdienst gegen Rechtsextremismus« (IDGR) kam es bezogen auf die Personalie des Neonazis und Kroatiensöldners Michael B. (Mannheim) zu Spitzelvorwürfen aus der Neonaziszene. In dem Eintrag hieß es »Michael B[...] ist es zu verdanken, dass die in Kreisen ehemaliger Kroatien-Söldner geplanten Attentate auf Staatsanwalt Hans-Heiko

→

Neues Deutschland: Urlauber bei Waffenhandel ermordet, 22. Februar 1995

7| Neues Deutschland, Neonazi war Söldner in Kroatien, 30.12.1993

8| Frankfurter Rundschau: Hilfe von Söldnern für Neonazis?, 8. Februar 1995. Vgl. u.a. auch: Süddeutsche Zeitung: Neonazis offenbar als Söldner im ehemaligen Jugoslawien tätig, 27. Juli 1992. Frankfurter Rundschau: Rechtsextreme Gewalt wächst, 27. Juli 1992, blick nach rechts Nr. 8/1996, S.4 oder die tageszeitung: Söldner in kroatischen Diensten - Eine Schwarze Legion für die weiße Rasse« 22. Juli 1992

9| www.welt.de/print-welt/article662011/Rechtsextreme-Soeldner-als-neue-Gefahr.html

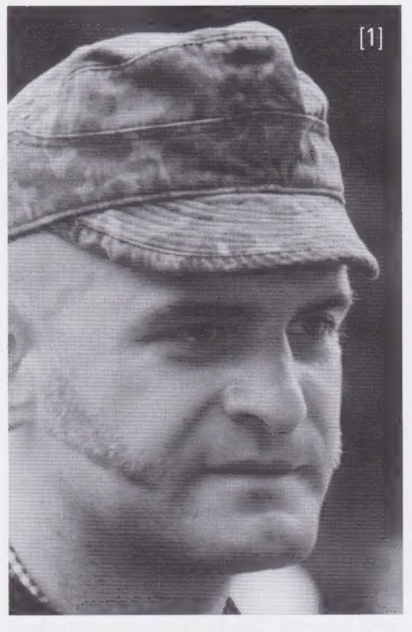
10| Im Rahmen dieser Informationsgruppe erfolgte zeitweilig die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf Ebene des Verfassungsschutzes und unter Einbeziehung des GBA, BKA sowie MAD. Die Federführung für die IGR lag beim BfV.

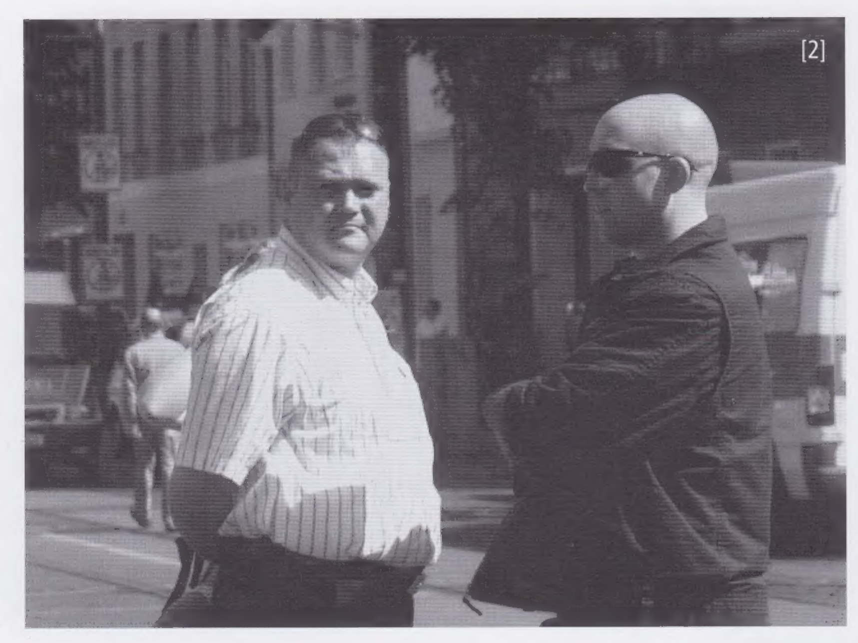
11| www.tagesspiegel.de/berlin/npd-will-vorsgefaengnis-ziehen/761174.html

12| DRR, 138 September / Oktober 2012

13| Vgl. AIB Nr. 33: »Über den Wiener Briefbombenprozeß«. Der angeklagte Neonazi Alexander W. soll mit Peter P. und Thomas Hainke im ehemaligen Jugoslawien als Söldner gekämpft haben.

Die Neonazifunktionäre [1] Thorsten Heise, [2] Eckart Bräuniger (links) und [3] Alexander Neidlein (links) waren am »jugoslawischen Bürgerkrieg« beteiligt.





Klein und den inzwischen verstorbenen Ignatz Bubis verhindert werden konnten. Nach seiner Rückkehr aus Kroatien hatte B[...] sich im Herbst 1994 den deutschen Sicherheitsbehörden gestellt.«[15] Auf dem Altermedia-Vorläufer »Störtebeker-Netz« und in neonazistischen Internetforen war 2005 die Empörung groß, als bekannt gemacht wurde, dass B. sich im Sommer 2005 in nationalrevolutionären Kreisen (Arbeitstagung: nationalrevolutionär heute) von Jürgen Schwab beteiligen wollte.[16] Für den Neonazi Christian Hehl war klar: »So wie er verschwunden war stand er auch wieder vor der Tür er kam in einer WG in Schwetzingen unter und versuchte mit einem Lageplan eines Waffenverstecks in der Nähe von Frankfurt hausieren zu gehen. Nach dem Motto die Zeit der Politik ist vorbei jetzt muss bewaffnet gekämpft werden. Hatten wir ihm vorher schon mißtraut nun war uns klar das M.B. auf der Lohnliste Irgendeines Dienstes steht«. Die von Schwaab szeneöffentlich gemachte Erwiderung von Michael B. war keinesfalls geeignet die Verdächtigungen zu beseitigen: »Übrigends hat die Zeitung ›Junge Welt‹ in einem Artikel von 1995, der scheinbar auf Informationen aus sog. Sicherheitskreisen beruhte, sich zu der Behauptung verstiegen, es wäre ein VS-Mitarbeiter Michael B. zufällig in eine »rechtsextreme deutsche Terrortruppe« in Bosnien eingeschleust worden – absurder und lächerlicher gehts nun wirklich nicht«. Dem Bericht zufolge hatte die »Kampfeinheit Baron Trenk« im Frankfurter Stadtwald ein Waffendepot mit Sprengstoff, automatischen Gewehren und Handgranaten angelegt. Das Gruppenmitglied Robert M. habe bereits Ende 1993 unerkannt einen Probe-Bombenanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Melle/Buer begangen, durch welchen vier Bewohner_innen schwer verletzt wurden.[17] Die Frage, ob B. erst nach seinem Bosnienaufenthalt »einen endgültigen Schlußstrich ziehen und mich nicht am blutigen Handwerk des Robert M., nämlich feige Anschläge gegen Zivilisten, beteiligen«[18] wollte und sich deswegen an die Sicherheitsbehörden wandte oder – wie lanciert – bereits als VS-Informant Söldner im Ausland war, ist keinesfalls unwichtig. Im Jahr 1995 kam die heikle Frage indirekt auf einer Innenministerkonferenz (IMK) zur Sprache, bei welcher erörtert wurde, inwieweit polizeiliche »verdeckte Ermittler« und »Vertrauenspersonen« des Verfassungsschutzes in benachbarten Bundesländern und dem Ausland tätig werden dürften. Im Lichte der damaligen akuten Debatten dürfte die Sorge eine Rolle gespielt haben, dass bezahlte Informanten aus der Neonaziszene, auch in einem Kriegsgebiet aktiv waren, mit der potentiellen Option auch tödliche Gewalt auszuüben. Dass sich ihre Auftraggeber nachträglich, um eine halbwegs legale Rahmung bemühten, ist anzunehmen.

Insbesondere das IM BaWü engagierte sich um eine Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen und verweist explizit auf das Beobachtungsfeld »Rechtsextremismus«. Im Magazin FOCUS äußerte sich im selben Jahr zudem ein deutscher Kroatiensöldner – welcher laut FOCUS schlussendlich mit dem BND gebrochen habe und das letzte Treffen heimlich habe filmen lassen – wie folgt: »Ende 1992 kam der Bundesnachrichtendienst (...) Ob ich nicht von unten als Söldner Informationen liefern könne, für 4000 Mark im Monat (...) Ich habe über alles berichtet, auch über den Waffenschmuggel und die Kriegssteuer-Sammlungen in Deutschland (...) Mir ist nicht bekannt, daß deutsche Behörden bisher etwas dagegen unternommen haben (...) Sicherlich habe ich auch jemanden tödlich getroffen. (...) Deutsche kämpfen überall mit«.[19]

14| Deutscher Bundestag: Drucksache 13/650 vom 28.02.1995
15| Gegenwärtig nachzulesen auf www.balkanforum.info/f9/deutsche-soeldner-kosovo-3977/
16| Störtebeker-Netz, Ein Ausflug in die Vergangenheit – Michael Baatz und Detlef Nolde – ohne Maske, Jürgen Schwab, 09.11.05
17| Junge Welt: Werwolf, Papiertiger. 12. Oktober 1995
18| Die Lügen des Jürgen Schwab – Eine Erwiderung von Michael Baatz und Detlef Nolde, Störtebeker Netz.
19| FOCUS Magazin Nr. 9, 1995: »Krieg macht süchtig«
20| Alexander Neidlein hatte 1993 einige Monate in Bosnien als Söldner gekämpft. Hier knüpfte er Kontakte zu einer neonazistischen Söldnertruppe um den in Südafrika und Namibia lebenden Horst Klenz, der 1989 an einem Bombenanschlag mit Todesfolge auf das Büro der Vereinten Nationen in Outjo beteiligt war. Nachdem sich am im März 1994 drei Deutsche in Südafrika ein Feuergefecht mit der Polizei geliefert hatten,


[3]
Foto: Recherche Nord

Nur ein gewisses Risikopotenzial?

Eine zunächst einmalige Söldnertätigkeit konnte gar der Beginn einer – zumindest versuchten – fortgesetzten Söldnerkarriere im Dienst der Neonazibewegung sein. Der jetzige NPD-Funktionär Alexander Neidlein war zunächst als Kroatiensöldner aktiv, bekam Kontakt zu anderen neonazistischen Söldnern und finanzierte sich eine weitere erfolglose Söldnertätigkeit in Südafrika mit einem Bankraub in Deutschland.[20] Die Behörden machten noch im Jahr 2001 – zumindest offiziell – keinen übermäßig alarmierten Eindruck, und so teilte die Bundesregierung auf parlamentarische Anfrage hin mit, die zurückkehrenden Söldner stellten aufgrund »einer möglicherweise im Zuge ihres Aufenthaltes im Kriegsgebiet eingetretenen Brutalisierung sowie der damit verbundenen Verschiebung moralischer Wertvorstellungen ein gewisses Risikopotenzial dar«.[21] Bundesdeutsche Gerichte beschäftigten sich bis zu diesem Zeitpunkt immer wieder mit den Gewaltverbrechen von ehemaligen Söldnern. Dies warf zumindest ein Schlaglicht auf die Strukturen und internationalen Verbindungen des entstandenen Söldnermilieus. Wegen Mordes an einem deutschen Kameraden in Bosnien im August 1993 verurteilte die 1. Strafkammer des Memminger Landgerichts zwei ehemalige deutsche Söldner zu lebenslangen Freiheitsstrafen.[22] Ein Tatbeteiligter aus Kärnten wurde 1996 von einem Klagenfurter Gericht zu elf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ein Belgier, Vorsitzender des belgischen Vereins »Freunde von Südafrika«, wurde nach seiner Zeugenaussage im Memminger Prozess noch im Landgericht verhaftet. Gegen ihn lag ein Haftbefehl wegen illegalen Waffenhandels vor.[23]

Insbesondere der Fall des neonazistischen Serienmörders Thomas Lemke hätte Grund zum Umdenken geben sollen. Der Neonazi Lemke hatte bis zu seiner Festnahme drei Menschen ermordet: Am 16. Juli 1995 die 26jährige Dagmar Kohlmann, am 3. Februar 1996 die 23 Jahre alte Patricia Wright und am 15. März 1996 Martin Kemming, 26 Jahre alt. Lemke war wegen Brandstiftung, Körperverletzung, Volksverhetzung und illegalem Waffenbesitz vorbestraft. Patricia Wright hatte Lemke an einem Bahnhof in Hagen kennengelernt, der sie wegen eines »Nazis raus«-Stickers als »Linke« einordnete. Sie wurde in ihrer Wohnung schwerst misshandelt und mit 91 Messerstichen getötet. Das Opfer Kemming kannte Lemke aus der Neonaziszene, er erschoss ihn, da er ihm als »Verräter« galt. Zwar kam Lemkes Nähe zu Söldnerkreisen in der Fachpresse in einigen Beiträgen zur Sprache[24], vor Gericht spielte diese – wie auch seine Mitgliedschaft bei der neonazistischen FAP oder Wiking Jugend – weitestgehend keine Rolle, hier galt er »nur« als psychopathischer Serienmörder. Die demonstrative Gelassenheit der Sicherheitsbehörden mit dem Thema neonazistische Söldner erstaunt, handelt es sich doch um nichts weniger als um gewaltbereite Anhänger einer menschenverachtenden Ideologie, welche sich im Ausland zu potentziellen Mördern ausbilden lassen. Es bleibt offensichtlich Aufgabe unabhängiger antifaschistischer Beobachter_innen, dieses Söldnermilieu intensiv zu beaobachten. Es bedurfte erst der tödlichen Attentate von Anders Behring Breivik in Norwegen und die Mordserie des NSU in Deutschland, bis sich die Fachzeitschrift »Die Kriminalpolizei« Anfang 2013 zu der vorsichtigen Erkenntnis durchrang: »Der »Kleinzelltäter« scheint zu einer neuen sicherheitspolitischen Bedrohung zu werden, der die Terrorismusbekämpfung zentrale Aufmerksamkeit schenken muss (...) Diese Art von Terrorismus fiel aus dem bürokratischen Raster deutscher Sicherheitsbehörden«. Und als hätte nie zuvor jemand vor der Gefahr des Rechtsterrorismus gewarnt, appelliert der Autor »Politik, Behörden und Öffentlichkeit sollten sich von der tradierten Vorstellung lösen, das feste Organisationen und Kommandostrukturen hinter Anschlägen stecken müssen«.[25] ■

wurden Klenz und Neidlein verhaftet. Neidlein wurde zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt und in die BRD abgeschoben. Nach seinem Aufenthalt in Bosnien hat Neidlein im Dezember 1993 ein Lubecker Postamt überfallen. (Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Neidlein).

21| Deutscher Bundestag, 14. Wanlperiode , Drucksache 14/6413 , 21. 06. 2001

22| Pressemitteilung des Bundesgerichtshofs Nr 48/96 vom 05.09.1996, Urteil gegen deutsche Söldner rechtskräftig, http://archiv.jura.uni-saarland.de/Entscheidungen/pressem96/BGH/strafrecht/deutsch.html

23| Vgl. AIB Nr. 33: »Lebenslänglich im ersten Söldnerprozeß«

24| »So stand Lemke mit dem wegen Mordes und anderer Straftaten einsitzenden Kroatiensöldner Günter Reinthaler in gutem Kontakt. Diesen hat er wohl in Kroatien geknüpft, wo auch Lemke längere Zeit gekämpft haben soll«. In: Antifaschistische Zeitung NRW Juni – August 1996, Töten auf Weisung ›Odins‹.

25| Die Kriminalpolizei Nr. 1, 2013: Der Einsame-Wolf Terrorist. Eine Herausforderung für die innere Sicherheit. Dr. Florian Hartleb

Die Achse Deutschland-Südafrika

Im Zuge der Recherchen zum Komplex Rechtsterrorismus des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) fällt auffällig oft Südafrika als möglicher Fluchtort der untergetauchten NSU-Mitglieder Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Südafrika war schon mehrfach ein Ziel für europäische Neonazis.



[1] Die Region Die Wilgers/Pretoria war ein Reiseziel deutscher Neonazis.

Deutsche Neonazis wie Karl Polacek und Nick Greger waren beispielsweise zeitweilig in Kapstadt untergekommen. Innerhalb der NSU-Unterstützer-Szene hielt sich hartnäckig die Information, dass die drei Untergetauchten eine Flucht nach Südafrika planen würden. Für solche Planungen soll vor allem aus Kreisen der Sektion Sachsen des im Jahr 2000 verbotenen Neonazi-Musiknetzwerkes Blood & Honour nach Waffen, Geld und Ausweispapieren gesucht worden sein. Entsprechende Informationen landeten über die Spitzel im NSU-Umfeld auch bei den Geheimdiensten. Auch wenn ein tatsächlicher Aufenthalt des Trios dort (bisher) nicht erwiesen ist, lohnt ein Blick auf die Verbindungen deutscher Neonazis nach Südafrika. In der letzten NSU-Wohnung in Zwickau wurden gleich zwei Adressen von deutschen Neonazis in Südafrika sichergestellt: Die von Claus Nordbruch und Heinz-Georg Wilhelm Migeod.[1]

Die Nordbruch-Spur

Bereits im letzten AIB (Nr. 98) berichteten wir über den in Südafrika lebenden deutschen Neonazi Claus Nordbruch. Claus Nordbruch stammt ursprünglich aus Deutschland. Seine Spur führt von der Universität der Bundeswehr (Neubiberg), über die Kaserne der Panzergrenadiere/Bataillon 112 (Regen), die Wohnung der Neonaziaktivistin und NPD-Funktionärin Susann Bauer/Starke[2] (Berlin), den Wohnsitz des früheren NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt (Moosburg) nach Die Wilgers in Südafrika. Er verfügte Ende der 1990er Jahre über intensive Kontakte zu den Thüringer Neonazi-Kreisen, aus denen auch Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt stammten. Vor allem der Jenaer Neonazi Andre Kapke galt als Kontaktperson zu Claus Nordbruch. Er war zeitweilig als Unterstützer für die Untergetauchten tätig. Bereits im April 1998 wurde im Rahmen eines Kongresses der neonazistischen »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) in Gera ein direkter persönlicher Kontakt zwischen Kapke und Nordbruch bekannt. Es folgte ein Besuch der Thüringer Neonazis Andre Kapke und Mario B. im August 1998 auf Nordbruchs Farm in Pretoria in Südafrika. Die Beiden hätten einen »Arbeitseinsatz« auf Nordbruchs Farm abgehalten. Scheinbar gab es Pläne dort ein

1| Hier fehlerhaft als »Hein G.W. Migeot« aus Kapstadt vermerkt.
2| Yvonne Susann Bauer (geb. Yvonne Susann Starke) war 1994 an der Bildung einer bewaffneten Neonazi Gruppe bei dem Berliner Neonazi Arnulf Priem beteiligt. Später war Susann Starke als NPD-Funktionärin in der NPD-Parteizentrale in Stuttgart und Berlin sowie in der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen tätig. Yvonne Susann Starke war einige Jahre mit dem Berliner Neonazi Jean-Rene B. verheiratet. Dieser ist Mitglied der Neonazi-Gruppe »Vandalen – Ariogermanische

weltanschauliches und »militärisches« Schulungszentrum einzurichten. Einen Monat später traf man sich auf dem »22. Südafrika-Seminar« des rechten »Hilfskomitees Südliches Afrika« (HSA) im bayerischen Coburg wieder. Hier war auch der aktuell als NSU-Unterstützer angeklagte Ralf Wohlleben vor Ort. Auf den HSA-Südafrika-Seminaren war Nordbruch offenbar häufiger zu Gast. Im September 2001 war er deswegen sogar Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung. Im Rahmen des »25. Südafrika Seminar« des HSA in Coburg hatte Nordbruch einen Informationsstand betrieben, auf dem auch volksverhetzende Musik-CDs des neonazistischen Liedermachers Frank Rennicke ausgelegt worden waren. Dies war nicht sein einziger Ärger mit deutschen Polizeibehörden. Die Kriminalpolizei Würzburg führte auch gegen Claus Nordbruch ein Verfahren wegen des Verdachts des Betrugs, der Urkundenfälschung und des Titelhandels. Über mindestens vierzehn Firmen mit Adressen in mindestens zehn Ländern war von Hans Herbert Hain ein illegaler Handel mit Doktor-Titel-Plagiaten organisiert worden. Einige Spuren führten hierbei in das südafrikanische Pretoria.[3] Das Landeskriminalamt Berlin führte Nordbruch im Jahr 2007 als Tatverdächtigen einer Volksverhetzung.[4] Auch die Staatsanwaltschaft Thüringen ermittelte 2005 gegen Claus Nordbruch. Er soll über seine Schwester das Holocaust-Leugner-Buch »Das Rudolf Gutachten« bei dem Internetportal eBay vertrieben haben.

In Deutschland aktiv

Nordbruch ist seit Jahren als Autor für rechte Zeitungen und Referent für rechte Gruppen in Deutschland tätig. Im Mai 1998 erhielt Claus Nordbruch im Festsaal der Universität Bonn den Wissenschaftspreis für Dissertationen der Bonner Vertriebenen-Stiftung »Ostdeutscher Kulturrat« (OKR).[5] Dem Neonazi-Musiknetzwerk Blood & Honour gab Nordbruch 2000 ein langes Interview.[6] Hier berichtete er nicht nur über seine Lieblings-Schusswaffen, sondern lud auch zu Arbeitseinsätzen auf seine Farm ein.

Anfang 2004 gewährte Claus Nordbruch im Auftrag einer unbekannten »Dame« dem Parteivorstand der NPD in Person des damaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt ein »Treuhanddarlehen« in Höhe von 100.000 SFr (70.000 Euro). Hierfür interessierte sich später auch das LKA-NRW im Zuge der Ermittlungen zum NPD-Finanzskandal um den ehemaligen Bundesschatzmeister der NPD Erwin Kemna. Die Summe war zwar auf einem Konto der NPD als Verbindlichkeit gebucht. Ein tatsächlicher Geldeingang auf NPD-Konten konnte jedoch nicht festgestellt werden. Stattdessen soll die Summe in Teilbeträgen in die Firma Wichmann Küchen GmbH von Erwin Kemna und in die Textilreinigungsfirma Wing (Landshut) von Udo Voigt geflossen sein. Ein Vorgang, der eigentlich nicht nur Finanzermittler_innen hellhörig werden lassen dürfte. Immerhin wurde in der Wohnung des NSU eine Visitenkarte Nordbruchs gefunden. Der NSU schien damals höhere Geldsummen loswerden zu wollen/müssen. Beate Zschäpe soll dem NSU-Unterstützer Holger Gerlach im Sommer 2001 einen Betrag von 10.000 DM in bar übergeben haben. Laut Anklageschrift der Bundesanwaltschaft mit dem Auftrag, das Geld aufzubewahren und auf Anforderung wieder an die Gruppe auszuhändigen. Anfang 2002 erhielt das neonazistische Fanzine »Der Weisse Wolf« eine Spende des NSU zugeschickt.

Die Migeod-Spur

Dem politischen Hintergrund des mittlerweile verstorbenen Heinz-Georg Wilhelm Migeod auf die Spur zu kommen ist kein Kunststück. In einem Buch[7], mit einem Wikipedia-Beitrag und auf einer Internetseite[8] ist seine »Karriere« als Sturzkampfwaffen (Stuka)-Offizier der deutschen Wehrmacht im Deutschen Afrikakorps glorifizierend veröffentlicht worden. Auch nach Kriegsende war er politisch weiter aktiv. Sein Tod wurde u.a. mit Traueranzeigen in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme[9] und in den »Nachrichten der HNG«[10] vermeldet. 1999 schaffte er es als Leiter der »Deutschen Büchergilde Kapstadt« in den bundesweiten deutschen Verfassungsschutzbericht. Nicht erwähnt wurde hier seine intensive persönliche Vernetzung nach Deutschland. Im selben Jahr soll er nach Erkenntnissen von Sicherheitsbehörden mit einer Reihe von deutschen Neonazi-Kadern zusammengetroffen sein. Hierzu sollen demnach u.a. die Berliner Frank Schwerdt (NPD) und Rita Bönisch[11], Neonazi-Aktivisten aus Königs Wusterhausen (Brandenburg) und der Thüringer Thorsten Heise gezählt haben. Das Ziel von Migeods Rundreise durch Deutschland und Südtirol sei es gewesen, auf Veranstaltungen und Treffen deutscher Neonazis für den Aufbau eines Neonazi-Schulungszentrums in der Nähe von Kapstadt zu werben. Migeods Anhänger in Südafrika waren vor allem wohlhabende Rentner, die ihre Wohnungen mit NS-Propaganda ausstaffierten und ab und zu Besuch aus Europa empfingen. Nach den Kämpfen und Enteignungen in Zimbabwe und Namibia fürchteten auch diese Kreise, dies könne in Südafrika ähnlich umgesetzt werden. Viele weiße Bewohner und Farmer Südafrikas bewaffneten sich, bildeten Privatarmeen und sicher kam manchen die »internationale Unterstützung« durch europäische Neonazis, die Krieg spielen wollten, ganz recht.

Der Fall Nick Greger

Auch der deutsche Neonazi Nick Greger folgte offenbar Ende 1999 der Einladung Migeods nach Kapstadt. Greger hatte innerhalb der deutschen Neonazi-Bewegung eine »Arbeitsgemein-

Kampfgemeinschaft« und war als Unterstützer der Neonazi-Band »Landser« tätig.

3| Die Tatverdächtigen Claus Nordbruch, Hans Herbert Hain und Ulf B. sollen u.a. für eine angebliche Professur 37.500 DM kassiert haben. Vgl. auch DER SPIEGEL 17/1996: Plagiate aus Pretoria und DER SPIEGEL 37/1996: Titelhandel – Verworrenes Imperium.

4| Im Juni 2007 war auf der Internetseite nordbruch.org ein Text mit dem Titel »Offenkundigkeit des Holocaust« veroffentlicht worden. Dieser leugnete bzw verharmloste den Holocaust.

5| Vgl. Nation & Europa 7/8 1998.

6| Ausgabe Nr. 9 der Zeitschrift »Blood & Honour« von 2000.

7 Heinz-Georg Wilhelm Migeod: »Der Kommandeur«.

8| www.heinzmigeod yolasite.com

9| Deutsche Stimme, 2/2012, Seite 26. Von dem früheren NPD-Funktionär Andreas B ere und den »Kapstädter Kameraden«.

10| Nachrichten der HNG – Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. Ausgabe 357, Seite 13. Migeod soll ein Spender der HNG gewesen sein.

11 Die frühere rechte Partei-Funktionärin verstarb Ende Juni 2012. Sie war Gründungsmitglied des rechten Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk e.V. aus Berlin.

12| Nick W. Greger Verlorene Jahre – Eine Jugend im Hass!

➔



[1] Reinhold Leidenfrost (vorne rechts) im November 2003 auf einem Neonazi-Aufmarsch in Halbe (Brandenburg).



[2] Nick Greger tritt mittlerweile öffentlich als angeblicher Aussteiger auf. (Screenshot: youtube.com/arte)

➔ schaft Südland« gegründet, um Neonazis in Südafrika zu unterstützen. Um Nick Greger und Ralf L. aus Königs Wusterhausen hatte sich Ende der 1990er Jahre eine Neonazi-Gruppe gebildet, die militante Anschläge auf Antifaschist_innen plante. Im Juni 2000 wurde im Kellerraum von Nick Greger in Berlin eine funktionstüchtige Rohrbombe und Material zum Bau einer weiteren gefunden. Im Zuge der polizeilichen Ermittlungen, antifaschistischer Recherchen und einer Buchveröffentlichung von Greger[12] wurden die Neonazi-Strukturen und die Pläne für das neonazistische Schulungszentrum für deutsche Neonazis in der Region Kapstadt nachvollziehbar: Greger soll demnach in Kapstadt von Migeod und dem Vorsitzenden des »Kampfbundes gegen Unterdrückung der Wahrheit in Deutschland«, Reinhold Leidenfrost, betreut worden sein. Auch ein Besuch bei Eckehardt S. im Umland von Kapstadt soll auf Gregers Reiseprogramm gestanden haben. Dessen 80 km von Kapstadt entfernte Farm soll für das u.a. von Migeod geplante Neonazi-Schulungszentrum vorgesehen gewesen sein. Anderen Informationen nach soll sogar von einem Ausbildungslager für den Umgang mit Waffen und Sprengstoff geträumt worden sein. Eine weitere Farm von »Ratte«[13] war für Schießübungen im Gespräch. Als potentieller Nutzer des geplanten Schulungszentrums bei Eckehardt S. soll ein Personenkreis um Thorsten Heise vorgesehen gewesen sein. Laut entsprechender Aussagen, gab Migeod seinem Besucher Greger Unterlagen zum Schulungszentrum mit. Diese sollte er Thorsten Heise zukommen lassen. Greger floh 2003 vor einer Haftstrafe aus Deutschland nach Kapstadt und baute dort eine »AG-Südland-Gruppe-Westkap« auf, die sich auf der Farm eines Alt-Nazis in den Bergen bei Cidrusdal (Westkap) auf eine »kommende Entscheidungsschlacht um Weißsüdafrika« vorbereitete. Als er in den rassistischen »Volksstaat« Orania in der Karoowüste von Nordkap zog, gründete er hier eine »AG-Südland-Gruppe-Orania«. Später arbeitete Greger mit militanten südafrikanischen Neonazi-Organisationen zusammen, bevor er den Kontakt zur Neonazi-Szene abbrach.[14]

Deutsche Verbindungen nach Südafrika

Die NPD-Funktionärin Yvonne Susann Starke kann als eine neonazistische Schnittstelle Deutschland/Südafrika angesehen werden. Sie lebte mehrere Jahre in Südafrika und stellte ihre Berliner Wohnung zeitweilig Claus Nordbruch zur Verfügung. In der sächsischen NPD-Fraktions-Zeitung »Klartext« gab sie als Sekretärin von Holger Apfel ein Interview, wo sie ihren Südafrika-Aufenthalt scheinbar rechtfertigen wollte: »Die Rückkehr nach Deutschland fiel mir ausgesprochen leicht, da ich in Südafrika nicht wirklich ›heimisch‹ geworden war. Heimat ist eben nicht beliebig austauschbar.«[15]

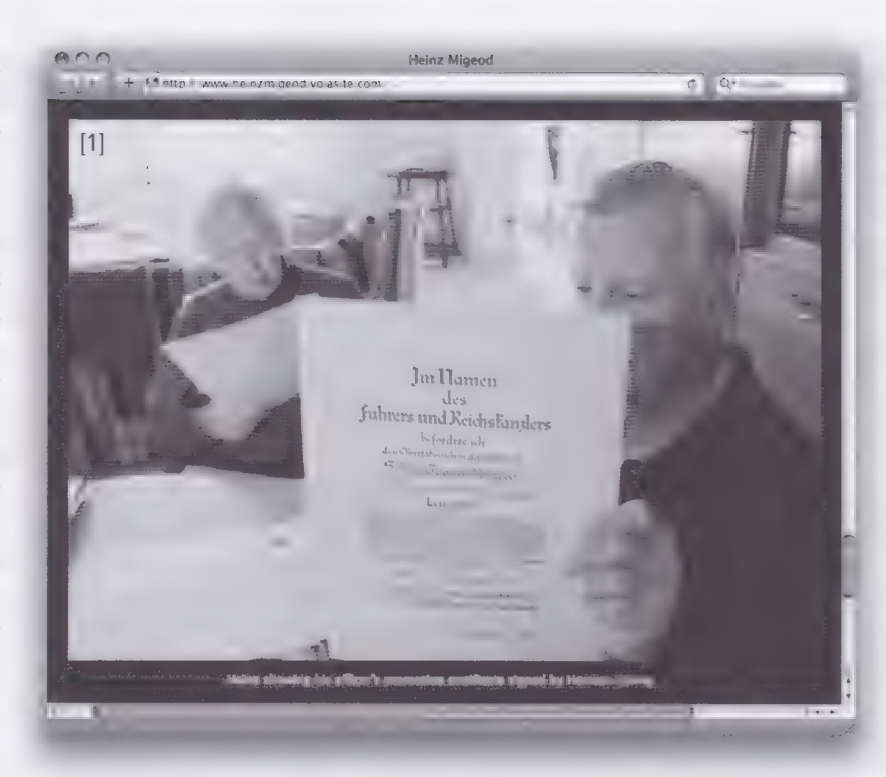
Als Besucher bei Migeod und seinen Mitstreitern wurde der frühere Rechtsterrorist Manfred Roeder bekannt. Dieser pflegt seit Jahren zahlreiche Auslandskontakte, daher ver-

13| In Südafrika galt der deutschstämmige Wilhelm Friedrich Ratte als ein Führer des Pretoria-Burenkommandos. Er und andere Neonazis sollten 2002 mit Bombenanschlägen aus der Haft befreit werden. Vgl. www.antifainfoblatt.de/artikel/apartheidskrieger-gestoppt

14| www.antifainfoblatt.de/artikel/nick-greger---umgestiegen-statt-ausgestiegen

15| »Klartext – Informationen der NPD-

wundert dieser weitere Kontakt nach Südafrika Szenekenner_innen nicht. Roeder galt zeitweilig sogar als der Vertreter von Migeod in Deutschland. An seinen sog. Sonnenwendfeiern in Hessen nahmen u.a. Thorsten Heise (2008) und Reinhold Leidenfrost (2004) teil. Der deutsche Altnazi Reinhold Leidenfrost aus Bad Sulza (Thüringen) galt als enger Mitstreiter von Migeod in Deutschland. Er wohnte zeitweilig in Südafrika und betreute europäischen Neonazi-Besuch. Über ihn führt eine weitere direkte Spur von Südafrika nach Thüringen: In Jena trat er als Redner auf einer Neonazi-Demonstration (2006) und auf einer Neonazi-Veranstaltungen im »Braunen Haus« (2008) auf. Ein anderer direkter Kontakt von Deutschland zur »Deutschen Büchergilde Kapstadt« soll nach Berichten von Szene-Insidern der Berliner Neonazi-Funktionär Richard Miosga gewesen sein. Der spätere NPD-Funktionär soll mehreren deutschen Neonazis den Kontakt zu Migeod vermittelt haben.



[1] Heinz Georg Migeod (rechts) posiert mit einer NS-Urkunde von Herman Göring. (Screenshot von der Internetseite heinzmigeod.yolasite.com)

Blood & Honour Reiseziel Südafrika

Interessant sind im NSU-Kontext vor allem die Besucher aus dem deutschen Blood & Honour-Milieu in Südafrika. Bereits Ende der 1990er Jahre besuchte eine Delegation von »Blood & Honour« aus Sachsen-Anhalt (Neo-) Nazis in Südafrika.

Der frühere Blood & Honour-Aktivist Johannes Knoch (Hildesheim) bewarb sich zeitweilig offen auf der Homepage seiner »Warrior Survival School« als ein Ausbilder, der »Erfahrungen in Südafrika gesammelt« habe.[16] Sein Kollege Thomas B. gab sogar Erfahrungen im »Sicherheitsgewerbe Südafrika« als Referenz an. Innerhalb der neonazistischen Szene hielten sich die Gerüchte, denen zufolge Johannes Knoch in Südafrika an Auseinandersetzungen zwischen Buren und Polizeieinheiten beteiligt gewesen sein soll. Ähnliche Stories über Verwicklungen in Kampfhandlungen in Südafrika machten über die Thüringer Neonazis Mike St. (Steinach) und Andreas B. (Schmiedefeld) die Runde.

Der frühere Thüringer Blood & Honour Aktivist Heiko Mehlfeld (Sonneberg) von der Neonazi-Band »Volksverhetzer« soll schon 1999 das geplante »Trainingszentrum« bei Kapstadt besucht haben. Er galt szeneintern als ein Anhänger des militanten »Combat 18« Labels in Thüringen. Mirko Appelt, der frühere Chef des neonazistischen »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« (SS-SA), und ein weiterer Neonazi sollen Ende 2000 in Südafrika bei Claus Nordbruch aufhältig gewesen sein. Der ehemalige Blood & Honour-Aktivist und NPD-Funktionär Andreas Biere (Wanzleben)[17] soll Anfang 2001 in der Region um Kapstadt unterwegs gewesen sein. Zusammen mit einem Mitglied des »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« soll er bei dieser Reise auch Eckehardt S. besucht haben, der auf seiner Farm das Trainingsgelände für deutsche Neonazis erschaffen wollte. Hier gab es bereits Unterkünfte und einen Schießstand für die neonazistischen Besucher aus Deutschland, Großbritannien und Südafrika. Den beiden deutschen Besuchern wurde offenbar gesagt, das Trainingszentrum würde (für deutsche Neonazis) zur Verfügung stehen, wenn Thorsten Heise aus dem Gefängnis entlassen wird.

Fazit

Selbst wenn ein Aufenthalt des NSU in Südafrika bisher nicht belegt werden konnte, muss Südafrika als ein relevanter Bezugspunkt (militanter) deutscher Neonazis angesehen werden. Ob die tatsächliche Nutzung des geplanten Ausbildungscamps bei Kapstadt durch deutsche Neonazis mittlerweile realisiert werden konnte, bleibt erst einmal ungeklärt. Trotzdem gibt es hier offenbar ein entsprechendes Angebot und potentiell Interessierte. Der Personenkreis der deutschen Besucher in Kapstadt steht für den militanten Flügel des deutschen Neonazismus. Grund genug, die Verbindungen von deutschen Neonazis nach Südafrika kontinuierlich im Blick zu behalten. ■

Fraktion im Sachsischen Landtag«, Nr. 9, August 2006, Seite 3
16| www.antifainfoblatt.de/artikel/von-»blood-honour«-zu-»combat-survival«
17| Heiko Mehlfeld, Andreas Biere und Alexander St. gehörten im Jahr 2002 zu den Beschuldigten eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Halle wegen der Fortführung der verbotenen Blood & Honour Organisation.

Waffen für Portugal?

Deutsche Neonazis versuchen sich als Waffenschieber

Andreas Förster

1) Eine andere Erklärung für den Spitznamen »ACE« ist die Mitherausgabe eines Fanzines namens »ace f spades«
2) www.antifainfoblatt.de/artikel/internationaler-hass
3) www.antifainfoblatt.de/artikel/bewaffnete-verdachtsfaelle

Im Jahre 2009 war der sächsische Neonazi Thomas Gerlach mal wieder auf einer Polizeiwache, diesmal auf der Kriminalpolizeistation im thüringischen Altenburg. Der Anlass ist zwar nicht bekannt. Überliefert aber ist in einem BKA-Bericht vom 1. Dezember 2011, dass es offenbar am Rande dieses Aufenthalts zu einem persönlichen Gespräch zwischen dem damals 30-jährigen Hammerskin-Aktivisten und einem Kriminalhauptkommissar kam. Der Beamte wollte wissen, warum Gerlach in der Szene den Spitznamen ACE trägt. ACE stehe inoffiziell in der Szene für »milde Bleiche«, also »weißer als weiß«, klärte ihn der Neonazi laut BKA-Bericht auf.[1]

Seinen Spitznamen dürfte Gerlach eher wegen seiner rassistischen Weltanschauung tragen, denn von einer »weißen Weste« kann bei ihm kaum die Rede sein. In einem von Gamma und dem Antifa-Rechercheteam erstellten Dossier wird der in Meuselwitz lebende Neonazi als eine Schlüsselfigur im Helfernetzwerk des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) bezeichnet. Neben dem jetzt zusammen mit Beate Zschäpe in München angeklagten Ralf Wohlleben ist Gerlach demnach »einer der bekanntesten Neonazis Thüringens – und als Mitbegründer und Anführer des militanten ›Freien Netzes‹ tonangebend in der Szene, auch über die Landesgrenzen hinaus«. Anfang 2007 hatte Gerlach zusammen mit Maik Scheffler, führender Kopf der sächsischen Kameradschaftsszene und Vizechef des sächsischen NPD-Landesverbandes, das »Freie Netz« gegründet. Dessen Aufbau, also die Zusammenfassung lokaler Zellen in einem Führungsgremium aus Kameradschaftsführern, ist dem Gamma-Dossier zufolge an das Konzept des »Thüringer Heimatschutzes« angelehnt und geht auf Gerlachs Erfahrungen aus THS-Zeiten zurück. Auch das BKA stuft den heute 34-Jährigen als führenden Neonazi ein. Seit 2005 sei Gerlach mehrfach mit politisch motivierten Straftaten aufgefallen, heißt es im BKA-Bericht. Er sei Aktivist der sächsischen Hammerskins und mehrfach bei Veranstaltungen des 2008 aufgelösten »Kampfbundes Deutscher Sozialisten« (KDS) in Erscheinung getreten. Laut dem gemeinsamen Informationssystem INPOL liegen zu Gerlach in Thüringen, Sachsen und beim BKA einschlägige Kriminalakten vor. In INPOL ist er zudem als »Straftäter rechtsmotiviert« und »gewalttätig« eingeordnet.

In den Akten des Verfassungsschutzes finden sich noch weit mehr Berichte über Gerlachs rechte Aktivitäten. Ein besonders aufschlussreicher Report stammt aus dem Jahre 2006. Verfasst hat ihn der portugiesische Nachrichtendienst SIRP, der seine Information seinerzeit an das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz übersandte, von wo aus der Bericht auch zum Thüringer Landesamt gelangte. Es geht um Waffengeschäfte der portugiesischen Hammerskins, in die Gerlach mit dem mehrfach vorbestraften deutschen Neonazi Alexander Larrass verwickelt gewesen sein soll.

Der Bericht greift die deutschen Verbindungen zum portugiesischen Ableger der Hammerskins um Mario Machado auf, einem Teil eines internationalen Netzwerk von Neonazi-Skinheads.[2] Portugal hatte 2006 mehrere Aktivisten der Gruppe wegen Waffenhandels und illegalen Schießübungen zu Haftstrafen oder Hausarrest mit elektronischen Fußfesseln verurteilt. Gleichzeitig verhängte die Justiz ein Kommunikationsverbot zwischen den Hammerskins. Nach Erkenntnissen des SIRP wurde dieses Kommunikationsverbot allerdings mit Hilfe eines deutschen Neonazis unterlaufen: Thomas Gerlach.

Gerlach soll seinerzeit nach SIRP-Erkenntnissen Nachrichten zwischen seinen unter Arrest stehenden portugiesischen Gesinnungsleuten transportiert haben. Außerdem soll er dem Bericht zufolge beauftragt gewesen sein, für bestimmte Waffen, die von den Hammerskins bei ihren Schießübungen benutzt wurden, Schalldämpfer nach Portugal zu schmuggeln. Thomas Gerlach, so heißt es in dem SIRP-Bericht weiter, habe zugesagt, diese Schalldämpfer über seinen deutschen Kontaktmann Alexander Larrass zu besorgen.

Spätestens jetzt wird die Dimension von Gerlachs Portugal-Connection deutlich. Denn bei Larrass, der seit 2003 neben der deutschen die italienische Staatsbürgerschaft führt und den Namen seines Vaters Rotelli angenommen hat, ist den deutschen Sicherheitsbehörden seit langem als Waffenhändler und gewalttätiger Neonazi bekannt. Im Oktober 1999 war er wegen illegalen Waffenhandels zu vier Jahren und drei Monaten Haft ver-



[1] Thomas Gerlach (mitte) posiert im T-Shirt der Hammerskins Portugal. Er hatte u.a. mit Maik Scheffler (links) das »Freie Netz« aufgebaut.

urteilt worden. Noch in der Haft plante Larrass einem BfV-Report von 2004 zufolge den Aufbau einer rechten Terrorgruppe.[3] Die Sicherheitsbehörden hatten Briefe abfangen können, in denen er Mitstreiter für Mordanschläge auf Geheimdienstler und V-Leute suchte. In seinen Briefen phantasierte Larrass auch davon, mit Gesinnungsgenossen in Ostpreußen eine »befreite Zone für Nationalsozialisten« zu schaffen. Von dort wollte er den »nationalrevolutionären Volksbefreiungskampf« gegen die Bundesrepublik führen.

Nach seiner Haftentlassung reiste Larras/Rotelli mehrfach nach Schweden, Italien und in die Schweiz. Dort soll er laut BfV-Report Waffenteile und militärische Ausrüstungsgegenstände besorgt haben. Außerdem habe er seinerzeit »höchst konspirativ (versucht), verschiedene Gesinnungsgenossen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen«, heißt es in dem Bericht weiter.

Larrass' Terrorphantasien korrespondieren mit den militanten Bestrebungen der internationalen Hammerskin-Bewegung. Auch die Hammerskins bekennen sich zum bewaffneten Kampf gegen den Staat. Das äußert sich bei den Mitgliedern unter anderem in der geradezu mystischen Verehrung der vor 25 Jahren in den USA zerschlagenen Terrororganisation »The Order« (Brüder Schweigen). Die Gruppe, die wie später der deutsche NSU nach dem Prinzip bewaffneter Zellen und des »führerlosen Widerstandes« handelte, hatte 1983/84 einen jüdischen Radiomoderator ermordet und weitere schwere Verbrechen in den USA begangen, bevor sie vom FBI infiltriert und zerschlagen werden konnte.

Auch Thomas Gerlach gehört seit vielen Jahren der Hammerskin-Bewegung an. Antifa-Recherchen zufolge pflegt er besonders enge Kontakte zu Hammerskins in Portugal. Auf Fotos, die Antifa-Blogs im Internet veröffentlicht haben, ist Gerlach auf dortigen Treffen zu sehen. Auch trägt er ein T-Shirt mit dem Schriftzug »Hammerskins Portugal«. Am 20. April 2007 trat er sogar als Redner auf einer rechten Veranstaltung in Portugal auf.

Daneben pflegt Gerlach auch gute Beziehungen zu Hammerskins und anderen rechten Bewegungen in der Schweiz. Im September 2006 war er Gast des Parteitags der neonazistischen »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS) und hielt dort eine Rede. In der Folge wurde er von den Schweizer Behörden mit einer dreijährigen Einreisesperre belegt. Ein besonders enges freundschaftliches Verhältnis pflegt Gerlach mit dem PNOS-Funktionär Mario Friso, der auch den »Schweizer Hammerskins« (SHS/Crew 38) angehört. Noch eine Gemeinsamkeit mit Gerlach: Friso gehört nach Gamma-Recherchen zum militanten Flügel der Schweizer Neonaziszene und leitet im Berner Oberland »Freie Kräfte« nach deutschem Vorbild an.

Und so durfte Friso auch auf Einladung Gerlachs im Oktober 2008 bei einer Neonazi-Veranstaltung in Zwickau referieren. Organisiert worden war das Neonazi-Treffen vom »Freien Netz Zwickau« sowie dem ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten und Ex-Spitzel Peter Klose.

Hammerskins, Portugal, Schweiz, Larrass/Rotelli, Waffenhandel – kein Wunder, dass die Bundesanwaltschaft Thomas Gerlach seit langem auch dem Umfeld des NSU in Deutschland zuordnet. In der sogenannten »129er Liste« rangiert sein Name in der Kategorie jener Personen, die über »nachgewiesene Kontakte zu Tätern oder Beschuldigten des Ermittlungsverfahrens« verfügen. So war »Ace« zusammen mit Holger Gerlach, dem Mitangeklagten von Beate Zschäpe, 1999 auf die Geburtstagsparty eines Neonazis in Niedersachsen gereist. Außerdem hatte er in dem Nazi-Internetforum »HatecoreTK« den Namen von Mandy Struck als Passwort benutzt, die ebenfalls als Unterstützerin der Zwickauer Terrorzelle gilt.

Hinzu kommt, dass Thomas Gerlach wie Zschäpe und deren Freunde Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in den 1990er Jahren dem Thüringer Heimatschutz (THS) angehörte. Auch nach der Flucht des Trios hielt er engen Kontakt mit Ralf Wohlleben, der dem NSU die Tatwaffe für die Ceska-Morde besorgt haben soll, sowie zu André Kapke, der anfangs ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der 1998 in den Untergrund gegangenen Neonazis spielte. ■

100% Rechts

Die Identitäre Bewegung in Hamburg

Über die Identitäre Bewegung (IB) Deutschland sind bereits diverse Artikel veröffentlicht worden, die den Ursprung[1] und die Verstrickungen in die äußerste Rechte[2] nachzeichnen. Dieser Artikel will an Hand einer Ortsgruppe dem Phänomen IB nachspüren, die lokalen Strukturen aufzeigen und deutlich machen, dass entgegen mancher Einschätzungen, die IB – zumindest in Hamburg – klare personelle und strukturelle Verknüpfungen nach Rechtsaußen hat.

Emil Meyer

Vor dem 23. März 2013 war die IB in Hamburg den meisten Antifaschist_innen nur aus Beiträgen politischer Medien bekannt. Das änderte sich, als rund ein Dutzend Identitärer zu einer Kundgebung der rechten »German Defense League« (GDL) gelangen wollten, die sich gegen die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee richtete. Die IB hatte ihre Teilnahme mit Stephan B.[3] abgestimmt, der als Anmelder, GDL- und Pro Deutschland-Aktivist bekannt wurde.

Die Kundgebung wurde zu einem Desaster: Den ca. 30 Rechten standen rund 600 Antifaschist_innen gegenüber, welche die Zugänge zur Veranstaltung blockierten, so dass die ultrarechten Demonstranten nicht zu ihrem Kundgebungsort gelangen konnten. Im Laufe des Tages wurden außerdem einzelne PKWs von Stephan B. und seinen Mitstreitern stark beschädigt sowie einige Rechte direkt angegriffen.

Am Rande einer antifaschistischen Gegenkundgebung versuchte auch die Gruppe der IB zur Kundgebung zu gelangen. Dieses Vorhaben wurde von Antifaschist_innen unterbunden. Nur ein massiver Polizeieinsatz ermöglichte es, dass die IB'ler einigermaßen unbeschadet den Rückzug in Polizeifahrzeugen antreten konnten. Auf Facebook, DEM Medium der IB schlechthin, gab es im Anschluss an die Aktion schnell heroische Kommentare, Videos und Bilder. Der objektive Misserfolg wurde, wie eigentlich alle Aktionen der IB, aufgeplustert, schöngeredet und umgedeutet: Am Ende des Tages war die Parole dann »Kein Rückzug! Keine Unterwerfung!«.

Der Aktion in Horn ging ein norddeutschlandweites Treffen der IB in Hamburg voraus, dessen Teilnehmer alle gut dokumentiert wurden.[4] Unter anderem waren bei der Aktion in Horn und dem besagten Treffen folgende Personen beteiligt: Christian Wagner[5] (IB-Deutschland), der selbsternannte »Finanz- und Versandchef«, der auch verantwortlich für die Website der IBD war und den lukrativen Materialversand betreibt, Jan K. (IB Lüneburg), der bis vor kurzem bei der JN aktiv, an Übergriffen gegen Antifaschist_innen beteiligt und noch am 01. Mai 2012 in Neumünster Ordner auf einer NPD Demonstration war[6], Marcel H. (IB Delmenhorst / Bremen)[7], der seit 2008 in neonazistischen Kreisen unterwegs ist, und Bastian D. (IB Hamburg), auf den an späterer Stelle noch gesondert eingegangen wird. Die drei letztgenannten posierten Anfang Mai am Rande eines deutschlandweiten Treffens der IB in Berlin.

Neben regelmäßigen Treffen, an denen jeweils rund ein Dutzend sehr junger SymphatisantInnen teilnehmen und die immer in unterschiedlichen Kneipen stattfinden, werden auch vereinzelt Aktionen wie etwa Flugblätter verteilen, Aufkleber kleben oder der Besuch von Veranstaltungen durchgeführt.

Ein Beispiel für einen Aktiven der IB Hamburg ist Nando-Dragan Augener: Der 1989 geborene Student der Erziehungswissenschaften an der Uni Hamburg treibt sich im Umfeld diverser Burschenhaften herum und schreibt für den neurechten Blog »Blaue Narzisse«.

Bisher ist die IB Hamburg allerdings noch stark mit sich selbst beschäftigt, sodass wahrnehmbare Aktionen bisher die Ausnahme sind. Die Teilnahme an überregionalen Treffen und Fragen der Organisation bleiben einem kleinen Kreis an Kadern vorbehalten. Es kann davon ausgegangen werden, dass Aktionen wie am 23. März 2013 nur mit Hilfe von außen, d.h. anderen Ortsgruppen der IB durchgeführt werden können. Auch



[1] Der selbsternannte Leiter der Identitären Bewegung Hamburg bei einer Neonazidemonstration 2011 in Bad Nenndorf.

das damalige offensive Auftreten der Antifaschist_innen dürfte etwaigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen einen Dämpfer verpasst haben.

Im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage der Grünen[8] wird der Senat gefragt, ob »personelle Überschneidungen zu Personen aus der rechtsextremistischen Szene bekannt seien« und »Erkenntnisse über Kooperationen der Identitären Bewegung mit anderen in Hamburg aktiven Gruppen oder Organisationen vorliegen« würden. Beide Fragen werden beinahe einsilbig mit »NEIN« beantwortet.

Hier stellt sich natürlich die Frage, warum die offensichtlichen Verstrickungen des selbsternannten Leiters der IB Hamburg, Bastian D., in die rechte Szene dem Senat, also auch Staats- und Verfassungsschutz, nicht bekannt waren bzw. sind?

So war Bastian D. (der in Regesbostel wohnt) von 2007 bis ca. Ende 2010 in der Tostedter Kameradschaftsszene aktiv. Er war bei der neonazistischen Sportgruppe »Gladiator Germania« und der Kameradschaft »NW Tostedt«[9] aktiv. Unter dem Nachwuchs der rechten Szene Tostedts gehörte er zum festen Kern und war an diversen Übergriffen beteiligt.[10] Ab 2010 nahm er regelmäßig an Aufmärschen teil und tauchte immer wieder im Umfeld des »NW Delmenhorst« (ebenso wie Marcel H.), der »JN Stade« und dem »NW Unterelbe« auf.

Wenig überraschend ist damit auch die Tatsache, dass die Antwort des Senates nach Kooperation der IB Hamburg mit anderen rechten Strukturen ebenfalls nicht haltbar scheint.

So gab es im Vorfeld der GDL-Kundgebung im März 2013 die Absprache zwischen Stephan B. und der IB Hamburg, dass sie sich mit einer Aktion an der Kundgebung beteiligen wollten. Des Weiteren bestehen Kontakte zu dem Landesverband »Die Freiheit – Hamburg« und es gibt eine eine Zusammenarbeit mit der neonazistischen Gruppierung »Identitas Nord«, vormals Aktionsgruppe Eutin (AG5), die in Teilen auch bei der GDL-Kundgebung anwesend waren. Außerdem nahm im Mai und Juni 2013 unter anderem Nando-Dragan Augener für die IB an einem Treffen der Organisation »Konservativ-freiheitlicher Kreis Hamburg« teil. Nach eigenen Angaben[11] soll dieser Kreis aus IB Hamburg, Die Freiheit – LV Hamburg, PI-News und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft bestehen und die »Vernetzung von unterschiedlichen Denkströmungen des Konservativismus und die Zusammenkunft von Jung und Alt« vorantreiben.

Gerade letzteres macht deutlich, dass das Phänomen IB sich nicht als »Facebook«-Problem abtun lässt. Was anfangs (und sicher trifft dies auch noch für viele regionale Ableger zu) als virtuelle Bewegung daher kam, versucht nun den Sprung in die neurechte konservative Wirklichkeit. Kontakte und Vernetzungen zu eingesessenen Rechten wie Götz Kubitschek, dem Institut für Staatspolitik, pi-news oder Burschenschaften sprechen eine deutliche Sprache. Umso notwendiger ist es nun, dass sich Antifaschist_innen Gedanken dazu machen, wie dieses Problem nachhaltig gelöst werden kann. Ein erster Schritt besteht im Sichtbarmachen von Verbindungen zwischen IB und rechten Gruppierungen, um ihnen den Anschein von »0% rassistisch« zu nehmen und als das deutlich zu kennzeichnen, was sie sind: 100% rechts. ■

1| www.antifainfoblatt.de/artikel/die-europaeische-«identitaere-bewegung«
2| http://gamma.noblogs.org/archives/1458
3| http://oldesloe.systemausfall.org/information-ueber-den-anmelder -und-gruendungsmitglieder-der-german-defence-league-lubeck/
4| http://sonar.noblogs.org/2013-2/23-maerz-2013/
5| https://linksunten.indymedia.org/de/node/81572
6| http://enoughisenough.eu/content/0-rassismus & www.recherche-nord com/gallery/2011.04.16 html
7| https://linksunten.indymedia.org/de/node/74883 & http://ade.blogsport.de/2011/09/06/skandaloeses-urteil/
8| Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – Drucksache 20/7016 20 – Wahlperiode – 01.03.2013
9| http://landfriedensbruch.blogsport.de/category/in-tostedt-nicht-neues-vorgeschichte
10| http://de.indymedia.org/2010/05/281855.shtml & http://www.recherche-nord.com/gallery/2010.04.03.3.html
11| www.blog.blaue-narzisse.de/6454

Bandidos in Schleswig-Holstein: ein 88%[1]-Club

[1] Mit einem Fachhandel für »Polenschlüssel« hat sich die lokale Neonazi-Szene einen Treffpunkt in Kiel-Gaarden geschaffen.

Bereits im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 85[2] berichteten wir, wie im Laufe des Jahres 2009 in Neumünster eine Ortsgruppe der Rockergruppe Bandidos von Neonazis aus dem Umfeld des ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Borchert gegründet, bzw. mehr oder weniger übernommen wurde. Neben Peter Borchert waren zunächst Neonazis aus dem Umfeld des Neumünsteraner Neonazi-Treffs »Club 88«[3] aber auch aus seiner »Aktionsgruppe Kiel«[4] und deren Umfeld dabei. Besonders hervorgetan hat sich hierbei von Anfang an der aus Ostholstein stammende und inzwischen in Neumünster lebende Neonazi Alexander Hardt.[5]

Ein großer Teil der Kieler und Neumünsteraner Neonazis gingen aber den letzten Schritt zur Bandido-Mitgliedschaft (noch) nicht und traten der Bandido-Untergruppe »Contras« bei.

In der Folge der Neugründung kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen und Überfällen an denen sich Borchert und seine »Kameraden« an vorderster Front beteiligten.[6] Wegen eines solchen Überfalles wurde Borchert inzwischen auch erneut verurteilt und sitzt – soweit er nicht vorzeitig entlassen wird – bis zum Frühjahr 2014 ein. Übergriffe gab es aber nicht nur gegen verfeindete Rockergruppen. Im Januar 2010 wurden Schüsse aus einer 9mm-Waffe auf ein linkes Wohn- und Kulturprojekt abgegeben. Mindestens zwei Kugeln durchschlugen die Fensterscheibe



[1]

eines Zimmers, in dem sich eine Person aufhielt. Das Strafverfahren wurde eingestellt, obwohl inzwischen klar ist, dass die Waffe von einer Person aus dem Neonazi- und Bandidoumfeld bereits in einem anderen Zusammenhang verwendet wurde, und ein Zeuge bestimmte Neonazis als Täter bezeichnet hat.

Im April 2010 wurden die »Bandidos MC Probationary Chapter Neumünster« zusammen mit den »Hells Angels MC Charter Flensburg« verboten. Dem Verbot des Neumünsteraner Ablegers versuchte man zu begegnen, indem ein dänischer Club direkt hinter der Grenze gegründet wurde. Im wesentlichen gewannen zunächst aber die »Contras« Neumünster an Bedeutung, die nunmehr massive Präsenz in der Stadt zeigten. Innerhalb der »Contras« hatte sich Niels Holm etabliert, der noch 2008 in Kiel für die NPD bei der Kommunalwahl kandidiert hatte.

Das Verbot des Neumünsteraner Chapter führte somit jedenfalls in Neumünster zu einer weiteren Stärkung des Einflusses von Neonazis innerhalb der schleswig-holsteinischen Bandidos. Um das gerade eroberte Territorium in und um Neumünster zu halten, wurden daher im Rahmen der »Contras« immer mehr Neonazis eingesammelt. Die »Präsenz« auf der Straße, vor allem auch in Kiel, wo den inzwischen auch verbotenen Hells Angels Druck gemacht werden soll, übernehmen Bandidos aus Dänemark bzw. Ex-Neumünsteraner mit dänischen Kutten. Für einen neuen Club, den Bandidos »Northgate« mit Sitz in Wahlstedt bei Bad Segeberg – be-

1| Die 88 ist ein Zahlen-Code aus der Neonazi-Szene und steht für HH/Heil Hitler. In der Rocker-Szene gibt es den Zahlen-Code 1%. »Onepercenter« oder »1%er« ist die selbstgewählte Bezeichnung für selbsternannte Outlaw-Rocker.

2| www.antifainfoblatt.de/artikel/gelb-rot-braun

3| www.antifainfoblatt.de/artikel/den-«club-88«-trocken-setzen

4| www.antifainfoblatt.de/artikel/kieler-zustände

5| Hardt wurde zuletzt vom Amtsgericht Herzberg in Abwesenheit zu einer Geldstrafe von 1800 Euro verurteilt. Anklagepunkt dort: Hardt soll das Booklet der vom skandinavischen »Blood & Honour« Vertrieb »Celtic Moon« angebotenen CD »Geheime Reichssache« von der Neonazi-Band »Kommando



[1]

nötigte man Leute, die gewillt und in der Lage sind sich mit massiver Gewalt durchzusetzen. Und wiederum waren es altbekannte Neonazis, die die Lücken füllten. Mit dabei: der seit vielen Jahren bekannte aus Bad Segeberg stammende Neonazi Björn Schmidtke, bis zum Verbot im Jahr 2000 Mitglied der Blood & Honour Sektion Nordmark. Schmidtke ist nun einer derjenigen, der das neue Chapter mit aufbaut und nach außen vertritt. Er dürfte auch aus anderen Gründen erheblichen Einfluss auf seine Bandidos-Kumpels haben. Gemeinsam mit einem Kameraden betreibt er unter dem Namen Triple X Entertainment ein Abmahn-Abzocke-Geschäft. Die Firma behauptet Rechte an Pornos zu haben und mahnt Menschen ab, die aufgrund der Besonderheiten beim Download in Bittorrent-Netzwerken in Downloads dieser Filme einbezogen werden, ohne sich selbst je einen solchen heruntergeladen zu haben. In Internetseiten, die solche Abmahnmaschen diskutieren, wird behauptet, Triple X würde ihre Filme extra zu diesem Zwecke selbst für Bittorrent-Downloads zur Verfügung stellen. Mit der Durchsetzung der behaupteten Forderungen wurde unter anderem der Kieler Rechtsanwalt Phillip Marquort beauftragt. Phillip Marquort ist unter anderem regelmäßig als Strafverteidiger für norddeutsche Bandidos und Neonazis aktiv.

Und während sich die Bandidos in Richtung Bad Segeberg/Wahlstedt ausweiten, verlässt auch Alexander Hardt – jedenfalls beruflich – Neumünster. Im Herbst 2012 erfolgte die Verlegung seines PLS-Vertriebes[7] von Neumünster nach Kiel. Es fragt sich allerdings, warum Hardt seinen Laden gerade in einem stark von migrantischer Bevölkerung geprägten Stadtteil in Kiel-Gaarden betreiben will; seinen maßgeblichen Umsatz mit »Polenschlüsseln« dürfte er immer noch über das Internet machen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es Hardt im wesentlichen nicht um seinen PLS-Vertrieb geht, sondern darum, für die Neonaziszene endlich einen »Stützpunkt« in der Landeshauptstadt zu errichten. Hardt versuchte erst gar nicht zu verbergen, wo er politisch steht: sowohl am Klingelschild des neueröffneten Ladens als auch auf der Internetpräsenz seines PLS-Versandes prangten auch die Namen bekannter Neonazis. Das Klingelschild führte neben Alexander Hardts Namen u.a. die Namen Peter Borchert und Lars Bergeest[8] auf. Lars Bergeest aus Cismar wurde in Zusammenhang mit dem europäischen Neonazimusiknetzwerk Blood & Honour bekannt. Er verfügt über Kontakte zu den skandinavischen Neonazis im Umfeld der dortigen Blood & Honour Sektion. Im Jahr 2007 marschierte er mit deutschen, dänischen und schwedischen Neonazis auf einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im dänischen Kolding.

Insgesamt wird deutlich, dass die Aktivitäten schleswig-holsteinischer Neonazis bei den Bandidos nicht zu einer »Entpolitisierung« oder wie dies ansonsten oft beobachtet, wenigstens zu einem »Stillhalten« führte. Die Bandidos scheinen hier jegliche Neonaziaktivitäten ihrer Mitglieder zu akzeptieren, solange diese in bisher von Hells Angels beanspruchten Gebieten neue Ortsgruppen aufbauen und halten. Dabei ist klar: die Neonazis könnten auch ohne die Bandidos einfach fortführen, was sie jetzt betreiben, die Bandidos wären im Gegensatz dazu ohne die massive Neonaziunterstützung in Schleswig Holstein gar nicht existent. ■



[2]

[1] Lars Beergest (rechts mit Halstuch) auf einer Neonazi-Demonstration im März 2010 in Lübeck.

[2] Die Neonazis Niels Holm (links) und Alexander Hardt (rechts) posieren auf der Homepage der »Contras Neumünster«. (Bild: Screenshot der Homepage)

Freisler« verantwortet haben. Vgl. antifainfo blatt.de/artikel/druck-auf-neonazi-musik-produzenten

6| www.antifainfo blatt.de/artikel/neonazi-peter-borchert-sticht-rocker-nieder---freispruch

7| PLS steht für »Polenschlüssel«. Unter der rassistisch-umgangssprachlichen Bezeichnung wird ein Generalschlüssel verstanden, der von Autodieben benutzt wird.

8|Bergeests Name tauchte zeitweise im Impressum der Internet präsenz des »PLS-Werkzeuge«-Vertrieb auf.

Alternative für Deutschland?

Sigurd Greinert hat die Nase voll. Nur einen Monat ist es her, dass er beim Hamburger Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) Platz fünf auf der Kandidatenliste für die Bundestagswahl erobert hat. Doch was er seitdem in der AfD hat erleben müssen, widert ihn dermaßen an, dass er nun die Reißleine zieht. »Ich kann eine Partei nicht länger unterstützen, die es zulässt, dass Mitglieder aus Parteien mit rechtspopulistischen Motiven unkontrolliert aufgenommen werden«, schimpft Greinert, der früher FDP-Mitglied war, Anfang Mai gegenüber einem Journalisten des Hamburger Abendblatts. Er hat gerade seinen sofortigen Austritt aus der Partei erklärt. Der Vorstand der AfD Hamburg, wettert er, lasse Gestalten wie Jens Eckleben tatsächlich unbehelligt gewähren – das sei untragbar. Eckleben, zuvor Hamburger Landesvorsitzender der kulturrassistischen Partei »Die Freiheit«, dann Gründungsmitglied der Hamburger AfD, hatte unter anderem mit seinem YouTube-Kanal von sich reden gemacht. Kritiker fanden dort »Historisches Liedgut aus dem 19. Jahrhundert – Interpret: Frank Rennicke«.

Hat Greinert Recht? Ist die AfD eine Rechtsaußen-Partei? Nun, ihr Ursprungskern ist schlicht und einfach neoliberal. Da ist vor allem Bernd Lucke, Mitgründer und populäres Aushängeschild der Organisation. Den VWL-Professor drängt es schon länger zu politischen Aktivitäten. Vor der Bundestagswahl im Jahr 2005 initiierte er publikumswirksam einen »Hamburger Appell«, der, von fast 250 Ökonomen unterzeichnet, für eine neoliberale Wirtschaftspolitik warb. Lucke war von der Furcht getrieben, es könne doch tatsächlich zu neuen staatlichen Ausgabenprogrammen kommen. Nur fünf Jahre später stand ihm erneut der Angstschweiß auf der Stirn. Zur Rettung des Euro, dessen größter Nutznießer Deutschland ist, hatte die Bundesregierung sich im Frühjahr 2010 auf Schritte eingelassen, die der reinen neoliberalen Lehre nicht wirklich entsprachen. Lucke reagierte prompt – mit der Gründung eines »Plenums der Ökonomen«, das öffentlich Druck auf Berlin ausüben sollte. Als dessen Stellungnahmen, etwa ein Plädoyer gegen die Ausweitung des »Euro-Rettungsschirms« vom Februar 2011, recht wirkungslos verpufften, startete Lucke eine Vereinsgründungs-Odysee, die ihn von einem »Bündnis Bürgerwille« (Februar 2012) über die »Wahlalternative 2013« (September 2012) sowie einen Pakt mit den »Freien Wählern« zur AfD führte, die – offiziell gegründet am 6. Februar 2013 – inzwischen gut 12.000 Mitglieder haben soll.



[1] Der Gründungsparteitag der AfD fand am 14. April 2013 in Berlin statt.

© flickr.com · JamesRea

Dabei sind die Berliner Euro-Rettungsmaßnahmen für Lucke und seine neoliberalen VWL-Kollegen das große Hauptthema geworden. Die Professorenriege trifft sich in dieser Hinsicht mit praxisorientierten mittelständischen Unternehmern und ihren Sprachrohren in Union und FDP, die, anders als manche tonangebenden Großkonzerne, von den teuren und riskanten »Rettungsschirmen« eher Nach- als Vorteile befürchten. Gegen die Maßnahmen zur Stützung der Währung bezog 2012 etwa der Verband »Die Familienunternehmer« Stellung, ein Zusammenschluss, den kaum jemand kennt, der aber rund 5.000 meist mittelständische Firmen mit einem Jahresumsatz von mindestens

einer Million Euro vertritt, darunter bedeutende Unternehmen wie Oetker. Schon früh unterstützten auch Mittelstandspolitiker wie der langjährige CDU-Mann Gerd Robanus oder Günter Ederer, Beiratsmitglied von »Die Familienunternehmer«, die AfD. Hinzu kamen Einzelpersonen aus dem Wirtschafts-Establishment der Republik, allen voran der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel.

Schon bald war allerdings klar: Die AfD entstammt zwar einem Teil des bundesdeutschen Establishments, demjenigen Teil, der mit seiner Kritik an der Euro-Rettungspolitik – noch? – in der Minderheit ist und sich daher in den großen Parteien – noch? – nicht durchsetzen kann. Doch zieht sie, von ihren Gründern mit einem dürren neoliberalen Wahlprogramm versehen, alle möglichen Gestalten an – mit Glück ein paar handlungsfähige Kräfte, vor allem aber Frustrierte, die es »denen da oben« schon immer »mal zeigen« wollten, verbohrte Wirrköpfe und durchaus auch Rechte. Den Mix kann man exemplarisch in NRW beobachten. Der Landesvorsitzende Alexander Dilger ist ein Wirtschaftsprofessor, der lange gestaltend in der FDP tätig war. Zu seinen Stellvertretern gehört der Wirtschaftsjurist Hermann Behrendt, der in Deutschland unbedingt eine »mandative Demokratie« einführen will. Sein kruder Plan: Der Bundestag wird abgeschafft; die Regierung wird zwar direkt gewählt, verkündet dann jedoch Gesetze per Erlass. Ein »Bürgerforum« führt einen unverbindlichen »offenen Diskurs«, gelegentlich gibt es Plebiszite. Auf Platz vier der AfD NRW-Liste für die Bundestagswahl steht mit Ulrich Wlecke ein ehemaliges Führungsmitglied der rechten Partei »Die Republikaner« (REP) in NRW, der 2009 und 2010 als »Budget-Experte« für die FPÖ tätig war. Rechtsaußen hoffen einige, Wlecke könne Brücken zu »pro NRW« schlagen.

Ein Zufall sind die Rechtsaußen-Kontakte freilich nicht. Eine »Anti-Euro-Partei« gab's in den 1990er Jahren schon einmal: 1994 hatte der einflussreiche FDP-Politiker Manfred Brunner den »Bund freier Bürger« (BFB) gegründet, um gegen die in Planung befindliche Einheitswährung zu mobilisieren. Der BFB, selbst – wie die AfD – zu erheblichen Teilen aus dem ökonomischen Establishment stammend, mobilisierte dort, wo in den 1990er Jahren gegen den Euro Stimmung gemacht wurde – in der äußersten Rechten. Diese aber erwies sich als nicht tragfähig; nach einem kurzen Hype ging der BFB sang- und klanglos unter. Die AfD hat daraus gelernt: Sie grenzt sich lautstark gegenüber der extremen Rechten ab. »Wer bei der NPD oder der DVU war, ist bei uns nicht willkommen«, verkündete Mitte April exemplarisch Konrad Adam, einer der drei AfD-Bundessprecher.

Ganz auf Rechtsaußen-Milieus verzichtet die AfD allerdings nicht; schließlich gilt es auch dort zahlreiche Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Einige ehemalige BFB-Aktivisten finden sich heute unter den Unterstützerinnen und Unterstützern der AfD wieder – Bruno Bandulet und Karl Albrecht Schachtschneider etwa. Beide publizieren gegenwärtig in der »Jungen Freiheit«, wie einige andere AfD-Unterstützer – Wilhelm Hankel und Dieter Farwick etwa – auch; sogar Bundessprecher Konrad Adam hat diverse Beiträge für das Rechtsaußen-Blättchen verfasst. In der äußersten Rechten wird die Partei nach wie vor mit Interesse beobachtet. Sie biete einen leichten »Hoffnungsschimmer«, hieß es zuletzt auf der Website des Monatsblattes »Zuerst«. Und während der Zulauf aus den Reihen der Unionsparteien und der FDP noch recht dürftig bleibt – deren Spitzen schaffen es bislang, sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen zu lassen –, drängen einige aus der dahinsiechenden Partei »Die Freiheit« in die AfD. Sie werden auch in Spitzenpositionen geduldet, so etwa Andreas Kuessner, einer der Landessprecher in Mecklenburg-Vorpommern, oder Rainer van Raemdonck, stellvertretender Landesvorsitzender in Brandenburg, beide zuvor an prominenter Stelle bei der »Freiheit« aktiv. Wie Jens Eckleben, der den Ex-FDPler Sigurd Greinert im Mai aus der AfD getrieben hat. Der Kampf darum, was in der Partei alles möglich ist, hält noch an. ■



[1] Konrad Adam (links) und Bernd Lucke beim Gründungsparteitag der AfD am 14. April 2013 in Berlin.

Antifascismo zwischen Apennin und Po

Wie das Geschichtsinstitut Istoreco in der italienischen Reggio Emilia die Erinnerung an die Resistenza und antifaschistische Bildungsarbeit miteinander verknüpft.

Milan Spindler

Mehr Informationen unter:

Homepage des Instituts: www.istoreco.re.it

Karten und Routen zu den Wanderwegen der PartisanInnen: www.sentieripartigiani.it

Mehrsprachiges Videoarchiv mit ZeitzeugInnengesprächen des Widerstands: www.resistance-archive.org

Homepage des European Resistance Assembly: www.resistance-assembly.org

Im Herzen der »roten« Emilia Romagna, einem ehemaligen Zentrum der kommunistischen Bewegung Italiens, liegt die für ihre starke Beteiligung am Widerstand gegen die deutsche Besatzung und ihre italienischen faschistischen Handlanger bekannte Provinz Reggio Emilia. Hier hat das Institut für die Geschichte der Resistenza und für Zeitgeschichte, kurz Istoreco, seinen Sitz. 1965 als Archiv für die Bewegung der PartisanInnen gegründet, umfasst es heute auch andere, für die Öffentlichkeit zugängliche Archive, zum Beispiel von ehemaligen Parteien, der Stadt Reggio Emilia oder den Gewerkschaften. Ebenso wird hier das Online-Archiv mit ZeitzeugInnengesprächen, das European Resistance Archive, aufgebaut und gepflegt. Im Laufe der Zeit wurden jedoch auch weitere Bereiche der Geschichts- und Bildungsarbeit, abseits von reiner Theorie und der Zurückgezogenheit eines Lesesaals, vom Istoreco und den dort Arbeitenden erschlossen.

Mit dem Ziel vor Augen Geschichte erfahrbar werden zu lassen, ist die Zusammenkunft mit ZeitzeugInnen und die Einbeziehung authentischer Orte beziehungsweise authentischer Gegenstände von zentraler Bedeutung bei der Bildungsarbeit des Instituts und bildet den Hintergrund aller Angebote im auch antifaschistischen Bildungsbereich.

So können italienische Schulklassen und LehrerInnen, deren Geschichtsunterricht noch vor 15 Jahren beim Ersten Weltkrieg endete, an Workshops und Seminaren zu Zeit- und Regionalgeschichte nach 1922 teilnehmen. Die dabei untersuchten Inhalte können auch hier zum Beispiel durch Treffen mit ZeitzeugInnen an Orten, die mit ihrer Geschichte in Verbindung stehen, vertieft werden.

Doch vor allem im Rahmen der europäischen Zeitgeschichte ermöglicht das Institut verschiedenste Angebote für eine – auch internationale – antifaschistische Bildungsarbeit. Eines der Hauptprojekte ist die jährliche Gedenkstättenreise »Viaggio della Memoria« mit eintausend SchülerInnen aus der Provinz Reggio Emilia. Die Reisen führen an zentrale Orte nationalsozialistischer Verbrechen, zum Beispiel Berlin und KZ Sachsenhausen oder Krakau und KZ Auschwitz-Birkenau. Inhaltlich vorbereitet werden alle TeilnehmerInnen mit vier zentralen Einführungsveranstaltungen. Dazu gehört eine generelle Diskussion über Gedenkstättenreisen sowie die Geschichte des zu besuchenden Ortes, ebenso wie zwei ZeitzeugInnengespräche mit Verfolgten des Naziregimes und im europäischen Widerstand aktiven Personen. Während der einwöchigen Reisen haben die Schülerinnen und Schüler in Gruppen von höchstens 25 Personen die Möglichkeit, an Besichtigungen in den KZ-Gedenkstätten, an Führungen zur lokalen Geschichte und zum antifaschistischen Widerstand teilzunehmen oder auch einfach nur die Stadt kennenzulernen. Dabei können sie ihr Schulwissen anwenden und vertiefen. In einer abschließenden Gedenkveranstaltung in den besuchten Konzentrations- oder Vernichtungslagern kann der Opfer von Faschismus und Krieg gemeinsam gedacht werden und die Jugendlichen können am für alle offenen Mikro ihre Gedanken und Gefühle teilen.

Ein weiteres Angebot sind die jährlich im September um den Jahrestag der Besatzung Italiens stattfindenden »Sentieri Partigiani«, die Wanderungen auf Partisanenwegen. Für mehrere Tage besteht die Möglichkeit im Apennin und in der Po-Ebene zu wandern, ergänzt durch ZeitzeugInnengespräche mit ehemaligen PartisanInnen und Vorträgen zur Bedeutung der Orte auf der Route. So wird für die Teilnehmenden, während sie selbst das Gebirge durchqueren, viel anschaulicher, unter welchen Umständen und Entbehrungen die Bevölkerung und die Partisanengruppen in den Bergen des Apennins überlebten und den Widerstand gegen die Deutschen und die italienischen Faschisten am Leben erhielten.

Neben diesem größeren Event gibt es im Herbst und Frühjahr auch Bil-



dungsreisegruppen nach Reggio Emilia ins Istoreco. Diese Gruppen mit oft antifaschistischem oder gewerkschaftlichem Hintergrund nehmen meist eine Woche lang an Veranstaltungen wie ZeitzeugInnengesprächen, Führungen oder Wanderungen in Reggio und Umgebung teil. Die behandelten Themen variieren je nach Hintergrund und Wünschen der Gruppen und beinhalten so zum Beispiel die italienische Weltkriegsgeschichte, linke Bewegungsgeschichte, den geschichtlichen Hintergrund und die aktuelle Organisation der norditalienischen Kooperativen oder auch die Reggio Pädagogik, ein vorschulpädagogischer Ansatz, der in Reggio Emilia seit Jahrzehnten entwickelt wird.

Erst seit 2012 findet im Frühjahr ein Festival des Widerstands, das European Resistance Assembly, in der Kleinstadt Correggio nahe Reggio Emilia statt. An diesem, für seinen überdurchschnittlichen Beitrag zur Reggianer Resistenza bekannten Ort, gibt es ein dreitägiges, von Istoreco und seinen Partnern organisiertes Angebot, in dessen Mittelpunkt die ZeitzeugInnen aus dem europäischen Widerstand und ihre Erinnerungen stehen. Ergänzt wird das Ganze durch Diskussionen unter ErinnerungsarbeiterInnen, Konzerten, Lesungen, Vorträgen, Theaterstücken und ein bisschen Sport. Die angereisten internationalen und italienischen antifaschistischen Gruppen haben Gelegenheit sich und ihre Aktivitäten vorzustellen. Ziel von ERA ist die Förderung eines internationalen Austauschs über mögliche neue Ansätze bei der Vermittlung antifaschistischer Geschichte und Erinnerung, ebenso wie die Vernetzung von zu diesen Themen arbeitenden Gruppen.

Aus dem Kontakt mit den Verwandten der Opfer eines Massakers durch deutsche Soldaten im Frühjahr 1944 im Dorf Cervarolo entstand 2012 der Dokumentarfilm »Die Geige aus Cervarolo«. Dieser geht auf die geschichtlichen Hintergründe und die späte prozessuale Aufarbeitung des Verbrechens ein. Im Herbst 2012 wurde der Film in den sechs deutschen Städten gezeigt, in denen die im Laufe des Prozesses verurteilten Wehrmachtsoffiziere heute leben. Diese Vorstellungen, an denen die Filmemacher für Diskussionen und Hintergrundinformationen anwesend waren, führten dazu, dass sich einige lokale Antifa-Gruppen dem Thema annahmen und weitere Veranstaltungen zu deutschen Kriegsverbrechen und überlebenden Tätern organisierten.

Aus der Summe dieser antifaschistischen Tätigkeiten und Angebote hat sich das Geschichtsinstitut Istoreco sowohl im italienischen als auch im europäischen Rahmen als eine feste Größe im zeitgeschichtlichen Bildungsbereich etabliert und bietet hoffentlich auch in den kommenden Jahren vielen Menschen die Möglichkeit sich über teils verborgene Geschichte zu informieren. Dabei werden ProtagonistInnen und authentische Orte im Mittelpunkt des Interesses stehen und Ausgangspunkt bei der Vielzahl von Überlegungen sein, wie in naher Zukunft die Geschichte des europäischen Widerstands ohne die direkte Mitwirkung der Überlebenden erzählt und anschaulich vermittelt werden kann. ■

Konjunkturen der Diskreditierung

Praxen des Extremismusansatzes

Ein Ausbau des Staates zum »Schutz der Demokratie« findet nicht erst seit der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) statt, auch wenn das Agieren der neonazistischen Gruppe in diesem Kontext immer wieder Erwähnung findet. Eine prominent gewordene Idee ist die Schaffung eines »Bundesbeauftragten für zivilgesellschaftliches Engagement zur Prävention extremistischer Bestrebungen«, wie ihn Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger ins Gespräch gebracht hat. Im Fokus der Bekämpfung »extremistischer Bestrebungen« stehen traditionell allerdings linke Bewegungen und Organisationen. Dass die Konstruktion dieses Feindbildes den AnhängerInnen des Extremismusansatzes zum Teil viel Kreativität abverlangt, zeigt ein (unvollständiger) Blick in konservativ geprägte Publikationen sowie einige ausgewählte Projekte, die durch das »Bundesprogramm gegen Linksextremismus und islamischen Extremismus ›Initiative Demokratie stärken‹« (IDS), für die Jahre 2011 bis 2014 eine finanzielle Förderung von etwa 4,7 Millionen Euro erhalten.

Die Wortschöpfung »extremistisch« tauchte erstmals 1974 im Verfassungsschutzbericht des Bundes auf. Danach fand sie Verbreitung in nachfolgenden Bundes- und Länderberichten sowie insbesondere in den Publikationen politischer Stiftungen wie u.a. der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die auch im Zuge der IDS finanziell großzügig bedacht wurde. Einführung in einen wissenschaftlichen Kontext erfährt der Extremismusbegriff 1978 durch den Politikwissenschaftler Manfred Funke, dessen Buch »Extremismus und demokratischer Rechtsstaat« noch im Erscheinungsjahr von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) nachgedruckt wird.[1] Seitdem hat die bpb es sich zur Aufgabe gemacht, den Extremismusansatz quasi nachträglich zu legitimieren, indem politische Bewegungen als starre Konstrukte gezeichnet werden, bei denen historisch betrachtet keine Brüche oder Veränderungen festgestellt werden können. Dass solcherlei Legitimationsversuche nur mit viel Fantasie gelingen, zeigt eindrucksvoll das 2011 vom Leiter des Fachbereichs Extremismus der bpb, Ulrich Dovermann, herausgegebene Buch »Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland«. Weit zurück greift darin u.a. Hans-Gerd Jaschke, wenn er behauptet, »Lenin kann als wichtigster Begründer des modernen Linksextremismus gelten.«[2] Die willkürliche Definition eines »linken Extremismus« weist demnach »lange zurückreichende Wurzeln auf, die sich im Wesentlichen um fünf Traditionsbestände gruppieren lassen: die Utopie der klassenlosen Gesellschaft, die Bekämpfung des bürgerlichen Staates, das Dogma von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, das Konzept der permanenten Revolution und den Anarchismus.«[3] Dass nicht nur »Links- und Rechtsextremismus«, sondern auch »islamischer Extremismus« auf Basis solcher Annahmen in Struktur und Wesen gleichgesetzt und als Gefahr für die Demokratie konstruiert werden, wird bei näherer Betrachtung deutlich.

Alle gleich?!

Um den politischen Status Quo zu erhalten und eine permanente Bedrohung des demokratischen Staates zu suggerieren, ist es notwendig eine Gemeinsamkeit der »Extremismen« zu konstruieren. Wichtigstes Argument dafür ist die Annahme einer allen gemeinsamen Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO). Auch wenn diese oftmals mit der Verfassung gleichgesetzt wird, ist sie eben dies nicht. »Gesetzlich festgeschrieben ist die fdGO allein im Gesetz, das die Aufgaben und Kompetenzen des Bundesverfassungsschutzamtes regelt.« Sie »beinhaltet einen Teil der im Grundgesetz verankerten Artikel und Prinzipien, die als ›Wesenskern‹ der Demokratie in der

1| Stange, Jennifer (2012): Zur Karriere eines Begriffs, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohnschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, Hamburg
2| Jaschke, Hans-Gerd (2011): Ideengeschichtliche Vorläufer eines linken Extremismus, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in Deutschland, Bonn
3| Ebd.
4| Liebscher, Doris (2012): FDGO – Idealisierung des Demokratiebegriffs, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohnschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, Hamburg



© flickr.com Stadtkatze

BRD betrachtet werden.«[4] Dieser Kern wurde im Zuge der Verbote von SRP und KPD formuliert. ExtremismusanhängerInnen bescheinigen Linken und Rechten zwar gravierende inhaltliche Differenzen, dennoch werden gemeinsame Merkmale herausgearbeitet. Dazu gehören »der Absolutheitsanspruch der eigenen Auffassungen, Dogmatismus, die Unterteilung der Welt in Freund und Feind, aber auch Verschwörungstheorien und Fanatismus.«[5] Konkreter wird diese Ansicht, wenn auf die politischen Ziele und deren Erreichung eingegangen wird. »Der Glaube an die Volksgemeinschaft und Nation oder an die historische Mission der Arbeiterklasse und die Diktatur des Proletariats oder an die Vorschriften des Korans und den islamischen Gottesstaat treten an die Stelle politischer Programmatiken, denen es um die Diskussion und Durchsetzung von rationalen Zügen geht.«[6] Die Menge eingefügter »oder« zeigt, dass als Gemeinsamkeit lediglich die Formulierung von Zielen bleibt. Dass ein solches Konstrukt nicht belegbar ist und sich fernab jeglicher politischen Praxis bewegt, scheint dabei wenig zu stören. Als wichtigstes Bedrohungsmoment für die Demokratie dient sowieso das der Gewalt. »Politisch motivierte Gewalt ist immer bezogen auf Extremismus, der vielfältige Bezugsebenen zur Gewalt aufweist. Politische Biographien militanter Extremisten verweisen auch darauf, dass die Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen für viele ein Durchgangsstadium ist. So gesehen besteht aller Anlass, mit präventiven Maßnahmen frühzeitig zu beginnen.«[7] Innerhalb dieses Rahmens müssen auch die durch IDS geförderten Projekte gegen links betrachtet werden.

»Alle Demokraten sind Antifaschisten, aber nicht alle Antifaschisten sind Demokraten.«

Eine unabhängige Regierungskommission definierte Gewalt 1990 als »zielgerichtete direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen.« So ist innerhalb der Allgemeinen Polizeilichen Kriminalstatistik die Aufnahme von Delikten auf diese Definition beschränkt. Anders zeigt sich dies in der Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK). Demnach handelt es sich bei der darin erfassten Gewaltkriminalität um »die Teilmenge der [PMK], die eine besondere Gewaltbereitschaft der Täter erkennen lässt. Sie umfasst folgende Deliktbereiche: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte, Sexualdelikte.«[8] Hierbei handelt es sich auch um Delikte, die z.B. im Rahmen von Anti-Atom-Aktivitäten oder Protesten gegen Neonazidemonstrationen typischerweise erfasst werden und ausgehend von dem durch die Kommission definierten Gewaltbegriff wenig Aussagekraft besitzen. Um eine objektive Bedrohungslage von Rechts und Links zu untermauern, wird sich deshalb auch auf die sogenannte »Konfrontationsgewalt«[9] bezogen.

Die Idee einer gegenseitigen Bedingtheit von »Extremen« findet sich ebenso im Kontext NSU. Die bpb ist →

5| Jaschke, Hans-Gerd (2011): Facetten des Extremismus – eine Begriffserklärung, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in Deutschland, Bonn
6| Ebd
7| Ebd.
8| Hübler, Andrea (2012): Extremisten unter sich?, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohnschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, Hamburg
9| Vgl. AIB Nr. 89: www.antifainfoblatt.de/artikel/gewaltspirale-rinkslechts



[1]

→ mit einem Video in die Kritik geraten, das die rassistischen Morde des NSU als Reaktion auf das Anzünden von Autos durch Linke verstanden wissen will. Auch wenn dieses Video wieder aus dem Umlauf genommen wurde, behält die Gleichsetzung von Links und Rechts weiter ihre Wirkmächtigkeit. So schrieb die Tageszeitung Märkische Allgemeine: »Für RAF und NSU zählte nur die Tat. Der größte Unterschied ist in der Stoßrichtung des Terrors zu sehen. Hier die Linksextremisten, die das kapitalistische »Schweinesystem« bekämpften. Dort die Rechtsextremisten, die Migranten ermordeten. Die Gemeinsamkeit: NSU und RAF predigten die Aktion. »Taten statt warten« und »Taten statt Worte« lauteten die Mottos.«[10] Weniger drastisch beschreibt das Bundesprogramm IDS die Stoßrichtung der geförderten Angebote, die aber selbstredend nur in der Logik des Extremismusansatzes funktionieren. »Die Bundesregierung sieht aufgrund steigender Gewalttaten im Bereich Linksextremismus und islamistischem Extremismus die Notwendigkeit, verstärkt auf Präventionsmaßnahmen zu setzen. Hierbei wird auf die Erfahrungen aus dem Bereich der Rechtsextremismusprävention zurückgegriffen.«[11] Auf dieser Grundlage werden zur Zeit 31 Projekte in zehn Bundesländern gefördert, wobei sich die meisten der Projekte in Berlin ansiedeln.

»Ich lese die Süddeutsche. Ich mag keine Meinungsmache wie die TAZ.«[12]

Ein Blick in die bisher laufenden Projekte verstärkt den Eindruck, dass hier weniger wissenschaftliche Kompetenz als vielmehr die Stärkung des Extremismusansatzes für die Bewilligung der Fördergelder ausschlaggebend war. Mit 25.500 Euro gefördert wurde u.a. die Zeitbild Stiftung (ZS) aus München, die mit diversen Arbeitsblättern »Präventionsprojekte gegen Linksextremismus« an Schulen durchführt. Die ZS rechtfertigt ihr Engagement neben dem Verweis auf die »bedrohte Demokratie« auch mit Ergebnissen einer Befragung der Friedrich-Schiller-Universität Jena über linke und rechte Einstellungen bei Jugendlichen. Der Aussage »Durch radikale Umverteilung müssen soziale Unterschiede beseitigt werden« stimmten demnach 32 Prozent der 2.660 befragten Personen zu. Nun ist die Forderung nach Beseitigung sozialer Ungleichheiten nicht unbedingt als Bedrohung der Demokratie zu erkennen, weshalb eine Einordnung dieser Aussage in die Rubrik »Sozialistische Gesellschaftsordnung« vorgenommen wird. Um die »Bedrohung« zu veranschaulichen, müssen wieder einmal brennende Autos herhalten. »Seit dem Jahr 2009 gab es in Berlin zahlreiche Brandanschläge, bei denen bisher hunderte Pkws zerstört wurden. Wer hinter diesen Anschlägen steht, kann die Polizei nur schwer ermitteln. Ein beträchtlicher Teil geht auf linksextremistische Gewalt zurück.« Woher die ZS ihr Wissen über linke Beteiligung hat, wenn doch schon polizeiliche Ermittlungsdefizite genannt werden, bleibt ihr Geheimnis. Mai-Krawalle, G8-Krawalle, Hausbesetzungen und Straßenfeste scheinen genug Anlass zu geben, über die Gefahr von linker Massenmilitanz aufklären zu wollen. Als Begründung dafür steht laut ZS allerdings die Gewalt gegen PolizistInnen im Vordergrund. Rätselhaft bleibt bei aller Bebilderung von gewalttätigen Menschenmassen dann aber diese Erklärung: »Die Täter handeln meist allein, sind in der großen Mehrheit männlich und durchschnittlich unter 25 Jahre alt. Das zweithäufigste Motiv für Angriffe auf Polizeibeamte ist aus Sicht der Beamten Feindschaft gegenüber der Polizei bzw. dem Staat.« Nach Einführung der obligatorischen »Konfrontationsgewalt« dann endlich die didaktischen Empfehlungen für Lehrkräfte. Zehn Arbeitsblätter die sich, nach Vorstellung der ZS, für Projekte in den Fächern Politische Bildung, Politik, Gesellschaft, Gemeinschafts- und Sozialkunde, Deutsch, Religion oder Ethik, Wirtschaft und Kunst eignen. Die Auseinandersetzung mit dem Lied »Demokratie« der Punkband Slime

10| www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12526138/492531/Durch-den-Baader-Meinhof-Prozess-ist-die-Justiz.html
11| www.demokratie-staerken.de/ids_leitbild.html
12| www.kas.de/wf/doc/kas_30042-544-1-30.pdf?120404130920
13| www.stiftung-hsh.de/downloads/CAT_317/2012_09_17_LEX_Flyer_web.pdf
14| www.kas.de/wf/doc/kas_30042-544-1-30.pdf?120404130920
15| Amadeo Antonio Stiftung
16| Task Force Education on Antisemitisim
17| a.i.d.a.-archiv
18| Liebscher, Doris (2012): FDGO – Zur Idealisierung des verfassungsrechtlichen Demokratiebegriffs in der Extremismusdebatte, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohnschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, Hamburg



[1] Um eine Bedrohung des demokratischen Staates herbeizureden, ist es notwendig »Extremismen« zu suggerieren. Hier etwa in einem Film der Bundeszentrale für politische Bildung.

zum Beispiel, ist hier aber nicht für den Musikunterricht vorgesehen, sondern dient als Aufhänger für Diskussionen über Stärken und Schwächen der Demokratie. Um praktisch nachzuvollziehen wie »Linksextremismus« funktioniert, gibt es mit dem Arbeitsblatt 6 die Möglichkeit eines Planspiels. Hier geht es um die Räumung des Hausprojektes »Liebigstraße 14« in Berlin-Friedrichshain. Die Teilnehmenden sollen auf einer Mindmap alle unterschiedlichen Argumente zusammentragen, um über eine konstruktive Diskussion den Dialog aller Beteiligten zu stärken. Dazu können sie in verschiedene Rollen schlüpfen: Anwohner, Hausbesetzer, Cafébesitzer, Bürgermeister, Journalist, Polizei, Eigentümer, Konfliktbetreuer und Gewaltbereiter. Nun laden profitorientierte Hausbesitzer, auf Wahlstimmen angewiesene PolitikerInnen und vermummte, nicht gekennzeichnete PolizistInnen nicht immer zum offenen Dialog ein, aber zum Glück gibt es noch den Konfliktbetreuer: »Ziel muss es sein, einen Kompromiss zu finden. Dazu habe ich einen guten Vorschlag: Mietwohnungen in einem anderen Stadtbezirk.« Führt diese Auswahl an Arbeitsblättern der ZS auf den ersten Blick zu Erstaunen und Grinsen, machen Verweise in der Literaturliste, die sich fast ausschließlich auf Publikationen der Extremismusanhänger Jesse und Backes beziehen, die Motivation deutlich, diesen konstruierten Ansatz zu legitimieren.

Die Präventionsworkshops der Deutschen Gesellschaft bzw. der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bedienen sich dabei ganz ähnlicher Methoden, Bildsprache und sogar der gleichen Punkband. Dass auch hier Jesse und Backes den theoretischen Bezugsrahmen liefern, versteht sich von selbst. Ergänzung findet die Beteiligung von Schüler_innen im Rahmen eines Plakatwettbewerbs oder durch Begegnungen mit »Zeitzeugen«. »Nichts ist so spannend wie die Begegnung mit Zeitzeugen. Opfer, Polizisten und Aussteiger berichten von ihren persönlichen Erfahrungen mit dem linksextremen Milieu.«[13]

Anspruchsvoller will sich die KAS mit den Ergebnissen ihrer, immerhin mit 94.104 Euro geförderten Studie »Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche« präsentieren. Dieser liegen 35 Interviews zugrunde und es soll die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit »Linksextremismus«, den die KAS seit Jahren vorantreiben will, weiter stärken. Nun hat sie allerdings im Rahmen der Veröffentlichung mit Problemen zu kämpfen. Die Interviews sind nicht repräsentativ, die Rekrutierung der Teilnehmenden gestaltete sich schwierig und laut Eigenaussage fehlt die Forschungsgrundlage im Feld »Linksextremismus«. Trotz dieser offensichtlichen Mängel wird festgehalten, dass »in dieser Studie ein erster Beitrag zur Klärung der Frage geleistet werden [soll], welche Einstellungsmuster bei für Linksextremismus affinen Personen vorhanden sind und an welche inhaltlichen Voraussetzungen Präventionsarbeit anknüpfen kann.«[14]

All diese Beispiele machen deutlich, dass es nicht um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischen Erscheinungsformen geht, sondern um die Skandalisierung dessen was als außerhalb einer vermeintlich demokratischen Mitte stehend definiert wird. Dabei mangelt es bei betroffenen Initiativen gar nicht an freiwilligen Bekenntnissen zu fdGO. »Zivilgesellschaftliche Akteure gegen Rechts finden es ›in der Tat ganz selbstverständlich‹, ›sich zu den Zielen des Grundgesetzes zu bekennen‹,[15] wenden sich empört ›gegen den Generalverdacht, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen‹[16] oder sehen sich gezwungen, auf dem Klageweg nachzuweisen, dass sie nicht ›die Beseitigung unserer Grundordnung anstreben‹.[17]«[18] Dass sich die fdGO allerdings nicht für Bekenntnisse eignet, sondern mit ihr legitime Prozesse politischer Partizipation negiert werden, sollte erschrecken – niemals jedoch eine verhinderte Neonazidemonstration oder die Erwähnung in einem Verfassungsschutzbericht. ■

»Victims & Neighbors«

Interview mit Frances Henry über die Aufarbeitung des NS in einer deutschen Kleinstadt

Im rheinland-pfälzischen Bad Sobernheim lebten im Jahr 1933 ungefähr 4300 Einwohner_innen, davon 150 Jüdinnen und Juden. Zwei davon waren die Großeltern von Frances Henry. Sie war acht Jahre alt, als sie gemeinsam mit ihren Eltern nach den Novemberpogromen der Nazis Deutschland verließ und in die USA auswanderte. In den 1970er Jahren besuchte sie die Kleinstadt, in der sie einen Teil ihrer Kindheit in Deutschland verbracht hatte.

Interview:
Hannah Schultes und Sebastian Friedrich

Warum besuchten Sie in den 1970er Jahren erneut Bad Sobernheim?
Meine Motivation rührte wohl daher, dass ich mit Mitte vierzig die Mitte meines Lebens erreicht hatte und mehr über meine Vergangenheit verstehen wollte. Es war eine Art Reise zu meinen Wurzeln, die im starken Kontrast stand zu dem Hass und der Feindschaft, die ich bis dahin während des Großteils meines Lebens verspürt hatte. Davor wollte ich überhaupt nichts von Deutschland wissen. Wenn ich zu einem Treffen, einer Party oder auch in ein Restaurant ging und einen großen, blonden Mann mit schwarzer Hose und schwarzen Stiefeln sah, stellten sich mir die Nackenhaare auf. Es dauerte sehr lange, bis ich bereit war, noch mal zurückzugehen und zwar alleine – ohne Hilfe, ohne Namen oder Adressen, die meine Mutter mir hätte geben können. Das brachte mich zuerst nach Kassel, wo ich geboren wurde, und dann nach Bad Sobernheim. Niemand dort wusste, dass ich kommen würde, aber alle empfingen mich aufgeschlossen. Die alten Leute redeten Stunde um Stunde und brachten all diese Leute an, mit denen ich sprechen sollte. Es war wie ein Wasserhahn, der aufgedreht wurde. Ich erkannte, dass die Menschen dort das Reden so dringend brauchten, wie ich das Zuhören. Ich hatte keine Ahnung, dass daraus eine Studie werden würde.

Welche Gründe spielten für Sie eine Rolle, ein Forschungsprojekt durchzuführen?
Die Leute sprachen bereitwillig mit mir, weil ich diese Verbindung zu ihnen hatte. Ich dachte mir, daraus könnte ich eine anthropologische Studie machen und versuchen, mit mehr Menschen systematisch zu sprechen und Überlebende aus Sobernheim zu finden. Ich verstehe den Sobernheimer Dialekt, weil mein Vater und mein Onkel so sprachen, was die Sobernheimer sehr erstaunt hat. Es dauerte dann noch vier oder fünf Jahre, bis ich als Professorin Forschungsurlaub nehmen konnte.

Zum einen hatte ich also einen leichten Zugang, weil sie mich nicht als »von außen« kommend wahrnahmen. Die Tatsache, dass es eine Studie war, bedeutete für die Menschen in Sobernheim absolut nichts. Für sie war wichtig, dass sie meine Familie kannten. Ich denke nicht, dass ein gewöhnlicher Forscher den gleichen Erfolg mit diesem Projekt gehabt hätte. Zum anderen ist die Durchführung einer Studie aber auch ein Weg, Gefühle zu professionalisieren. Diese in wissenschaftliche Termini zu verpacken, verschafft ein Stück weit Erleichterung davon. Sobernheim hatte damals ein kleines Hotel mit Kneipe. Zum Stammtisch dort kam regelmäßig eine Gruppe von Männern zum Trinken und Skatspielen. Ich kannte Skat von meinem Vater und konnte zuhören, wie sie über »diese schreckliche Zeit« sprachen – durch das Zuhören habe ich einiges verstanden.

In Ihrer Studie ging es um die Beziehungen zwischen Verfolgten und ihren Nachbarn in einer Kleinstadt im NS, ein damals eher unübliches Thema in der Forschung. Was hat sie daran interessiert?
Den Großteil der NS-Forschung damals würde ich als »top-down«-Forschung bezeichnen. Sie befasste sich mit dem Regime und wie es sich auf Menschen auswirkte und das fast immer bezogen auf Großstädte. Ich fand damals nur eine anthropologische Studie zu Bildung und Erziehung, die das alltägliche Leben und menschliche Beziehungen im NS beschrieb. Da mein Arbeitsschwerpunkt im Bereich race, Religion, Ethnizität liegt, waren die ›interethnischen‹ Beziehungen für mich interessant. Aufgrund meines eigenen Familienhintergrundes wusste ich, dass mein Vater, mein Onkel, meine Tante Schul-

freunde hatten, die sie alle namentlich erinnerten. In dieser kleinen Stadt lebten ja alle zusammen, waren Nachbarn, gingen auf die gleiche Schule. Allein die religiöse Praxis – katholisch, evangelisch, jüdisch – fand an getrennten Orten statt. Es gab diese ganze Zusammengehörigkeit, die plötzlich zerbrach, und das war mein Hauptinteresse. In einer Kleinstadt kann man das wesentlich besser untersuchen als in einer Großstadt und deshalb war Sobernheim für Forschungszwecke ideal.

Wie reagierten die Menschen, die in Sobernheim lebten, auf ihre Fragen nach dem NS? Welche Rechtfertigungsversuche gab es?

Die Hauptausrede war diese Idee der Machtlosigkeit. Ihrer Ansicht nach waren sie gewöhnliche Leute gewesen, hatten keine Macht, Autorität, waren nicht politisch involviert und hätten daher nichts tun können. Viele sagten mir, sie seien keine Nationalsozialisten gewesen. Einer meinte, er habe schon damals gedacht, dass Hitler ein Idiot sei. Aber das ist eine Rationalisierung, eine wahrscheinlich konstruierte Erinnerung, weil er noch nicht einmal sich selbst gegenüber zugeben konnte, dass er ihn vielleicht doch bewundert hat. Sie wussten mir aber immer zu berichten, wer die »echten Nazis« waren. Sie kannten alle zwölf Leute beim Namen, von denen manche SA-Mitglieder waren, die später SS-Mitglieder wurden. Davon kamen einige aus »guten Familien«, die Mehrheit wurde aber als »Lumpen« betrachtet, denn sie waren ungebildet und arbeitslos. Das Problem für mich als Forscherin war, dass ich niemanden finden konnte, der zugab, ein Nazi zu sein oder zumindest einer gewesen zu sein. Keiner von denen lebte mehr dort, sofern sie noch lebten. Ich denke aber auch, dass ein Mann, der so stark verwickelt war, einem Interview wahrscheinlich nicht zugestimmt hätte.

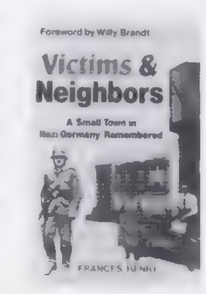
Die deutsche Ausgabe der Studie verzichtete auf eine Anonymisierung der Namen der Menschen und der Stadt, wie es sonst in der Forschung üblich ist. Wie war die Rezeption in Bad Sobernheim?

Die Rezeption war im Großen und Ganzen sehr gut. Es gab eine Gruppe von Leuten, zu deren Aktivitäten das Buch gut passte. Sie und die Gemeinde wollten, dass alle wissen, um welche Stadt es ging. Auch die Menschen, die von mir befragt wurden, hatten kein Problem damit, dass ihre realen Namen im Buch auftauchten. Diese Gruppe organisierte damals zwei oder drei Vorträge und Diskussionen, zu denen Massen von Menschen kamen. Es war die dritte Generation, die dort von mir Dinge über ihre Großeltern hörte. Sie wussten, dass ihre Großeltern zumindest zu einem gewissen Grad beteiligt waren und erkannten das an. Zum größten Teil, denke ich, kann man seine Großeltern nicht ablehnen und man weiß auch nicht, was man selbst damals getan hätte. Aber niemand sagte mir, es sei nicht wahr. Sie akzeptierten recht gut, was ihre Großeltern mir erzählt hatten, weil sie wussten, dass diese bestimmte Erfahrungen haben mussten, auch wenn die Großeltern nicht darüber redeten.

Wie haben die jüdischen Überlebenden auf ihre Idee reagiert, diese Studie durchzuführen?

Alle interviewten Überlebenden kamen aus Sobernheim und waren sehr unterstützend, interessiert und ein bisschen geschmeichelt, dass eine Studie sich mit der Stadt beschäftigt, in der sie früher gelebt hatten. Insgesamt stieß ich in meinen Nachforschungen auf Familien in Montreal, Israel und den USA, die ich aber nicht alle befragen konnte.

Wichtiger als diese Reaktionen war auch für sie die Möglichkeit zu sprechen. Immer wieder hörte ich von diesen älteren Leute: »Meine Enkel interessieren sich ja nicht dafür, die sind zu hundert Prozent Amerikaner und wollen nichts davon hören, was in Sobernheim während dem NS passiert ist.« Die Überlebenden drückten ihre Feindschaft und ihren Hass offen aus, aber mit einer Ambivalenz, die ich sehr interessant fand. Von deutscher Politik, Kultur und ihrem Leben in Deutschland vor dem NS sprachen sie in den höchsten Tönen und mit großer Liebe und Verbundenheit, aber diese Liebe verwandelte sich in absolute Bitterkeit und in Hass, sobald wir über die Zeit danach sprachen. Diese beiden Gefühle können anscheinend derart aufgespalten in einer Person existieren. Auf der einen Seite schwelgten sie in Erinnerungen über ihre glücklichen Tage in der Schule, um in der nächsten Minute zu sagen, dass niemand von ihnen gut war und niemand sie mochte. Das war nicht wahr, aber es war ihre Wahrnehmung, die hin und her schwankte. Das Buch zeigt beides: die Liebenswürdigkeit der Nachbarn und die schrittweise ansteigende und entsetzliche Verfolgung von Juden und Jüdinnen. ■



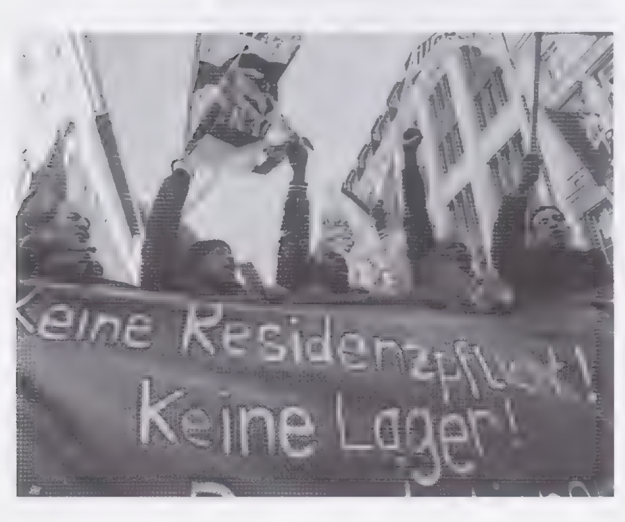
Frances Henry ist Anthropologin und Historikerin. Die emeritierte Professorin der York University in Toronto arbeitet vor allem zu Rassismus und Antirassismus. Gemeinsam mit weiteren Kolleg_innen ist sie die Projektleiterin des Social Science and Humanities Research Council of Canada, das weiterführende Studien zu Rassismus an Universitäten unterstützt und fördert.
Ihre 1984 veröffentlichte Studie »Victims and Neigbors« beruht auf Gesprächen mit Nachbar_innen, Mitschüler_innen und anderen über den Alltag, Ausgrenzung und Entrechtung während der Nazi-Zeit und über die Zeit davor. So entstand das Bild einer typischen deutschen Kleinstadt im NS.
Aufgrund einer Einladung zur Berliner Konferenz »Racial Profiling Reloaded« reiste Frances Henry im Oktober 2012 nach vielen Jahren erneut nach Deutschland. Im Zuge einer von kritisch-lesen.de, dem Migrationsrat und der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) organisierten Lesung aus »Nachbarn und Opfer« fand dieses Interview mit ihr statt.

Flüchtlingsunterbringung in Sachsen-Anhalt

Institutioneller und alltäglicher Rassismus Hand in Hand

Gastbeitrag von »No Lager Halle«

Seit Jahresbeginn 2013 hat der kleine Ort Vockerode in Sachsen-Anhalt ca. 200 neue Bewohner_innen. Die neuen Einwohner_innen sind Flüchtlinge aus verschiedenen Krisengebieten der Welt, die in der BRD einen Asylantrag gestellt haben. Mit dem Zuzug der neuen Bewohner_innen gründete sich in Vockerode eine Bürgerinitiative, die sich gegen die Unterbringung der Flüchtlinge im Dorf positionierte. Zusätzlich erschien mehrmals der Kreisverband der NPD mit Infoständen auf der Bildfläche. Doch blieb es nicht nur bei verbalen Anfeindungen und Hetze gegen die vermeintlich Fremden. In den ersten Monaten des Jahres 2013 kam es bereits zu drei Attacken gegen die Flüchtlinge durch deutsche Rassist_innen.



Eine Lösung des Konflikts scheint derweilen nicht in Sicht. Denn aus der »Übergangslösung« in Vockerode, wie es noch zu Beginn des Jahres hieß, wurde ein fünfjähriger Vertrag zwischen dem Landkreis Wittenberg und dem Eigentümer der Gebäude. Die Unterbringung im Landkreis Wittenberg erfolgte bis Ende 2012 in der knapp 2000 Einwohner_innen zählenden Gemeinde Möhlau. Dort lebten Flüchtlinge auf einem ehemaligen Kasernengelände, ca. einen Kilometer hinter dem Ortsausgangsschild mitten im Nichts.

Bereits 1991 wurde auf dem Gelände der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte das Lager für Flüchtlinge eingerichtet. Derweilen führte der vom Landkreis beauftragte private Betreiber, die KVW-Beherbergungsbetriebe, über Jahre keinerlei Instandhaltungs- oder Sanierungsmaßnahmen durch. Das Lager glich eher einer Müllhalde mit schimmelnden Bädern, Kakerlakenbefall und ungesicherten, verfallenen, leerstehenden Gebäuden.

Nach Jahren regte sich im Lager Widerstand. Im Juli 2008 gründete sich die Flüchtlingsinitiative Möhlau. Unterstützung erhielten sie vor allem von den Flüchtlingsorganisationen »the voice« und der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« sowie der Initiative »no lager halle«. Gegen ihre Lebensbedingungen protestierten die Flüchtlinge erstmals in einem offenen Brief. Sie beschrieben damals ihr Leben so: »Die Mittel, die uns zum Leben zur Verfügung stehen, liegen dauerhaft unterhalb des Existenzminimums. Wir können uns nicht frei bewegen. Wir haben keine Perspektive und können uns auch keine erarbeiten. Die medizinische Versorgung ist absolut unzureichend. Unser Familienleben wird schwer beeinträchtigt. Wir werden Zielscheibe rassistischer und rechtsextremer Übergriffe. Die Ausländerbehörde scheint nur ein Ziel zu verfolgen, nämlich unsere Abschiebung.«

Das Landratsamt Wittenberg behauptet auf eine Anfrage der Zeitung »Junge Welt«, sämtliche Forderungen der Flüchtlinge seien falsch bzw. überflüssig. Angestoßen durch den Offenen Brief kam es im Juli 2009 zu einer öffentlichen Begehung des Lagers, zu der die Flüchtlingsinitiative zusammen mit »no lager halle« eingeladen hatte. Außerdem fand eine erste Demonstration in Wittenberg statt, an der sich ca. 170 Menschen beteiligten und bei der die Heimbewohner_innen gemeinsam mit Unterstützer_innen vor die Ausländerbehörde zogen, um dort die Schließung des Lagers und die Unterbringung in selbst gesuchten Wohnungen, Erteilung von Arbeitserlaubnissen und die Ausstellung von Geburtsurkunden für hier geborene Kinder einzufordern.

Als Konsequenz aus der Begehung gründete sich wenig später der Runde Tisch Möhlau aus Vertreter_innen der Flüchtlingsinitiative, des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen. Erst nach dem schrecklichen Verbrennungstod von Azad Murad Hadji im Herbst 2009 (die Ermittlungen wurden ergebnislos eingestellt), der fehlgeschlagenen, dramatischen Abschiebung der Familie Stolla (der Vater der Familie flüchtete aufs Dach des Hauses und wollte sich hinunterstürzen) und massiven Protesten der Flüchtlinge, fing der Landkreis an, sich mit der Lebenssituation der Flüchtlinge auseinanderzusetzen.

Bei einer vom Runden Tisch organisierten Podiumsdiskussion im November 2009 gelang es zumindest einige der politisch Verantwortlichen zu einer öffentlichen Debatte zu bewegen. Diese gestaltete sich jedoch nur als Schlagabtausch zwischen Mitgliedern des Land- und Kreistages und der Integrationsbeauftragten darüber, dass die Gesetzeslage keine anderen Perspektiven bieten würde. Die Flüchtlingsinitiative verwies an diesem Abend allerdings auch auf das Hauptproblem des Lagers: Die Isolation und deren soziale und psychische Folgen. Weiterhin kritisierten sie die Ausgabe von Gutscheinen (damals 132 Euro plus 20 Euro Taschengeld) und Probleme bei der Ausstellung von Krankenscheinen. Zwar gestand auch die Ausländerbeauftragte ein, dass die Unterbringung in Möhlau zu den schlechtesten in Sachsen-Anhalt gehöre, hielt aber eine Sanierung für zu teuer. Halbherzig versprach man, die Möglichkeit einer dezentralen Unterbringung zu prüfen. Die Verantwortlichen ließen allerdings mit Verweis auf die vermeintliche Gesetzeslage durchblicken, an dem Zustand der Exklusion und Entrechtung von Flüchtlingen nicht wirklich etwas ändern zu wollen. Die daraufhin gegründete AG Möhlau des Kreistages stellte eine Kostenrechnung auf, die die ALG II-Höchstsätze für Mieten und Heizkosten zu Grunde legte – eine absurde Ausgangslage angesichts des hohen Leerstands und der niedrigen Mieten in dieser Gegend. Eine dezentrale Unterbringung hätte in Wahrheit allerdings eine Kostenersparnis gebracht, beispielsweise durch die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohngemeinschaften.

Die AG aber empfahl dem Kreistag, nur die Familien in dezentrale Wohnungen unterzubringen und Einzelpersonen weiter in der Sammelunterkunft Möhlau zurückzulassen. Dieser entschied sich daraufhin im Juni 2011 für eine Unterbringung der Familien in Vockerode. 2012 stellte der Landkreis fest, dass es immer noch keine Verbesserungen im Lager Möhlau gab und kündigte den Vertrag plötzlich auf. Nach einer gescheiterten Ausschreibung zur Neuunterbringung präsentierte er die »Übergangslösung« Vockerode, die im Verständnis der Politiker_innen auch keine Sammelunterkunft mehr darstelle, sondern eine dezentrale Form der Unterbringung, da es sich um einzeln angemietete Wohnungen handelt. Sowohl die Flüchtlinge als auch die Dorfbewohner_innen erfuhren erst im Dezember 2012 vom Umzug am Ende desselben Monats nach Vockerode. Den Flüchtlingen wurde mitgeteilt, dass im Lager Möhlau ab dem 1. Januar 2013 kein Strom, kein Wasser und keine Heizung mehr vorhanden sein würden. So konnten vom Landkreis alle Flüchtlinge dazu gezwungen werden, ins neue Lager nach Vockerode zu ziehen. Hierbei durften sie nur technische Geräte und Kleidung mitnehmen. Alles andere, was sie sich über Jahre organisiert hatten, um irgendwie das triste Leben im Lager Möhlau ertragen zu können, mussten sie zurücklassen.

Im neuen Lager müssen sich entweder vier Menschen eine Dreiraumwohnung oder jeweils zwei ein ca. 12 m² großes Schlafzimmer teilen. Das Dorf verfügt über kaum nennenswerte Infrastruktur oder öffentliche Verkehrsanbindung. Nur über einen Anrufbus können Fahrten zu den Behörden, zum Einkaufen oder zum Arzt bewältigt werden. Mit dem Zuzug gründete sich eine gegen die Flüchtlinge gerichtete Bürgerinitiative, die ebenfalls eine dezentrale Unterbringung der Betroffenen fordert. Auch die NPD witterte ihre Chance, an die Vorurteile und Rassismen der Dorfbewohner_innen anzuknüpfen. Seitens der Politik gab es auf das Auftreten der NPD, die mehrfach Infostände vor Ort abgehalten hat, keine nennenswerte Reaktion. Dass es inzwischen dreimal zu tätlichen Angriffen auf Flüchtlinge in Vockerode kam, löst scheinbar weder im Kreistag noch bei den Polizeibehörden Alarmbereitschaft aus. Ganz im Gegenteil, die Pressemitteilungen der Polizei geben eindeutig die Täterperspektive wieder und verharmlosen die akute Gefahr für Leib und Leben der Flüchtlinge, solange sie in Vockerode ausharren müssen. Institutioneller Rassismus, Alltagsrassismus und Neofaschismus spielen sich gegenseitig in die Hände.

Die Forderungen der Flüchtlinge wurden und werden ignoriert. Das »Ghetto« bleibt. Die Gefahr ist so groß wie nie zuvor. Trotz Allem muss gesagt sein, dass sich durch die Proteste und Kämpfe einiges bewegt hat und bewegt, auch wenn dies ein zäher Kampf ist und bleibt. Um so wichtiger ist es, nicht nur bei der Verschärfung eines Konflikts, wie von der NPD forciert, die Betroffenen zu unterstützen, sondern dauerhaft und auf allen Ebenen solidarisch zu sein. ■

Mehr Informationen unter:
www.ludwigstrasse37.de/nolager/

Antirassismus muss theoretisch werden

»Rassismus« steht aktuell im Mittelpunkt linken Interesses. Doch seine Struktur und sein Zusammenhang mit dem Kapitalverhältnis werden selten wirklich erfasst und reflektiert, die theoretische Unterkomplexität lässt die Praxis blind werden. Oft wird der linke Diskurs gar selbst rassistisch – vor allem beim Thema antimuslimischer Rassismus werden in »postantideutschen«, »postmodernen« und »bewegungslinken« Kreisen ideologische Identitätspolitiken reproduziert und soziale Konflikte kulturalisiert.

Gastbeitrag von Hannes Bode

Der Autor behandelt einige Aspekte dieses Themas ausführlich in »Repressive Toleranz«. Zur Aktualität Marcuses für die aktuellen Rassismusdebatten (ZAG 63, 2013) und in Politisch, nicht kulturell! Zur Kritik von »islamischem Feminismus« und Kulturalismus (iz3w 337, 2013).

Von zentraler Bedeutung für Debatten und (Re-)Positionierungen linker Strömungen oder Gruppen sind die Themen Islam, Islamismus und antimuslimischer Rassismus. Nirgends zeigt sich deutlicher, wie schwierig es ist, aus den ideologischen Denkformen und Identitätspolitiken auszubrechen, die die Verhältnisse uns vorgeben, als wenn vermeintlich religionskritische AntifaschistInnen sich positiv auf kulturalistische Zuschreibungen, islamistische Normen oder folternde Diktaturen beziehen, oder vorgebliche »IdeologiekritikerInnen« neben allerlei bürgerlicher Ideologie immer offeneren Rassismus propagieren.[1]

Zwischen bürgerlichem und irgendeinem »linken« Denken ist hier nicht zu trennen. Bei dem zugrundeliegenden Kulturalismus bzw. Rassismus handelt es sich um eine spezifisch moderne Denkform, um eine Ideologie, »welche die Subjekte einerseits selbst produzieren, um sich die kapitalistische Gesellschaft zu deuten, ihr Leiden in ihr zu artikulieren sowie für ihre ohnmächtigen Wut- und Haßgefühle ein falsches, aber konkretes und wehrloses Ziel zu finden, und welche andererseits aber in ihren Strukturen, Funktionen und zentralen Inhalten durch diese spezifische gesellschaftliche Verfaßtheit präformiert und deformiert wird«, wie es Thomas Haury einmal zusammenfasste. Wie der nicht mit Rassismus identische, in diesem Artikel nicht thematisierte Antisemitismus sind Kulturalismus bzw. Rassismus überall als ideologische Konsequenz einer entmenschlichenden gesellschaftlichen Organisation zu entlarven. Nach Albert Memmi entsteht Rassismus durch die »verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder Aggressionen gerechtfertigt werden sollen«. Hier müssen die gewaltsame und herrschaftsförmige Durchdringung der Welt, die Errichtung von Sklavenwirtschaften und Kolonien und das Auseinanderfallen der Kontinente in Zentrum und Peripherie des globalen kapitalistischen Systems mitgedacht werden. Mit der »Andersartigkeit« der Anderen konstatiert man zugleich die eigene Überlegenheit. Kernelement des Rassismus ist dabei die Zwangskollektivierung der Einzelnen, die Leugnung oder Ablehnung der Universalität des Mensch-Seins. Einzelne werden nicht als Persönlichkeit mit spezifischen Anlagen und Begabungen aufgrund ihrer spezifischen Sozialisation und Lebenssituation angesehen, sondern als Mitglieder eines bestimmten »ethnischen«, heute oft auch »kulturellen« Kollektivs.

Dabei steht Identität im Zentrum des Denkens der Menschen, die sich in modernen Gesellschaften zurechtfinden müssen. Es dreht sich in Zeiten von endgültig globalisiertem Kapitalismus und immer stärkeren Mobilität(sanforderungen) um das Gemeinsame mit Anderen im Unterschied zu den ganz Anderen, den »Fremden«, auf der Basis von vorgefundener und zugleich reproduzierter »Tradition« bzw. ethnischer, religiöser oder nationaler Zugehörigkeit. Aufgrund der Tabuisierung des Rassismus auf biologischer »Rassegrundlage« nach der Niederlage Nazideutschlands standen bald die Ethnie und ihre Kultur oder kulturelle Identität im Mittelpunkt.

Das Spezifische ist hierbei, dass Kultur nicht zuerst mit Sprache, Vergesellschaftung, Erziehung, Bildung bzw. mit menschlicher geistiger Tätigkeit identifiziert, sondern zu einer ethnischen Kategorie hypostasiert wird, als den Einzelnen qua Abstammung aus einem Kollektiv zukommendes Erbe.

Zentral ist in diesem Zusammenhang der Begriff »Differenz«, der in der Formel vom »Recht auf Differenz« wie auch grundsätzlich »Un-Gleichheit« (im doppelten Wortsinn) ersetzt hat. Mit ihm verknüpft sind auch poststrukturalistische Theoreme mit ihrer Ablehnung von Wahrheitsanspruch und universeller Geltung der »kategorischen Imperative«. Sie sind nicht nur widersprüchlich, da sie selbst auf einem nur nicht reflektierten Wahrheitsanspruch beruhen. Sie verunmöglichen auch die wertende Unterscheidung von progressiver und regressiver Politik, von Unterdrückung und Befreiung, von menschlichem und unmenschlichem Handeln. Wo die »différance« stark gemacht wird, werden die dominanten Identitätspolitiken reproduziert. Die aktuellen »critical whiteness«-Debatten sind geprägt von der Entpolitisierung des Einzelnen und der Reproduktion der Kategorien von »Ethnie« bzw. »sichtbarem« Anderssein, die es eigentlich zu bekämpfen und dekonstruieren gilt; sie sind verbunden mit der identitären Vergemeinschaftung der Eingeweihten mittels Codes und Sprachnormierung. Der Fokus auf Sprache ignoriert und verschleiert zudem meist die Funktion des Rassismus als Legitimation von eben vorgängigen Herrschafts-, Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnissen. Andere kontern nicht minder identitär und ideologisch – die Zeitschrift »Bahamas« verhöhnt auf ihrem jüngsten Titelblatt gar die Opfer des Kolonialismus in Afrika, die »Verdammten« Frantz Fanons, als »Negerküsse« und verteidigt die Bezeichung von »Schwarzen« als »Neger«, als würde das Wort nicht unmittelbar rassistische Zuschreibungen und Ausgrenzungen reproduzieren; sie bietet abstoßende Beispiele von theoretischem Versagen, Jargon und Populismus, von intellektuellem und politischen Verfall.

Auch in der Islamdebatte sucht man materialistische Analyse und emanzipatorische Kritik nahezu vergeblich. Schon der Begriff des antimuslimischen Rassismus wird meist nicht sinnvoll dort gebraucht, wo die Diskriminierung oder der Ausschluss von Menschen gemeint ist, die mittels »Rassifizierung« (Terkessidis) als Muslime markiert wurden oder werden – unter Rückgriff auf diesen kollektiv zugeschriebenen Attributen wie Traditionalität, Gewaltaffinität etc. und unter Verwendung von Markern wie Hautfarbe, Dialekt oder Bartwuchs. Vielmehr wird der Begriff gebraucht, um die Kritik an Islamismus, Religionskritik oder die Thematisierung von Sexismus, Rassismus und Antisemitismus im Nahen Osten oder innerhalb migrantischer communities zu diffamieren. Als würde sich Rassismus gegen Ideologien bzw. Religionen richten, und nicht gegen Menschen, ist gar von »Islamophobie« oder »antiislamischem« Rassismus die Rede. Im bürgerlichen Feuilleton wird ebenso wie in linken Publikationen aller Couleur ein geschichtstranszendentes Wesen namens Islam vorausgesetzt, des historischen Charakters beraubt, ohne Bezug auf soziale, normative, ideologische oder sonstige Unterschiede und Konflikte. Auch Aziz al-Azmeh kritisiert diese Reduktion, diese »Überislamisierung«, die bestimmte Gesellschaften in »Hypostasen eines seines historischen Charakters gänzlich entkleideten Islam« verwandle. Zudem identifizieren die Verteidiger »der Muslime« und ihre Gegner gesellschaftliche Verwerfungen und islamistische Ideologie mit religiöser Traditionalität. Doch wie Geert Hendrich bemerkt, ist islamistische Ideologie »Teil jenes Denkens, das ›Moderne‹ unter Ausschluss von Aufklärung propagiert« – also Gegenaufklärung. Gilt der Nahe Osten den meisten – ob positiv oder negativ besetzt – als das orientalische Andere, ist er eigentlich schlicht peripherer Teil des globalen kapitalistischen Zusammenhangs.

In der rassistischen Debatte verknüpft man die Einzelnen mit dem Kollektiv und dem spezifisch »Anderen« »ihrer Kultur«. Das gilt nicht nur für die Gesellschaften der als solche eigentlich gar nicht existierenden »islamischen Welt«. Auch das Selbstverständnis und die Lebensrealität von »MigrantInnen« spielt keine Rolle. Noch in der zweiten, dritten »Generation« werden sie die Markierung nicht los, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ihrer sozialen Position oder ihrer politischen Einstellungen. Im gesellschaftlichen Diskurs über die »Anderen« hat dabei in den letzten Jahrzehnten eine Verschiebung stattgefunden – aus dem »Gastarbeiter« wurde der »Ausländer« wurde der »Migrant« bzw. immer häufiger der »Muslim«.

Die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Konflikte, die auch die Folge ungleicher Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum, von Bildungsressourcen und Möglichkeiten zur Lohnarbeit sind, setzt das Wesen des Kollektivs an Stelle der Sozialisation des Einzelnen. Sarrazins über alle Maßen erfolgreiche Synthese von neoliberaler Wirtschaftstheorie, Rassismus und Sozialdarwinismus ist das Sinnbild dieses Zusammenhangs und der nur oberflächlich verdeckten Gewaltsamkeit der deutschen Gesellschaft in Zeiten der kapitalistischen Krise. Dass in der Linken die zugrundeliegenden Denkformen und kulturrassistischen Kategorien teilweise reproduziert oder gar affirmiert werden, ist Folge einer Theorielosigkeit, der nur mit Theoriearbeit, Reflexion und Selbstkritik beizukommen ist. ■

1| Vgl. etwa die zwanghaften Positionierungen zu dichotom wahrgenommenen Konflikten im Irak, Iran, Syrien etc., die »Kopftuchmädchen«-Kampagne, in der die rassistische Markierung fortgeschrieben wird, oder die Fremdbilder und Rassismen in der Zeitschrift Bahamas.

2| So wird die Kategorie der Hautfarbe als hierarchisches Unterscheidungsmerkmal nicht theoretisch dekonstruiert und konfrontiert, sondern reproduziert; gegenüber den privilegierenden und diskriminierenden Diskursen und Institutionen wird das Individuum als entmündigt und determiniert begriffen und kann sich nicht mehr politisch verhalten bzw. verorten. Vgl. die knappe Kritik von Ibrahim, Karakayali u.a. in der AK 575 (http://www.akweb.de/ak[illegible]ak575[illegible]23[illegible]htm)

Staatsterror und ein problematischer Zeuge

In Luxemburg stehen seit Februar 2013 zwei Polizisten vor Gericht, denen vorgeworfen wird, dass sie als Angehörige einer Sondereinheit in der 1980er Jahren Terroranschläge verübten, welche als so genannte »Bombenlegeraffäre« bekannt wurde. Der Deutsche Andreas Kramer, Sohn eines BND-Mitarbeiters, behauptet nun eidesstattlich im Prozess, sein Vater sei Operationsleiter von Gladio (siehe Kasten) gewesen und hätte Einsätze in der Bundesrepublik sowie den Benelux-Ländern geleitet. Neben der »Affär Bommeleeër« soll dieser auch für das Attentat auf das Oktoberfest 1980 in München verantwortlich gewesen sein.

Reiko Pinkert

Zwischen 1984 und 1986 verübten in Luxemburg Unbekannte mehrere Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude und Strommasten. Dem vorrausgegangen waren professionell durchgeführte Diebstähle von Zündern und Sprengstoff der Marke Luxite aus Steinbrüchen. Damit wurden unter anderem das Hauptquartier der Gendarmerie, der Justizpalast, die Tagungsstätte der europäischen Staats- und Regierungschefs sowie die Privatwohnungen von Polizisten wie z.B. die eines pensionierten Polizeikommandanten angegriffen. Außerdem legten die Täter Sprengfallen in einem Wald und auf einem Flughafen. Obwohl es mehrere Lösegeldforderungen, z. B. an das betroffene Energieunternehmen gab, kamen Geldübergaben nie zustande. Journalisten und Ermittler gehen deswegen davon aus, dass es den Tätern nie um Geld ging. Zum Teil wurden nach den Anschlägen keine kriminaltechnischen Untersuchungen durchgeführt. In anderen Fällen hingegen wurde sogar das deutsche BKA zur Analyse hinzu geholt.

Nachdem Journalisten des luxemburgischen Fernsehsenders RTL die Anschläge für eine Dokumentationsreihe (2005 ausgestrahlt) erneut untersuchten, wurden 2004 die Ermittlungen nach langer Pause wieder aufgenommen, so dass drei Jahre später zwei Verdächtige festgenommen werden konnten. Beide werden beschuldigt, als Mitglieder der Sondereinheit »Brigade Mobile de la Gendarmerie« (BMG)[1], hinter den Sprengstoffanschlägen zu stecken. Die Ermittler vermuten, dass die Polizisten den Etat für die Gendarmerie aufstocken lassen wollten. Sie sind bis zum heutigen Tag suspendiert und bestreiten jegliche Verwicklung. Darüber hinaus gehen die Ermittler davon aus, dass zwei weitere, mittlerweile verstorbene, Mitglieder der Sondereinheit an den Anschlägen beteiligt gewesen sind. Da mehrere hohe Beamte aus dem staatlichen Sicherheitsapparat von den Ermittlungen betroffen sind, birgt die Affäre politische Sprengkraft. Im Mai 2013 wurde darüber hinaus bekannt, dass der luxemburgische Geheimdienst »Service de Renseignement de l'Etat« (SREL) die Ermittler der »Affär Bommeleeër« sowie den zuständigen Generalstaatsanwalt in den Jahren 2006 bis 2008 überwachte.[2]

Im Februar 2013 begann nun der Prozess gegen die beiden beschuldigten Polizisten. Für Aufsehen sorgt(e) hierbei der angebliche Historiker Andreas Kramer, der aus eigener Initiative heraus behauptet, sein Vater sei als BND-Offizier für Stay-Behind-Aktionen der NATO in der BRD und Luxemburg verantwortlich gewesen.[3]

Diese, auch als Gladio bekannt gewordenen Geheimarmeen, sollten ursprünglich militärische Widerstandsgruppen aufbauen, um im Falle einer Besetzung durch die Truppen des Warschauer Paktes Sabotageakte zu verüben und Informationen über die feindliche Besatzungsmacht zu übermitteln.

Im November 1990 bestätigte das Luxemburger Parlament die Existenz einer Stay-Behind-Organisation im Land und gab gleichzeitig die sofortige Auflösung bekannt. Bereits im Jahr 1959 mit Genehmigung des damaligen Premiers Pierre Werner

1| Ursprünglich als kleine Anti-Terror-Einheit vorgesehen, 1987 in »Unités Spéciales« (Einheiten zur besonderen Verwendung mit eigener Observations-, Sprengstoff-, und Personenschutztruppe) umgewandelt www.usp.lu/media/BuchPolizeiSondereinheitenEuropas.pdf

gegründet, wurde sie, wie alle europäischen Gladio-Organisationen, durch das »Supreme Headquarters Allied Powers Europe« (SHAPE) sowie den luxemburgischen Geheimdienst SREL gesteuert. Fakt ist auch, dass die BRD in Luxemburg an Manövern des Stay-Behind-Netzwerkes beteiligt war. Aus einem, dem Autor vorliegenden Dokument des Luxemburger Ministère d'état, geht hervor, wie die Vorbereitungen solcher Übungen abliefen und dass neben den deutschen, Nachrichtendienste von zehn NATO-Mitgliedsstaaten daran teilnahmen.

Kramer sagte nun unter Eid aus, sein Vater wäre Operationsleiter von Gladio für den deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) gewesen und u.a. Koordinator der Bombenleger-Aktionen in Luxemburg. Er hätte diese mit dem damaligen Chef des Luxemburger Geheimdienstes, Charles Hoffmann, gemeinsam geplant. Kramer senior und Hoffmann sollen außerdem Mitglieder im »Allied Clandestine Committee« gewesen sein. Als Offizier mit dem Codenamen »Cello« legte er den Aussagen seines Sohnes zufolge auch mehr als 50 Waffendepots von Stay-Behind in der Bundesrepublik an. Darüber hinaus soll er als Führungsoffizier den Neonazi Heinz Lembke geworben und angeleitet haben.

Das damalige NPD-Mitglied Lembke tauchte bereits in den Ermittlungsakten zum Münchner Oktoberfest-Attentat 1980 als möglicher Sprengstoff-Lieferant auf. Ein Jahr später stießen Polizeibeamte auf eines seiner angelegten Depots. Es enthielt unzählige automatische Waffen, Munition, Handgranaten, Sprengstoff sowie Panzerfäuste – allesamt aus Bundeswehrbeständen. Der Historiker Daniele Ganser vermutet auf Grund der Menge und der Herkunft eine Mitgliedschaft Lembkes in einer Gladio-Struktur. In ausgewerteten Akten des Ministeriums für Staatssicherheit wurden abgehörte Funksprüche des BND's gefunden, in denen Lembkes Zuständigkeitsbereich



[1] Im Prozess um die Luxemburger »Bombenlegeraffäre« sorgten die Aussagen des Zeugen Andreas Kramer für Aufsehen. (Screenshot: youtube.com/3sat)

als Revierförster in dem Gebiet für Waffenverstecke angeführt wird.

Der Duisburger Kramer behauptet des Weiteren, dass sein Vater Kontakt zur »Wehrsportgruppe Hoffmann« und dem späteren Attentäter Gundolf Köhler gehabt hätte. Mit Köhler und weiteren BND-Mitarbeitern soll er in einer Garage in Donaueschingen die Bombe für den Anschlag auf das Oktoberfest gebaut haben. Der Anschlag sollte demnach ein Klima der Angst schaffen, Kommunisten in Misskredit bringen und einen Rechtsruck herbeiführen. Vergleichbar wäre dies mit der Strategie der Spannung wie sie z.B. in Italien linke Regierungsbeteiligungen verunmöglichte.

Fazit

Die Aussagen von Andreas Kramer sind in vielen Teilen abenteuerlich und unglaubwürdig.[4] Außerdem widerspricht er sich in vielen seiner Behauptungen. Seine Familie beschreibt ihn als notorischen Lügner und widersprach ihm in seinen Aussagen über seinen Vater. Dieser sei lediglich Hauptmann gewesen und schon allein aus gesundheitlichen Gründen wären Auslandseinsätze für ihn nicht in Frage gekommen. Nachforschungen des Autors haben ergeben, dass Kramer nicht wie von ihm behauptet, Chefarchivar im Bundestag gewesen ist. Auch für seine Tätigkeit als Historiker lässt sich kein Beleg finden, er taucht nicht mal in den einschlägigen Datenbanken auf. Die Bundesregierung hat ungewöhnlicher Weise trotzdem eine Prüfung der Vorwürfe veranlasst. Im Zuge dessen hat sie im Übrigen zugegeben, was sie durch den damaligen Staatsminister im Bundeskanzleramt Lutz Stavenhagen (CDU) 1990 noch leugnete. Nämlich dass die Stay-Behind-Organisationen mit deutscher Beteiligung bis 1991 existierten. ■

2| www.lessentiel.lu/de/news/dossier/bommeleeer/story/Geheimdienst-ueberwachte-Ermittler-21118938 www.lessentiel.lu/de/news/luxemburg/story/17807079
3| www.tageblatt.lu/up/eidesstattliche%20Erklaerung.pdf
4| www.wort.lu/de/view/bommeleeer-zeuge-kramer-als-luegner-entlarvt-5190bb78e4b02b992e7b5f83

Gladio, auch als Stay-behind-Organisation bekannt, war eine von der NATO gesteuerte Geheimdienstarmee, die in fast allen westeuropäischen Staaten jenseits von parlamentarischer oder öffentlicher Kontrolle agierte. Zusammengesetzt aus paramilitärischen Zellen, ist dieses Netzwerk verantwortlich für zahlreiche Anschläge und Morde u.a. an Politikern und Polizisten, die vor allem die parlamentarische Linke vor Wahlen diskreditieren und Ängste in der Bevölkerung schüren sollten. Für die Ausübung der Attentate rekrutierte man zu einem nicht unbeachtlichen Teil Alt- und Neonazis.
Siehe auch »Nato-Geheimarmeen – Terror im Namen der Demokratie« (AIB 82 / 1.2009)

Der 20. Transport

Vor 70 Jahren überfielen Widerstandskämpfer in Belgien einen Deportationszug nach Auschwitz

Am 19. April 1943 stoppten drei junge Männer nachts auf offener Strecke einen Zug, in dem sich 1636 Jüdinnen und Juden in 40 Güterwaggons auf dem Weg vom belgischen Mechelen nach Auschwitz befanden. Es ist der einzige Deportationszug, der jemals von Widerstandskämpfern angegriffen wurde, um die eingesperrten Waggoninsassen zu befreien. 17 Menschen konnten sich infolge dieses Überfalls aus einem Waggon retten. Viele Waggoninsassen hatten jedoch bereits im Vorfeld geplant, aus dem Zug zu fliehen. So kam es, dass sich zusätzlich 215 Deportierte bis zum Erreichen der deutschen Grenze aus eigener Kraft aus dem Zug befreien konnten.

Besatzung und Widerstand

Belgien, im April 1943: Seit dem Einmarsch der Nazis im Mai 1940 waren die knapp 75.000 in Belgien lebenden Juden und Jüdinnen systematisch entrechtet und enteignet worden. Die Nazis hatten in einer ehemaligen Kaserne in Mechelen das zentrale Sammellager für Juden und Jüdinnen eingerichtet und im Sommer 1942 mit den Deportationen nach Auschwitz begonnen.

Unter den in Mechelen Internierten gab es im Frühjahr 1943 unterschiedliche Annahmen, was sie am Ziel erwarten würde. Die Nazis versuchten ihnen glaubhaft zu machen, ein »Arbeitseinsatz« in Deutschland stünde ihnen bevor, doch vielen war mittlerweile klar, dass es eine Reise in den Tod sein würde. Sowohl über die BBC als auch über politische Netzwerke hatten Hinweise über den in Osteuropa von den deutschen Besatzern verübten Massenmord an Jüdinnen und Juden Belgien erreicht.

Die Allmacht der deutschen Besatzer erlitt Anfang 1943 Einbrüche. Am 20. Januar 1943 setzte sich Jean de Sélys Longchamp, ein belgischer Pilot der britischen Royal Air Force, bei einem Erkundungsflug von seinem Geschwader ab und nahm Kurs auf Brüssel. Ganz alleine flog er im Tiefflug über die Stadt und griff das Hauptquartier der Gestapo und der SS in der Avenue Louise an. Der Granatenbeschuss beschädigte das Gebäude schwer und tötete mehrere NS-Funktionäre. Danach verschwand Sélys Longchamp unbeschadet. Eine noch größere Verwundbarkeit der Besatzer offenbarte die endgültige Niederlage der 6. Armee in Stalingrad in den ersten Februartagen 1943. Zwei Ereignisse, die in der belgischen Bevölkerung die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges nährten und durch die die deutschen Besatzer den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren. Der Widerstand nahm zu und damit auch die Bereitschaft zur Flucht während der Deportationsfahrten.

Deportationen in den Tod

Aus diesen Gründen und weil aus den beiden Deportationszügen zuvor bereits 304 Insassen geflohen waren, verschärften die Deutschen für den bevorstehenden 20. Transport die Bedingungen. Statt Personenzügen setzten sie nun Güterwaggons ein, deren Türen verriegelt und deren Luken vergittert oder zugenagelt waren. Wer flüchten wollte musste nun Werkzeuge oder Messer in die Waggons schmuggeln, um damit Löcher in die Wände oder den Boden des Waggons zu sägen oder die Gitterstäbe vor den Luken zu zerschneiden. Wer es schaffte, aus dem Waggon heraus zu kommen, sprang seitlich vom fahrenden Zug oder ließ sich ins Gleisbett unter den Zug fallen, in jedem Fall ein lebensgefährliches Unternehmen. Etliche starben bei der Flucht, viele verletzten und verstümmelten sich. Andere wurden von den schwer bewaffneten Begleitkommandos erschossen.

Bei den Bewachern handelte es sich in der Regel um Angehörige der Schutzpolizei, die in separaten Personenwaggons am Anfang, in der Mitte und am Ende des Zuges unter strikter Trennung von den Deportierten postiert wurden. Sowohl durch die Aussagen ehemaliger Schutzpolizisten in

Ermittlungs- und Strafverfahren als auch aufgrund der Zeugnisse von Überlebenden ließen sich die Maßnahmen rekonstruieren, die im Falle eines Fluchtversuchs ergriffen wurden: die Bewacher nahmen die Fliehenden unter Beschuss, zogen die Notbremse und nahmen die Verfolgung zu Fuß auf.

Die zur Flucht entschlossenen Waggoninsassen warteten darauf, dass der Zug in Kurven und bei Steigungen langsamer fuhr und sie nutzen den Schutz der Nacht, um ungesehen abspringen zu können. Die Zeit war knapp. Da eine Flucht auf deutschem Reichsgebiet wegen der feindlich eingestellten Bevölkerung als aussichtslos eingeschätzt wurde, musste die Flucht noch vor der deutschen Grenze stattfinden. Diese war nach fünf Stunden Fahrt erreicht.

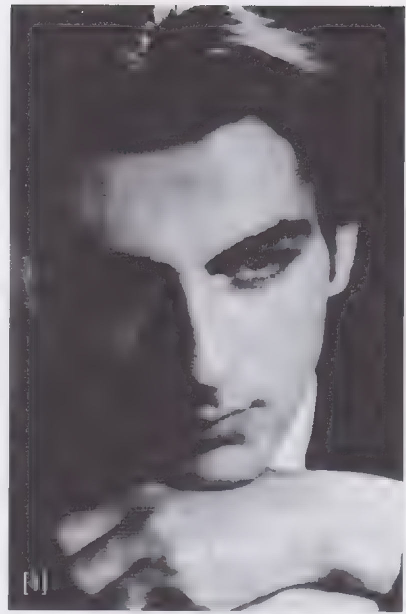
Die 1636 Gefangenen, die am 19. April 1944 zum Bahnhof in Mechelen und dort in die 40 bereitstehenden Waggons des 20. Transports getrieben wurden, erwartete ein kaum zu beschreibender Alptraum: Zu Dutzenden eingepfercht in einen Güterwaggon, ohne Heizung oder Lüftung, ohne Sitze und Matratzen, wenig Verpflegung und Wasser. Als Toilette stand lediglich ein Eimer zur Verfügung, der nicht geleert werden konnte, schon nach kurzer Zeit überlief und einen schier unerträglichen Gestank in dem kaum belüfteten Waggon verursachte. Drei Tage und Nächte dauerte die Fahrt.

Die Nazis hatten ein perfides System entwickelt, um Fluchten zu verhindern. Für den Fall einer Flucht drohten sie mit der Erschießung der verbliebenen Waggoninsassen, ein von den deutschen Bewachern bestimmter »Waggonältester« wurde für den störungsfreien Ablauf in die besondere Verantwortung genommen. Viele Fluchtberichte beschreiben interne Konflikte. Fluchtwillige mussten sich mit Entschlossenheit und manchmal auch mit physischer Gewalt gegen die durchsetzen, die ihre Flucht zu verhindern versuchten. Die Krankenschwester und Widerstandskämpferin Régine Krochmal, die dem letzten Waggon des 20. Transports zugeteilt war, wo sie sich zusammen mit einem mitgefangenen Arzt um Schwerkranke und Sterbende kümmern sollte, beschreibt diese Auseinandersetzung beispielhaft. Als sie ihre Fluchtpläne offenbarte, entgegnete ihr der Arzt, das könne sie nicht machen, sie hätten die Pflicht, sich um die Kranken zu kümmern. Krochmal erwiderte, dass sie nichts für die Kranken und Sterbenden tun könne, dass es vielmehr ihre Pflicht sei, zu ihrer Widerstandsgruppe zurückzukehren und erneut aktiv zu werden. Als der Arzt versuchte, sie an der Flucht zu hindern, schlug sie ihn nieder. Sie zersägte die Gitterstäbe vor der Luke und sprang aus dem fahrenden Zug.

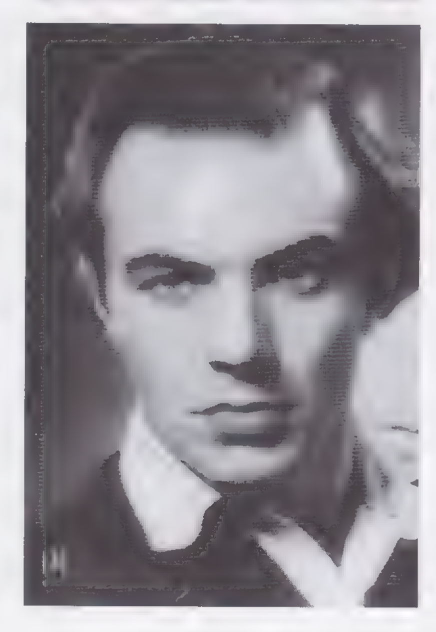
Allen Gefahren und widrigen Umständen zum Trotz hat es aus den Deportationszügen ab Mechelen 577 Fluchten gegeben. Alleine aus dem 20. Transport konnten sich 215 Deportierte bis zum Erreichen der deutschen Grenze aus eigener Kraft unter anderem mit Hilfe der in jeden Waggon eingeschmuggelten Sägen aus der Lagerschreinerei befreien, denn viele Fluchten waren bereits im Lager geplant worden.

Die Deportierten des 20. Transportes hatten zudem zwei weitere Unterstützer: die belgischen Lokführer Albert Simon und Albert Dumon, die die Geschwindigkeit des Zuges während einiger Streckenabschnitte deutlich drosselten, um Fluchten zu ermöglichen. Angehörige des Comite de Defense des Juifs (CDJ) hatten sich zuvor der Unterstützung durch die Eisenbahner vergewissert.

Siebzehn weitere Jüdinnen und Juden entkamen, als drei Widerstandskämpfer zwischen den Orten Boortmeerbeek und Wespelaar den Zug stoppten. Die verwegene, mit ungeheurem Mut und Entschlossenheit durchgeführte Aktion ist ein bis heute →







[1] Georges Livschitz, [2] Robert Maistriau und [3] Jean Franklemon.



© „MDV - Fonds Kumme

[1] Das SS-Sammellager Mecheln in der Dossin-Kaserne befand sich von Juli 1942 bis September 1944 im belgischen Mecheln. Es diente als Durchgangslager für die Deportation der Juden, Sinti und Roma aus Belgien in deutsche Vernichtungslager.

→ wenig bekanntes Kapitel des Widerstands.

Der Plan entsteht

Im März 1943 kursierte in Belgien die erste Ausgabe der Untergrundzeitung »Le Flambeau« des Widerstandsnetzwerks »Front d'Indépendence«. Der 38-Jährige Ghert Jospa, der mit seiner Frau Yvonne Jospa und Maurits Bolle die Sektion »Hilfe für Partisanen« des CDJ leitete, schrieb darin, dass die Deportation durch die Nazis dem Tod gleichkäme. In einem weiteren Artikel mit dem Titel »Je suis un évadé« berichtete ein Zugflüchtling von seinem Sprung aus dem Zug: »›Ich bin ein Ausbrecher‹, das ist nicht der Titel eines Films mit Paul Muni. Nein, es handelt sich um eine tatsächliche Begebenheit. Der 19. Transportzug, der mich nach Polen bringen soll, rollt mit 60 Stundenkilometern. Die Türen sind geschlossen, und alle fünf Minuten wird die Strecke und der Zug von einem Scheinwerfer abgeleuchtet. Die Deportation durch die Nazis ist Wirklichkeit geworden, sie ist gleichbedeutend mit dem Tod. Ich beschließe zu fliehen. Da ist die heruntergelassene Fensterscheibe der unteren Waggontür. Und mit einem Sprung lande ich auf der kalten Erde. Ich bleibe dort ausgestreckt bis zum Morgengrauen liegen. Einen grausamen Schmerz spüre ich in meinem linken Arm. Mit gebrochenem Arm kehre ich nach der Flucht heim. Ein Einzelfall? Nein, bei jeder Abfahrt widersetzen sich Dutzende von Deportierten dem Tod.«

Der Bericht der Flucht fesselte Jospa und er begann, nach einem Weg zu suchen, die Eingesperrten aus den Zügen zu befreien. Zusammen mit Bolle und Roger Van Praag schmiedete er Pläne für einen bewaffneten Überfall auf den nächsten, den 20. Deportationszug. Ein Kommunist aus der Führungsriege der Partisanen lehnte ab. Um den Zug zu überfallen, so wandte er ein, seien mindestens zwanzig mit Gewehren und Granaten ausgerüstete Partisanen nötig, die die deutsche Begleitmannschaft angreifen müssten. Da diese sofort schießen würde, sei mit einem Blutbad zu rechnen. Das sei ein unkalkulierbares Risiko für die zu diesem Zeitpunkt bereits stark dezimierte Untergrundgruppe. Zudem fehle es an Transportmöglichkeiten für die Befreiten. Auch die Partisanengruppe Groupe G lehnte eine Beteiligung ab. Sie verübte Sabotageakte, war aber die direkte Konfrontation und den Umgang mit Schusswaffen nicht gewöhnt und wollte sich deshalb auf keine Schießerei einlassen. Doch Bolle ließ sich nicht von dem Plan abbringen. Im 25-jährigen Georges Livchitz, genannt Youra, einem Freund und Kommilitonen seiner Tochter, fand er einen Mitstreiter. Livchitz gewann zwei ehemalige Schulfreunde für die Ausführung: Jean Franklemon und Robert Maistriau. Beide waren keine Juden. Der 25-jährige Jean Franklemon war Kommunist und Antifaschist und hatte bereits im spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Der 22-jährige Medizinstudent Robert Maistriau hingegen hatte noch nie zuvor an einer Widerstandsaktion teilgenommen. Das CDJ stellte den dreien 50.000 belgische Francs, gestückelt in Scheine à 50 Francs, zur Verfügung, die den aus den Waggons Befreiten als Handgeld für die weitere Flucht gegeben werden sollten. Ein alter Freund von Youra Livschitz, der bei der Groupe G aktiv war, ließ ihnen einen kleinkalibrigen Revolver zukommen.

Der Überfall

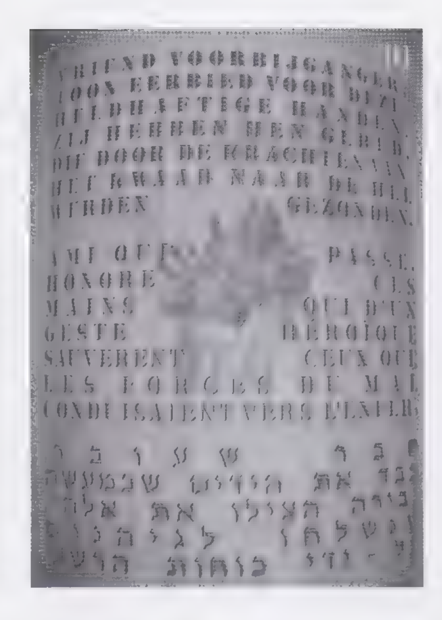
Die »Verladung« der Deportierten des 20. Transports hatte bis in die Abendstunden gedauert. So war es bereits mondhelle Nacht als der Zug 13 Kilometer von Mechelen entfernt Boortmeerbeek passierte und auf Wespelaar zufuhr, wo Maistriau, Livchitz und Franklemon an der Strecke lauerten. Sie hatten eine Sturmleuchte mit roten Seidenpapier umhüllt und auf die Gleise gestellt, so dass sie wie ein Warnsignal aussah. Tatsächlich hielt der Zug an. Maistriau rannte zum hinteren Teil des Zugs und versuchte die verschlossene Tür eines Waggons zu öffnen. Dies war schwierig, da er in einer Hand eine Lampe hielt und mit der anderen mit einer Zange an der Tür hantierte. Seine Freunde verlor er aus den Augen, als die zunächst überraschten Wachmänner sie unter Beschuss nahmen. Maistriau gelang es, die Tür aufzubrechen. Er schrie auf Französisch und ein paar Brocken auf

Deutsch, da viele Häftlinge nur Deutsch verstehen konnten. Sein Akzent machte allen klar, dass er nicht zu den deutschen Bewachern gehörte. Manche flohen sofort aus dem Waggon, andere fingen an zu schreien, niemand solle fliehen, das sei sehr gefährlich. Maistriau führte nacheinander zwei Gruppen vom Zug weg, drückte jedem einen 50 Francs-Schein in die Hand, damit sie für die weitere Flucht etwas Geld besaßen. Er kehrte zum Zug zurück, um einen zweiten Waggon zu öffnen. Er zögerte wegen der Gewehrsalven, die in seine Richtung zielten, und in diesem Moment fuhr der Zug wieder an. Das Ganze hatte eine Viertelstunde oder zwanzig Minuten gedauert. Im Nachhinein sagte Maistriau, die ganze Aktion sei sehr improvisiert gewesen, es habe ihr jegliche logistische Überlegung gefehlt, sie seien nur zu dritt und bis auf den Revolver von Youra Livchitz unbewaffnet gewesen. Man müsse wohl 22 Jahre alt sein, um so etwas zu wagen.

Im 20. Transport befand sich auch der 30jährige Meyer Tabakman. Ihm gelang die Flucht dank der Werkzeuge, die sein Vater ins Sammellager Mechelen hatte einschmuggeln lassen. Als der Zug kurz bei Boutersem, knapp 40 Kilometer nach Mechelen, langsamer fuhr, sprang Meyer Tabakman. Es war seine zweite Flucht aus einem Deportationszug. Er hatte bereits am 15. Januar 1943 aus dem 19. Transport entkommen können – und danach in der Untergrundzeitschrift Le Flambeau den Bericht »Je suis un évadé« geschrieben, ohne den der Überfall auf den 20. Transport vermutlich nicht stattgefunden hätte.

Was aus ihnen wurde

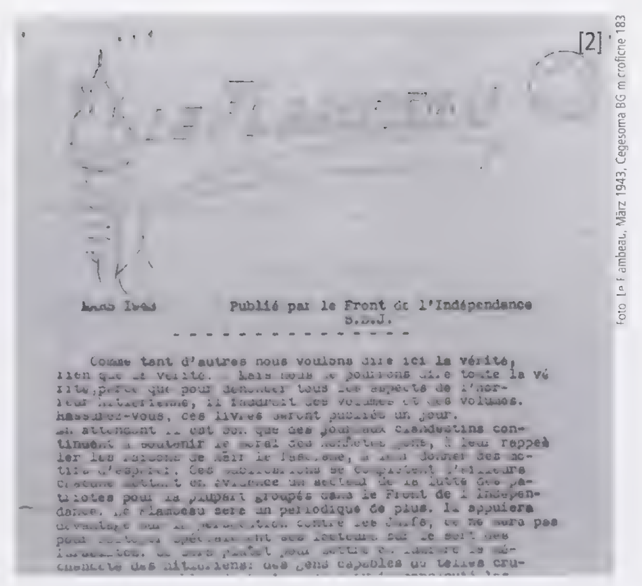
Am 1. Dezember 1943 flog Meyer Tabakman in Forest mitten in der Herstellung gefälschter Papiere erneut auf und wurde verhaftet. Aufgrund seiner vorangegangenen Fluchten wurde er am 15. Januar 1944 mit dem 23. Transport in einem besonders gesicherten Waggon nach Auschwitz deportiert. Er starb dort noch im selben Monat.



Die drei Angreifer des 20. Transports konnten zunächst entkommen.

Youra Livchitz wurde am 14. Mai 1943 verhaftet und im Hauptquartier der Gestapo in der Avenue Louise schwer gefoltert. Er konnte jedoch seinem Bewacher einen Revolver entreißen, diesen niederstrecken und fliehen. Nach seiner erneuten Verhaftung wurde er ins Auffanglager im Fort Breendonk eingeliefert. Am 26. Juni 1943 wurde er dort, wie es in der Begründung des SD hieß, als Chef einer Bande von Terroristen und wegen des Angriffs »auf einen Judentransport« erschossen. Robert Maistriau schloss sich der Groupe G an und war dort für Organisation und Rekrutierung zuständig. Im März 1944 wurde er gefasst, im Mai mit der Haftkategorie »Politischer Belgier« in das KZ Buchenwald eingeliefert und von dort nach Mittelbau Dora überstellt. Er überlebte die Naziverfolgung. Robert Maistriau starb 2008 mit 87 Jahren in Woluwé-Saint-Lambert in Belgien.

Jean Franklemon wurde am 7. August 1943 gefasst und überlebte die Lagerhaft im KZ Sachsenhausen. Er kehrte nach Belgien zurück und blieb der Kommunistischen Partei verbunden. Aus einer Akte, die die Stasi über ihn anlegte, geht hervor, dass er 1968


[2]

Publié par le Front de l'Indépendance
S.D.J.

Comme tant d'autres nous voulons dire ici la vérité, [illegible]

Foto Le Flambeau, März 1943, Cegesoma BG microfiche 183

in die DDR übersiedelte, da er in Belgien keine Arbeit fand. Um seine Verwandten in Belgien weiterhin besuchen zu können, blieb er belgischer Staatsbürger, obwohl ihm, wie es in einem Spitzelbericht heißt, bei Annahme der DDR-Staatsbürgerschaft die Anerkennung als Kämpfer gegen den Faschismus und damit eine großzügige Rente zugekommen wäre. So wohnte er mit seiner Lebensgefährtin Irène Lecarte in ärmlichen Verhältnissen in Kleinmachnow bei Berlin, sie trat als Chanson-Sängerin auf, er begleitete sie am Piano. Jean Franklemon starb 1977. Spuren einer Erinnerungskultur an den belgischen Antifaschisten finden sich in Kleinmachnow nicht.

1995 wurde, getragen von der Jüdischen Gemeinde Belgiens, der Belgischen Eisenbahn Gesellschaft und anderen Initiativen, am Bahnhof von Boortmerbeek eine Anlage errichtet zum Gedenken an die Deportierten, die zu Tausenden zwischen 1942 und 1944 den Bahnhof passiert hatten. Ein Denkmal dieser Anlage erinnert an Youra Livchitz, Robert Maistriau und Jean Franklemon. In der Inschrift des Denkmals der »Drei Hände« heißt es: »Freund, der du vorbeigehst, ehre diese Hände, die in einem heroischen Akt jene retteten, die von den Mächten des Bösen in die Hölle geführt werden sollten.« ■

[1] Inschrift des Denkmals »Drei Hände« am Bahnhof von Boortmerbeek.

[2] Auszug aus der Untergrundzeitung »Le Flambeau«.

Literatur zum Weiterlesen:

Steinberg, Maxime: L'Étoile et le fusil. La traque des Juifs 1942–1944, Bd. 2, Bruxelles 1986.

Schreiber Marion: Stille Rebellen. Der Überfall auf den 20. Deportationszug nach Auschwitz. Berlin 2000.

Steinberg, Maxime; Schram, Laurence: Transport XX. Malines – Auschwitz. Bruxelles 2008

Absprachen, Lügen, Falschaussagen

Der Prozess gegen Lothar König, Stadtjugendpfarrer und Leiter der JG-Stadtmitte in Jena läuft mittlerweile seit April 2013. Nach dem fünften Verhandlungstag ist kein Ende in Sicht.

Soligruppe JG-Stadtmitte

Am 19. Februar 2011 demonstrierten in Dresden ca. 10.000 Menschen gegen die bis dahin größte Neonazidemonstration. Im Umfeld der antifaschistischen Gegenaktivitäten kam es zu vereinzelten Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten. Über »nichtindividualisierte Funkzellenabfragen« erfassten die sächsischen Behörden hunderttausende Datensätze aus Telefongesprächen. Eingeleitet wurden 1.436 Verfahren, die im Zusammenhang mit den Blockaden der Neonazidemonstration stehen.[1]

Sowohl am 13. Februar als auch am 19. Februar 2011 fahren jeweils 50 Jugendliche und junge Erwachsene der JG-Stadtmitte sowie der als Lautsprecherwagen eingesetzte blaue VW-Bus nach Dresden, um sich an den Protesten zu beteiligen. Die Ermittlungen gegen Lothar König begannen jedoch bereits weit vorher und gründen auf dem Verdacht der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« nach §129 StGB. Aufgrund einiger verletzter Neonazis seit dem Jahr 2009 wurde seitens sächsischer Gerichte die Vermutung aufgestellt, es existiere eine »Antifa-Sportgruppe«, welche Neonazis jage. Kopf dieser »Antifa-Sportgruppe« sei Stadtjugendpfarrer Lothar König, so der Verdacht der sächsischen Ermittler.

Im Juni 2011 erfährt Lothar König von diesem Ermittlungsverfahren. Am 10. August 2011 erhält er früh um 6.00 Uhr, während eines Wanderurlaubes in Südtirol, den Anruf eines sächsischen Polizeibeamten mit der Aufforderung, die Tür aufzumachen, um eine Hausdurchsuchung durchführen zu können. Die Tür öffnet sich – so die Aussage der Polizeibeamten – nach Klopfen selbstständig, obwohl niemand vor Ort ist. Anlass der Durchsuchung, inklusive Pfarrdienstzimmer, ist ein Ermittlungsverfahren nach §125a StGB – Besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs.

Lothar König soll am 19. Februar in Dresden laut Anklageschrift u.a. folgende Straftaten begangen haben:

- er soll über Lautsprecherwagen eine Menge zwischen 1.000 und 5.000 (laut Anklageschrift gewaltbereite, linksautonome, teils vermummte etc.) Menschen über das Vorgehen der Polizei informiert haben und somit billigend in Kauf genommen haben, dass es zu Gewalttätigkeiten komme
- mit »Musik mit aggressivem, anheizendem Rhythmus« habe er das Vorgehen gegen Polizeibeamte unterstützt
- mit Durchsagen wie: »Eins. Zwei. Dahinten gibt es eine Auseinandersetzung der Polizei mit Demonstranten. Es werden Schlagstöcke oder Knüppel eingesetzt. Da müssen wir ein bißchen aufpassen« die Menge aufzustacheln
- er habe Lautsprechertechnik zur Verfügung gestellt, so dass eine unbekannte männliche Person über diese den Aufruf »Deckt die Bullen mit Steinen ein« tätigen konnte, welches zu entsprechenden Handlungen geführt habe
- er habe den Lautsprecherwagen als Fluchtfahrzeug für Steinewerfer zur Verfügung gestellt und versucht, damit Polizeifahrzeuge abzudrängen.

Zwischenzeitlich konnte seitens der Verteidigung nachgewiesen werden, dass mehrfach Aktenmaterial nicht zur Hauptakte gelangte und dies u.a. entlastende Aussagen von Polizeibeamten aber auch Videomaterial betraf. Am 4. und 5. Prozesstag kam es zu den bisherigen »Höhepunkten« des Verfahrens. Mehrere Polizeibeamte, unter ihnen der Hundertschaftsführer Alexander E., sagen zu den Anklagevorwürfen der Nötigung gegen Polizeifahrzeuge, der Strafvereitelung durch Fluchthilfe und dem angeblichen Aufruf über den Lautsprecherwagen »Deckt die Bullen mit Steinen ein« aus. Am Nürnberger Platz hätte E. »brennende Barrikaden« bemerkt, ca.

1| Mit Stand 13. Januar 2013


[1]

[1] Seit April 2013 steht der Stadtjugendpfarrer und Leiter der JG-Stadtmitte Lothar König (rechts) in Dresden vor Gericht.

50 Personen wären auf die Straße gelaufen. Ein blauer VW-Transporter sei vorbeigefahren und aufgrund einer entgegenkommenden Menschenmenge habe er die neun Polizeiwagen wenden lassen. Während des Wendemanövers sei der blaue VW auf seiner Höhe gewesen und durch das geöffnete Fenster habe er den Satz »Deckt die Bullen mit Steinen ein.« gehört. Dann wären Steine geflogen und sie hätten beschleunigt, u.a. um dem Versuch des Abdrängens durch den Lautsprecherwagen auszuweichen. Musik habe er nicht gehört.

Nach dieser Aussage hielt der Verteidiger Johannes Eisenberg dem Hundertschaftsführer vor, dass ihm ein Video zur Verfügung stehe, welches die Unwahrheit der Aussagen beweise und fragte nach, ob E. die Gelegenheit nutzen wolle, seine Aussage zu korrigieren. Dies lehnte der Polizeibeamte ab. Das Video der Verteidigung wurde anschließend im Gerichtssaal gezeigt: Es beweist, dass die Aussage des Hundertschaftsführers im absoluten Widerspruch zu der von ihm geschilderten Situation steht. Anstelle der Durchsage »Deckt die Bullen mit Steinen ein« ist auf dem Video der Verteidigung zu sehen, wie der Lauti an den Polizeifahrzeugen vorbeifährt und zugleich in enormer Lautstärke laut und ohne Unterbrechung das Lied »bella ciao« aus dem Lautsprecher tönt. Nach Vorführung des Videos wurde der Polizeibeamte E. befragt, inwieweit die Bilder seiner Erinnerung entsprächen. Die Antwort war verblüffend und zugleich entlarvend für das Verhalten von Polizeibeamten vor Gericht: Es sei seine Erinnerung gewesen, dass er den Spruch beim Vorbeifahren gehört habe. Er habe sich später auf den Lauti festgelegt, nachdem er sich mit seinen Kollegen über den Vorgang unterhalten habe, nämlich »als feststand, dass ein Verfahren wegen Landfriedensbruch draus wird«. Entscheidend ist die bis dahin oft genug vermutete Information, dass Polizeibeamte, die als Zeugen in einem Verfahren geladen sind, sich im Vorfeld abstimmen und – so zumindest ist die Aussage von E. zu verstehen – eigenes Wissen mit Unterstellungen und Falschaussagen ergänzt wird. Ähnliches geschah im Verlauf der weiteren Zeugenaussagen von Polizeibeamten: Während der eine seine dienstliche Erklärung auf dem Schoß liegen hat und abliest, berichtet ein weiterer, dass der Lauti gebremst habe und er dies auch in seiner Vernehmung ausgesagt habe. Das Protokoll der Vernehmung ist – wie bereits andere entlastende Aktenteile – nicht in der Hauptakte auffindbar. Die Verteidigung vermutet nicht ohne Grund, dass dies bewusst geschehen sei. Während die Staatsanwältin des Amtsgerichts Dresden im Nachgang der aufgedeckten Falschaussagen grinst, fährt Lothar König sie – emotional berührt – an: »Für mich stehen vier Jahre auf dem Spiel und mein Beruf. Und sie grinsen.«

Nach mittlerweile fünf Prozesstagen bleibt festzustellen, dass sich Polizeibeamte im Vorfeld von Aussagen absprechen, um zu einer Verurteilung beizutragen. Dienstliche Erklärungen werden untereinander kopiert, eigene Wahrnehmungen und Aussagen ordnen sich scheinbar dem Ziel einer Verurteilung unter. Weder der Richter noch die Staatsanwältin sind irritiert, geschweige denn empört ob der Falschaussagen und Lügen von Polizeibeamten vor Gericht. Ohne die eigenen Videos der Verteidigung wäre Lothar König – aufgrund der abgesprochenen, verschärften Falschaussagen durch Polizeibeamte vor Gericht – bereits verurteilt.

Die Frage von Lothar König nach fünf Prozesstagen ist – für antifaschistische Proteste – die entscheidende: Was ist mit denjenigen, die kein Videomaterial zur Verfügung haben? Gemeint ist kein Plädoyer für die eigene Komplett-Dokumentation von antifaschistischen Protesten, sondern die bestätigte Erkenntnis, dass Staatsanwaltschaft und Polizei scheinbar fast alles dafür tun, den berechtigten und notwendigen Protest gegen Neonazis zu kriminalisieren und zu verurteilen. Die Konsequenzen in Bezug auf das Versammlungsrecht sind bisher nicht absehbar. Zu befürchten ist jedoch, dass Lothar König trotz der klaren Videobelege verurteilt wird und ebenso, dass jede_r der_die Verantwortung für Proteste gegen Neonazis übernimmt, zukünftig mit entsprechenden Anklagen und Verurteilungen rechnen muss. ■

Mehr Infos (sowie die Videos der Verteidigung): www.soligruppe.jg-stadtmitte.de

Unterstützung für Prozesskosten: www.prozesskostenhilfe-lothar.de

»Der Friede in dieser Region bleibt zu brechen«

Interview mit Antifas der Kampagne Landfriedensbruch (LFB) aus Tostedt

Die Neonaziproblematik in Tostedt ist ja überregional durch die Kampagne Landfriedensbruch wieder bekannter geworden[1]. Könnt ihr die Kampagne kurz beschreiben?

Im Jahr 2011 hat sich auf Grund der starken Neonaziszene in der Region und der von ihnen ausgehenden Übergriffe die Kampagne gegründet. Ein rechter Übergriff an Pfingsten 2011 in Wistedt, bei dem Neonazis eine Wohngemeinschaft angriffen und mehrere Menschen schwer verletzten, war ein Grund dafür, dass sich norddeutschlandweit antifaschistische Gruppen zusammengesetzt haben und sagten: »Alles klar, da müssen wir jetzt was machen«. Mit der Kampagne wurde vorrangig versucht, das gesellschaftliche Klima in Tostedt zu ändern und den Neonazis auch auf der Straße etwas entgegenzusetzen. Es sollten, zumindest temporär, Freiräume für nichtrechte Jugendkultur geschaffen werden.

Was gab es an konkreten Aktionen?

Neben einem Skatecontest eine überregionale Demo mit ca. 800 Menschen – was für die Region sehr viel war. Es gab ein LKW-Konzert auf dem Dorfplatz und einen öffentlichen Vortrag von Andreas Speit. Die Veranstaltung musste auch auf dem Dorfplatz stattfinden, da der eigentliche Raum auf Grund von Drohungen durch Neonazis gegen den Besitzer nicht mehr zur Verfügung stand. Außerdem gab es eine Infotour durch Norddeutschland.

Und wie hat sich die Zivilgesellschaft verhalten? Ein Vorwurf von Antifaschist_innen war ja, dass von der Seite aus viel zu wenig passierte und das Problem kleingeredet wurde?

Die Zusammenarbeit war eher schwierig. Es gibt das »Forum für Zivilcourage«, das allerdings stark an der Extremismustheorie und einem staatstragenden Antifaschismus festhält. Aber, um das hier deutlich zu machen, die einzelnen Personen aus dem Forum waren bei den meisten Veranstaltungen und auch bei der Demo dabei. Natürlich gab es Probleme, da die Kampagne eher als »Nestbeschmutzung« angelegt war. Aber es sollte schon deutlich gemacht werden, dass ein Teil des Problems auch die Menschen und Institutionen in Tostedt sind, die das Neonaziproblem kleinreden.

Welche neonazistischen Aktivitäten und Gruppen gibt es aktuell in Tostedt?

Im Moment ist das ganze sehr unübersichtlich geworden. Die Neonazis treten nicht mehr unter klaren Labels, wie etwa »Gladiator Germania« oder »NW Tostedt« auf. Es gibt einen Blog (»Tostedt gegen Links«), der unregelmäßig Berichte über die Region bringt, aber vor allem dazu genutzt wird, Linke zu outen.

Die Kampagne lief mehr als ein Jahr und hat viel gepusht. Was, würdet ihr sagen, hat sich positiv verändert und kann das konkret auf die Kampagne zurückgeführt werden?

Zum einen ist die Neonazipräsenz auf der Straße deutlich zurückgegangen, es gibt weniger Übergriffe gegen nicht-rechte Jugendliche und die rechten Strukturen sind transparent gemacht worden. Auch der Neonaziladen (Streetwear Tostedt) hat geschlossen und zivilgesellschaftliches Engagement, wie etwa das des Forums, hat sich erhöht. Das ist sicher nicht nur auf die Kampagne zurückzuführen, aber insgesamt ist das Thema stärker ins Bewusstsein gerückt. In einer Kneipe, in der früher eher Rechte rumhingen, veranstalten nicht-rechte Jugendliche jetzt ab und an mal ein Elektrocafe. Es ist zwar ein Kern an Neonazis und deren Umfeld übriggeblieben, aber die äußern sich kaum noch und machen nur sehr wenige Aktionen.

Seit Mitte 2012 gab es keine Aktionen mehr der Kampagne. War das eine bewusste Entscheidung?

Ja. Das grundlegende Ziel – die Neonazigewalt und den Umgang damit im Ort zu thematisieren, ist erreicht worden. Auch konnte den Neonazis auf der Straße konkret und nachhaltig etwas entgegengesetzt werden. Derzeit finden keine Aktionen statt, da es dafür keinen Grund gibt. Auch werden gerade bei anderen Dingen, wie etwa

1| Auch überregional fällt die Gemeinde Tostedt mit bereits in den 1990er Jahren in Erscheinung getretenen starken Neonazistrukturen auf. (vgl. auch Antifaschistisches Infoblatt # 88, 2010: Brennpunkt Tostedt)

anstehenden Prozessen, Kapazitäten gebraucht.

Aber trotz der Erfolge sprecht ihr davon, dass es noch vereinzelt Übergriffe gibt?
Ja, das stimmt. Es ist weniger der »harte Kern« als vielmehr ein paar jüngere Neonazis, die Stress machen. Neu ist, dass die Neonazis mittlerweile Leute anzeigen. Das machen sie im Bewusstsein, dass die Cops eher in Richtung Links ermitteln. Vor kurzem wurde ein Genosse angegriffen. Der neonazistische Angreifer hatte vorher bei den Cops angerufen und behauptet, er würde angegriffen. Die Cops sind dann gekommen und haben eine Anzeige gegen den Genossen aufgenommen.

Die Polizei ermittelt also eher in Richtung Antifas?
Als das öffentliche Interesse groß war, gab es auch viele Prozesse gegen Neonazis. Aber unser Eindruck ist der, dass die Cops mittlerweile vermehrt gegen Linke vorgehen. Wir hatten das Gefühl, dass die Situation im Ort wieder »runtergekocht« werden sollte, auch um deutlich zu machen, wer das Sagen hat. Es war häufig so, dass der Staatsschutz in Zivil am Wochenende in der Stadt gewartet hat, bis sie vermeintlich linke Jugendliche getroffen haben, um diese dann zu kontrollieren. Einmal gab es eine Situation, wo ein paar Linke auf dem Weg zu einer Kneipe waren und der Abend dann urplötzlich – unter Zuhilfenahme einer Hundestaffel und sechs Einsatzwagen – im Gewahrsam endete.

Es gibt oder gab also nicht nur Probleme mit Neonazis, sondern auch mit Repression?
Definitiv. Es war bisher so, dass es sehr viele Anzeigen gab, die aber auf so absurden Vorwürfen basierten, dass die meisten eingestellt wurden. Allerdings gab es auch Verurteilungen. So wurde ein Genosse zu einer



Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Außerdem stehen jetzt gerade ein paar größere Verfahren an, die vermutlich bald vor Gericht gehen. Es ist teilweise so, dass da einige Genoss_innen bis zu zehn Verfahren gleichzeitig offen haben. Da wird deutlich, dass die Cops nach jedem Strohhalm greifen, damit es zu einer Verurteilung kommt.

Standen die Hausdurchsuchungen in der Region und in Hamburg Anfang des Jahres auch in diesem Zusammenhang?
Das ist zum Beispiel so ein Fall, bei dem Neonazis und Staat Hand in Hand arbeiten. Da wird behauptet, dass Neonazis bei einer Aktion in Buchholz aus einem Parkhaus heraus fotografiert wurden und als sie das dann »klären« wollten, was nichts anderes bedeutet, als die vermeintlichen Fotograf_innen anzugreifen, wurden die Neonazis – nach eigenen Aussagen – plötzlich von einem Dutzend Antifas, die aus dem Nichts aufgetaucht sein sollen, angegriffen. Dabei sollen sie unter anderem mit Säure attackiert worden sein. Das haben die Cops natürlich dankbar aufgenommen, ein riesiges Ermittlungsverfahren eingeleitet, in dessen Zuge es eben auch zu den Hausdurchsuchungen kam.

Welche antifaschistische Perspektive seht ihr für die Region?
Eine Reorganisierung der Neonazis könnte wieder zu Konflikten führen. Eine Hoffnung ist, dass sich in den Köpfen der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung in Tostedt politisch etwas getan hat und das Problem in Zukunft nicht mehr so runtergespielt wird, wie vor der Kampagne. Dass die Antifa-Strukturen, die auch – aber natürlich nicht nur – auf Grund der Kampagne entstanden sind bzw. Auftrieb bekommen haben, dem Druck der Cops und der Neonazis standhalten können und nicht von vorne angefangen werden muss, wenn es darum geht Vernetzung und Strukturen gegen Neonazis an den Start zu bringen. Perspektivisch müssen wir jetzt erst mal abwarten wie sich das alles in der Region entwickelt. Auch der Wegfall des neonazistischen Ladens »Streetwear Tostedt« muss erst mal beobachtet werden. Klar ist, dass das Problem noch nicht gelöst ist, sondern vorerst nur ein Teil der Szene weggefallen ist.

Vielen Dank für das Gespräch und alles Gute für die anstehenden Prozesse. ■

Das gefährliche Spiel mit dem »Patriotismus«

Homophobie und Hass auf Arbeitsmigranten wird von den kreml-nahen Medien zwar gepflegt, gegen extrem rechte Gewalt gehen die russischen Sicherheitskräfte jedoch vor.

Ulrich Heyden, Moskau

Mit immer neuen Gesetzen versucht der Kreml das Leben der Menschen auf seinen patriotischen Kurs zu trimmen. Im Juni 2013 verabschiedete die Duma gleich zwei Gesetze, die ganz im Stil der neuen patriotischen Strenge sind. Eines, welches für die »Beleidigung religiöser Gefühle« bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe vorsieht sowie eins, das die »Propaganda für nicht-traditionelle Sexualität« unter Strafe stellt. Das Anti-Homo-Gesetz wurde von der Abgeordneten Jelena Misulina vorgestellt. Sie gehört der Fraktion der »links«-patriotischen Partei »Gerechtes Russland« an. 436 Abgeordnete votierten für das Anti-Homo-Gesetz, einer enthielt sich. Vor der Duma wurden sich küssende Demonstrantinnen mit Fäusten und Urin aus Spritzflaschen von russisch-orthodoxen Aktivisten drangsaliert. Mit Geldstrafen von 125 Euro müssen nun Personen rechnen, die unter Jugendlichen »nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen anziehend darstellen«. Internetzeitungen drohen Strafen von bis zu 25.000 Euro. Unter das Gesetz können nicht nur zwei Männer fallen, die auf der Straße Hand in Hand gehen – wie man es bisher nur in St. Petersburg sah –, sondern auch Lehrer, die mit ihren Schülern offen über Homosexualität sprechen ohne diese zu verdammen. Vor dem Hintergrund der aggressiven Debatten gegen Homosexuelle fühlen sich homophobe Jugendliche zu Gewalttaten ermuntert. Mitte Mai starb in Wolgograd der 23jährige Vladislav Tornovoi, der zusammen mit drei anderen jungen Männern auf einem Kinder-Spielplatz Bier trank. Als sich im Gespräch herausstellte, dass einer der Männer schwul ist, warfen die drei Vladislav Tornovoi zu Boden und bearbeiteten ihn mit Tritten. Sie rissen dem Opfer die Kleider vom Leib und drückten ihm zwei Bierflaschen in den Darm. Dann zerschmetterten sie ihm mit einem 20 Kilogramm schweren Stein den Kopf und versuchten den Toten zu verbrennen, was misslang. Ende Mai kam es auf der fernöstlichen Halbinsel Kamtschatka zu einem weiteren Mord. Der 39jährige stellvertretende Leiter des Flughafens Osernaja, Oleg Serdiuk, wurde wegen seiner angeblich homosexuellen Lebensweise in einem Wald ermordet.

Prognosen über den Untergang Europas

Eine öffentliche Empörung über die neuen Gesetze und über die Morde an Homosexuellen gibt es in Russland nicht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hält Homosexualität für »nicht natürlich«. Die meisten fordern von Homosexuellen, dass sie »ihre Veranlagung« nicht in der Öffentlichkeit zeigen. Für die staatlichen Medien ist das Thema Homosexualität vor allem ein Anlass vor den gefährlichen Einflüssen aus Europa zu warnen. Die Liberalisierungen für Schwule und Lesben im Westen wurden als schreckliche, unnatürliche Entwicklung dargestellt. Der »Untergang« Europas sei vorprogrammiert. Neben den homophoben Ansichten in Politik und Gesellschaft gehören auch Vorurteile und negative Zuschreibungen gegenüber Migranten zum guten Ton. Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin, der sich Anfang September zur Wiederwahl stellt, erklärte Mitte Juni, Moskau wäre eine der »gesetzestreusten Städte der Welt« wenn es die Kriminalität der Arbeitsmigranten nicht gäbe. Konkrete Zahlen als Beleg wurden nicht genannt. Die Arbeitsemigranten aus Zentralasien und dem Kaukasus sind in Russland schon seit Jahren das Ventil für den Unmut über Sozialkürzungen und die Angst vor dem sozialen Absturz. Neonazis versuchen immer wieder, Alltagskonflikte zwischen Kaukasiern und Russen in pogromartige Aktionen umzufunktionieren. So Anfang Juni in der nordwestlich von Moskau gelegenen Stadt Udomlja: Der aus St. Petersburg angereiste Nationalist Nikolai Bondarik organisierte eine nichtgenehmigte

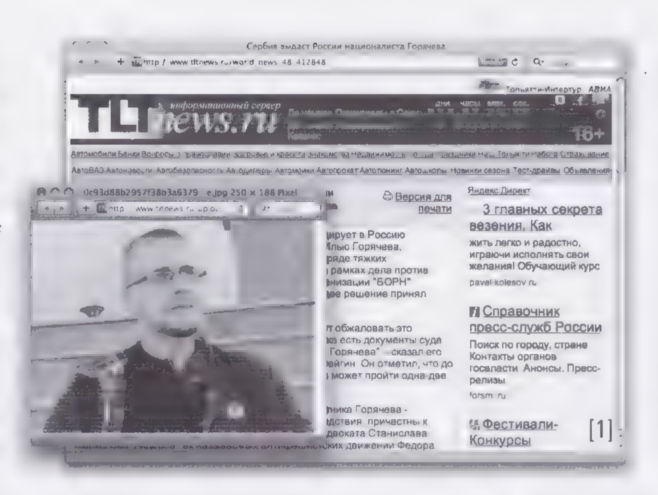
»Volks-Versammlung« mit 400 Teilnehmern, auf welcher Stimmung gegen Kaukasier gemacht wurde. Die Polizei nahm u.a. Bondarik fest, worauf die Menschenmenge »Freiheit« für die Verhafteten forderte.

Neonazimörder verhaftet

Während der Alltags-Rassismus von den Kreml-nahen Medien weiter gepflegt wird, gehen die Sicherheitsorgane bei bestimmten Anlässen entschieden gegen Neonazis vor. So wurden im Mai diesen Jahres Ilja Gorjatschow und Michail Wolkow, zwei führende, flüchtige Mitglieder der Neonazi-Organisation »Russki Obras« (Russische Art, RO) auf russisches Drängen in Belgrad und Kiew festgenommen. Dass die Verhaftungen zeitgleich mit dem diesjährigen Tag der Befreiung vom Faschismus stattfanden, war offenbar als symbolischer Akt gedacht. Das Oberste Gericht in Belgrad wird Gorjatoschow an Russland ausliefern, die Verteidigung hat der prominente Moskauer Anwalt Mark Fejgin übernommen. Der Anwalt ist als Verteidiger der Frauen von Pussy Riot international bekannt. Nach einem Streit mit den Frauen legte Fejgin im November letzten Jahres sein Mandat nieder. Das russische Ermittlungskomitee wirft den in Belgrad und Kiew verhafteten Neonazis die Beteiligung an neun Morden und zwei Anschlägen vor. Diese sollen von der Organisation BORN (Kämpferische Organisation russischer Nationalisten) organisiert worden seien. Zu den Verbrechen, in welche die beiden Festgenommenen verwickelt sein sollen, gehören die Morde an den russischen Antifa-Aktivisten Fjodr Filatow und Iwan Chutorskoi, sowie die Morde an dem Menschenrechts-Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und der Mord an dem Richter Eduard Tschuwaschow. Markelow hatte Tschetschenen und Umweltschützer verteidigt, Tschuwaschow verurteilte 2008 zwanzig Mitglieder von Neonazi-Skinhead-Banden wegen Mordes und Extremismus zu langen Haftstrafen. Die Neonazigewalt gegen Migranten und Antifa-Aktivisten in Russland erlebte 2008 mit 116 Toten und 499 Verletzten ihren bisherigen Höhepunkt. Wie viele Tote davon auf das Konto der BORN gehen, ist bisher nicht bekannt. 2012 wurden nach Ermittlungen des Analyse-Zentrum Sova 19 Menschen bei rassistischen Gewalttaten getötet und 187 verletzt. Die Verhaftung von Gorjatschow in Belgrad war nach russischen Medienberichten möglich geworden, weil Nikita Tichonow, der verurteilte Mörder des Menschenrechts-Anwalts Stanislaw Markelow, vermutlich aus Rache gegen Gorjatschow ausgesagt hatte. Denn bereits im Frühjahr 2010 hatte Gorjatschow im Markelow-Mordprozess Tichonow belastet und sich unmittelbar darauf nach Serbien abgesetzt. Dass sich Gorjatschow und Tichonow gegenseitig belasten ist insofern erstaunlich, weil sie alte Kampfgefährten sind. Gorjatschow und Tichonow haben beide Geschichte studiert. 2002 reisten sie zusammen nach Serbien, um zur serbischen Organisation »Obras« Kontakte aufzunehmen. Ein Jahr später gründeten sie in Moskau die Zeitschrift »Russki Obras« (RO), die bis 2009 erschien. 2007 ging aus der Zeitschrift die gleichnamige Organisation hervor, die zuletzt am 1. Mai 2011 bei einer Demonstration in Erscheinung trat. Nach Angaben von RO-Gründer Gorjatschow hatte die Organisation 2009 1.000 Mitglieder und 22 Regional-Gruppen.

Der Kreml wollte die Nationalisten offenbar lenken

Die RO spielte unter den Neonazi-Organisationen in Russland eine Sonderrolle, weil sie gute Kontakte in die russische Präsidialverwaltung hatte. Diese genehmigte RO verschiedene Straßenaktionen und am 4. November 2009 ein Konzert mit der Rechtsrock-Band »Kolowrat« auf dem Bolotnaja-Platz, nicht weit vom Kreml. Mit dieser Sonderbehandlung hoffte die Präsidialverwaltung offenbar, dass nationalistische Spektrum lenken, zumindest aber besser kontrollieren zu können. Offenbar wurde RO bewusst besser behandelt als die inzwischen verbotenen Organisationen »Slawjanski Sojus« (SS) und »Bewegung gegen illegale Immigration« (DPNI). Besonderen Eindruck machte auf die Mitarbeiter der Präsidialverwaltung nach Medienberichten, dass RO um Mitglieder nicht unter »gescheiterten Existenzen« sondern unter Angestellten, Juristen und Unternehmern warb. ■



[1] Am 9. Mai 2013 ist Ilja Gorjatschow, der seit 2010 untergetauchte Gründer der russischen Nationalisten-Organisation »Russki Obras« (Russische Art) in Belgrad verhaftet worden.



[2] Die beiden ermordeten russischen Antifa-Aktivisten Fjodr Filatow und Iwan Chutorskoi.



[3] Der 23jährige Vladislav Tornovoi wurde am 10. Mai in Wolgograd aus homophoben Motiven zu Tode gefoltert.

Kampfsport, Kohle, Kriegsverbrecher

Sport als neonazistischer Organisationsansatz

Auf Einladung von Casa Pound Italia trafen sich Ende Mai 2013 Neonazis – mehrheitlich aus Italien, Russland und Deutschland – zu einem Mixed Martial Arts (MMA) Wettkampf in Rom. Die Schirmherrschaft übernahm der russische Kampfsport-Ausrüster White Rex, für den der Sport nicht nur ein Geschäft, sondern auch ein politisch-kulturelles Projekt darstellt.

Björn Resener

Inhaber der »Marke für Jugendbekleidung und Sportequipment« ist Denis Nikitin. Auf der Website seines Unternehmens wirbt er damit, dass ein »Teil der Einnahmen (...) in gute Zwecke« investiert wird. Tatsächlich organisiert White Rex »kulturelle Veranstaltungen« mit Neonazi-Bands wie »Moshpit«, »Brainwash«, »25/17« und »You Must Murder«. Russische Antifaschist_innen berichten zudem, dass auch inhaftierte Neonazis finanziell unterstützt werden. Vor allem jedoch richtet Nikitin unter dem Motto »Der Geist des Kriegers« eigene MMA-Turniere aus. Dabei finden in verschiedenen Städten Russlands Ausscheidungsrunden statt, auf denen sich junge Sportler für die Endrunde in Moskau qualifizieren können. Die Wettkämpfe unter der Schirmherrschaft von White Rex sind professionell inszeniert, wie auch die Promo-Videos, mit denen das Unternehmen für sich wirbt.

Erziehung zum Rassenhass

Im Interview mit einem Sportjournalisten erklärte Nikitin, dass »Der Geist des Kriegers« ursprünglich als Teil einer Werbe-Kampagne ins Leben gerufen wurde. Doch Marketing-Strategie und Überzeugung gehen bei ihm Hand in Hand. In der Unternehmensphilosophie heißt es: »Unter dem Druck der Propaganda fremder Werte haben die weißen Völker Europas ihren innovativen Entdeckergeist, den Geist des Kämpfers, den Geist des Kriegers eingebüßt! Eine der Hauptaufgaben von White Rex besteht darin, diesen Geist wiederzuerwecken.« Das erklärte Ziel der MMA-Wettkämpfe ist: »die Verankerung des Sports im gesunden Teil unserer europäischen Jugend zu fördern und den Geist des Kriegers in unserem Volke zu erziehen!«

Zu diesem Zweck bekommen auch bekannte Neonazi-Kader wie Maxim Martsinkevich ein Forum auf Nikitins Veranstaltungen. Martsinkevich, der zwischen 2007 und 2010 eine dreieinhalbjährige Haftstrafe wegen des Aufrufs zu Rassenhass und ethnischer Gewalt absitzen musste, war Ehrengast bei mehreren Veranstaltungen und durfte seine Hetze sogar beim Endausscheid von »Der Geist des Kriegers« am 8. Dezember 2012 in Moskau verbreiten.

Das Konzept von White Rex scheint in jeder Hinsicht aufzugehen. Am 29. Juni diesen Jahres soll in Tula bereits das 20. »Der Geist des Kriegers« stattfinden. Seit dem ersten Wettkampf am 18. Juni 2011 in Voronezh sind bei der Turnier-Serie mehr als 500 Sportler in den Ring gestiegen. Es passt ins Bild, dass Nikitin sie in Veranstaltungsberichten als seine »Soldaten« bezeichnet. Die Besten von ihnen hat er inzwischen in das White Rex Profiteam aufgenommen. Abgesehen von den Sportlern hat das Turnier in den letzten zwei Jahren auch tausenden BesucherInnen ein attraktives rechtes Identifikationsangebot gemacht. Das scheint sich wiederum finanziell auszuzahlen, denn inzwischen »ist White Rex zum festen Bestandteil auf den Fantribünen Russlands geworden. Das Sportequipment von White Rex sieht man immer häufiger auf Fernsehbildschirmen, in Ringen und in Sportsälen«, heißt es auf der Website von Nikitins Marke.



[1] Der Inhaber des russische Kampfsport-Ausrüster White Rex, Denis Nikitin (vorne).

(Screenshot: http://white-rex.com)

Exportmodell für Deutschland?

Durch den politisch-kulturellen und finanziellen Erfolg hat das Projekt eine Vorbildfunktion für Neonazis in ganz Europa. Zur Endrunde von »Der Geist des Kriegers« vergangenen Dezember in Moskau reiste unter anderem eine Delegation deutscher Neonazis an. Die Reisegruppe wurde von Daniel Weigl geleitet, einem der führenden Köpfe im Kameradschaftsverbund Freies Netz Süd. Wie Nikitin versucht sich auch Weigl als Unternehmer. Er betreibt den offen neonazistischen Final Resistance Versand und steht hinter der Marke Walhall Athletik, die sich seit letztem Jahr als vermeintlich unpolitische Firma in der MMA-Szene zu etablieren versucht.

Nachdem sich Walhall Athletik im Rahmen des »No Compromise Fighting Championchips« in Bremen erstmals der Öffentlichkeit präsentierte, gab es jedoch bald Probleme. Schnell wurde klar, wer hinter dem Unternehmen steht und der Veranstalter des MMA-Events erklärte, solchen Marken in Zukunft kein Podium mehr bieten zu wollen und auch keine »Sportler unter Vertrag [zu] nehmen, die von solchen Labels gesponsort werden.« Seither wollen die meisten SportlerInnen und VeranstalterInnen in der deutschen MMA-Szene nichts mehr mit Walhall Athletik zu tun haben, ausser sie pflegen ohnehin Kontakte ins rechte Milieu.

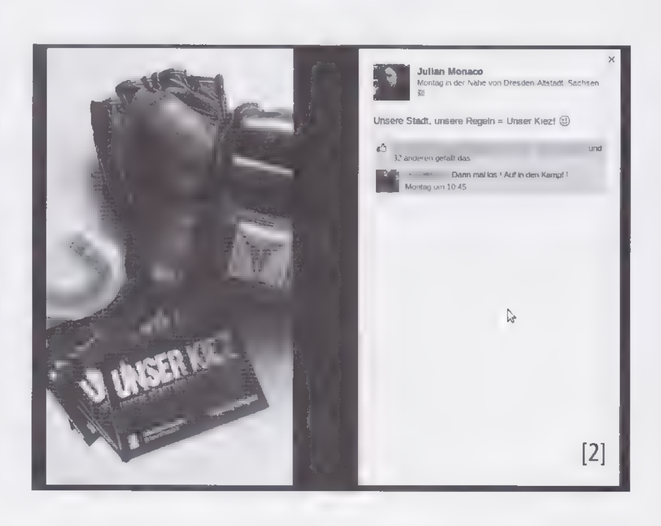
Entsprechend musste sich Daniel Weigl relativ schnell darauf beschränken, zweitklassige Sportler mit Neonazi-Affinitäten zu fördern. Neben ungarischen Athleten aus der Stadt Győr und dem erfolglosen Franzosen Jeremy Schudy, muss hier vor allem Fritz Kersing genannt werden. Beim 18. »Der Geist des Kriegers« am 30. März diesen Jahres in Jekaterinburg trat er für das Walhall Athletic Fight Team Germany an. In der Ringecke bekam er Unterstützung von Andreas Kolb, der seit 2011 im Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) sitzt. Er ist dort verantwortlich für das Amt Neue Medien, die JN-Publikation »Der Aktivist« und darüber hinaus Geschäftsführer des organisationseigenen Frontdienst-Versandes.

Andreas Kolb wohnt mittlerweile in Dortmund, kommt aber wie Daniel Weigl aus der süddeutschen Kameradschaftsszene. Bei dem von Casa Pound Italia und White Rex organisierten Turnier Ende Mai in Rom machte er zwei Kämpfe für das Walhall Athletik Fight Team Germany. Auch Fritz Kersting stieg dort wieder für das Promo-Team von Weigls Marke in den Ring und machte sogar seinen ersten Profikampf.

Besuche beim Kriegsverbrecher

Die Veranstaltung fand in der Area 19 statt, einer stillgelegten und von Casa Pound besetzten Metro-Station. Das Rahmenprogramm bestand aus dem obligatorischen Konzert von »Zeta Zero Alfa« und den Auftritten einiger anderer Rechtsrock-Bands. Ein Teil der deutschen BesucherInnen nutzte auch die Gelegenheit, um den Kriegsverbrecher Erich Priebke kennenzulernen, der 1998 für das Massaker bei den Adreatinischen Höhlen zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und seither in Rom unter Hausarrest steht.

Für den JN-Bundesvorsitzenden Andy Knape, der seinen Kameraden Andreas Kolb nach Italien begleitete, war es die zweite Visite bei dem ehemaligen SS-Führer. Gemeinsam mit den JN-Bundesvorstandsmitgliedern Michael Schäfer und Julian Monaco stattete er Priebke bereits im Juli 2012 einen Geburtstagsbesuch ab. Schon damals diente die Reise nach Rom eigentlich dem Kennenlernen anderer Politik- und Organisationsansätze. Und auch dieses Mal bot der Ausflug für Knape weit mehr als ein erlebnisreiches Wochenende voll von neonazistischer Selbstvergewisserung. Auf seiner Facebook Seite berichtet er von »vielen interessanten Gesprächen« und einer intensivierten Vernetzung mit Casa Pound. Es bleibt abzuwarten, ob sich nun auch die JN verstärkt dem Sport als Rekrutierungsfeld zuwenden wird. ■



[2]

[2] Der JN-Bundesfunktionär Julian Monaco präsentierte auf seinem facebook-Profil Kampfsport-Ausrüstung und Neonazi-Propaganda (»Unser Kiez, unsere Stadt und unsere Regeln«).

Mord an einem Antifaschisten in Paris

Der 18jährige Antifaschist Clément Méric wurde am Nachmittag des 6. Juni 2013 im Pariser Krankenhaus La Pitié-Salpétrière für klinisch tot erklärt. Er war knapp 24 Stunden zuvor in der Nähe des Saint Lazare-Bahnhofs von neonazistischen Skinheads angegriffen und schwer verletzt worden, noch am Abend wurde der Hirntod festgestellt. Am darauffolgenden Tag ergab eine Autopsie, dass er nicht – wie zunächst vermutet – am Sturz mit dem Hinterkopf gegen einen Pfosten gestorben war, sondern direkt an den Folgen der erlittenen Schläge. Die Schläge ins Gesicht hatten das Nasenbein getroffen und dabei eine Gehirnerschütterung sowie Hirnbluten ausgelöst.

Bernard Schmid

Das Opfer, der 18jährige Clément Méric, war vor kurzem aus Brest in die französische Hauptstadt gezogen und studierte an der politikwissenschaftlichen Hochschule Science-Po. Nachdem er zuvor bei der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT organisiert gewesen war, wurde er an der Hochschule in der linken Studierendengewerkschaft SUD-Etudiants aktiv. Er war ferner Mitglied der linksradikalen Action antifasciste Paris-banlieue.

Den tödlichen Schlägen ging ein Streit in einem Bekleidungsgeschäft voraus, bei dem vier junge Antifas eine Gruppe Neonazis zur Rede stellten. Laut Aussagen von Verkäufern und Aufsichtspersonal äußerten sich die jungen Antifas abfällig über die anwesenden Neonazis. Diese riefen daraufhin telefonisch Verstärkung herbei, die auch alsbald eintraf.

Zu den Herbeigerufenen zählte auch der spätere Haupttäter, der 20jährige Angestellte im Security-Gewerbe Esteban Morillo. Er wurde in Spanien geboren, wuchs in der Provinz Picardie auf und machte schon dort als Neonazi auf sich aufmerksam. Vor zwei Jahren kam Morillo nach Paris und bewegt sich seither im Dunstkreis von Serge Ayoub – Inhaber des rechten Veranstaltungsorts Le Local im Pariser Süden und in den 1980er Jahren Neonazi-Skin-Anführer sowie Kopf einer Miniparteі unter dem Namen Troisième Voie (Dritter Weg).

Serge Ayoub

In jungen Jahren begann der spätere Neonazi Serge Ayoub in Frankreich bei den Sozialdemokraten aktiv zu werden. Er wandte sich jedoch angewidert ab, nachdem diese 1981 die Regierung stellten und – seiner Wahrnehmung nach – im Namen der »Realpolitik« sowie systemimmanenter Zwänge »die Arbeiter verriet«. Er bemühte sich um einen möglichst »proletarischen« Diskurs und zog damit Jungmänner an, die er rund um sich zu organisieren begann. Seinen Spitznamen »Batskin« erhielt er aufgrund seiner Vorliebe für den Einsatz von Baseballschlägern (französisch batte de baseball). Aufmerksamkeit erregte er vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Nach einem rassistischen Mord, begangenen von seiner früheren »rechten Hand« Régis Kerhuel im Juni 1990, hielt Ayoub sich mehrere Jahre lang von der Szene fern. Er war als Regisseur von Pornofilmen, Casinobetreiber und im Import-Export-Geschäft aktiv (in Frankreich, El Salvador, Ländern der früheren UdSSR und Japan), war Hells Angels-Führer und wurde wegen Drogenhandels zu einer Haftstrafe von acht Monaten verurteilt.

Im Jahr 2007 eröffnete Ayoub »Le Local«, zusammen mit dem antisemitischen Schriftsteller Alain Soral.

Später verstieß er jedoch Soral und betrieb den Veranstaltungsort allein weiter. Zugleich reaktivierte er zwischen 2008 und 2010 die Gruppierungen »Troisième Voie« und »Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires« (JNR), über die er die alleinige Kontrolle übernahm.

Und der Front National?

Der »Front National« distanzierte sich nach dem Mord umgehend. Die Partei betonte mehrfach durch die Chefin Marine Le Pen sowie den beiden Vizechefs Louis Aliot und Florian Phlippot, mit Gruppen wie jener der Schläger vom 5. Juni »nichts zu tun« zu haben.

Inzwischen hat diese Selbstdarstellung allerdings Risse bekommen. Französische Medien erinnern etwa u.a. daran, dass Marine Le Pen im August 2010 mit Serge Ayoub speiste. Schon im Jahr 2008 hatte die damals noch subalterne FN-Politikerin in den Räumen des Local von Ayoub an einer Unterstützungsveranstaltung für die extrem rechte Internetseite »F de Souche« teilgenommen.

Im April 2012 hatte Ayoub ferner zur Stimmabgabe für Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl aufgerufen, nachdem er 2011 festgestellt hatte, Le Pen habe dankenswerterweise »einen sozialen Diskurs, der dem unseren ähnelt« übernommen. Und im Juni desselben Jahres wurden »Batskin« und seine Schlägertruppen auf Marktplätzen in Hénin-Beaumont gesichtet. In jener nordostfranzösischen früheren Bergarbeiterstadt kandidierte Marine Le Pen 2012 zum wiederholten Mal. Sie verfehlte dabei mit 49,89 Prozent, jedoch knapp einen Sitz im Parlament. Da auch der Linkspolitiker und vormalige Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon sich denselben Wahlkreis ausgesucht hatte – wo er jedoch abgeschlagen auf dem dritten Platz landete –, war der Wahlkampf dieses Mal zeitweilig stark angespannt. Ayoub und seine Anhänger wurden offensichtlich zur Verstärkung herangezogen.



Foto: Stefan Ziegert

Verbot in Aussicht

»Troisième Voie« verfügt über rund 500 mehr oder minder organisierte Anhänger und einen »schlagenden Arm« von geschätzt 30 Mitgliedern unter dem Namen »Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires« (JNR). Es handelt sich um eine Gruppe, die u.a. die Ordnerdienste für die Kleinstpartei übernimmt. Beide Gruppierungen existierten bereits in den 1980er Jahren und waren im Zeitraum 2008 bis 2010 durch Ayoub wiederbelebt worden.

Der Haupttäter sowie einige andere Teilnehmer der Auseinandersetzung vom 5. Juni, werden von Behörden und Medien als Mitglieder der JNR eingestuft – nur ist dies insofern schwer nachzuweisen, als die JNR über keinerlei formelle Struktur verfügen, wie Serge Ayoub schadenfroh in mehreren Zeitungen erklärte.

Unterdessen hat Innenminister Manuel Valls – ebenso wie Premierminister Jean-Marc Ayrault – angekündigt, die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die JNR und eventuell andere Neonazigruppen zu prüfen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die offizielle Verbotsverfügung, wie am 11. Juni bekannt wurde, bei der Kabinettssitzung am 26. Juni beschlossen.

Antifaschistische Mobilisierungen

Infolge des Todes von Clément Méric fanden in kürzester Zeit massive Protestdemonstrationen statt. Wenige Stunden nach dem Tod fanden Demonstrationen in sechzig französischen Städten mit insgesamt circa 15.000 Teilnehmenden statt. Auch in anderen europäischen Ländern kam es zu Solidaritätsaktionen.

Am Sonntag, dem 23. Juni (nach Redaktionsschluss dieses Artikels) wird in ganz Frankreich ein antifaschistischer Aktionstag mit Demonstrationen stattfinden. ■

Mörder im Dienst des Staates

Ein spanischer Neonazi berät Sicherheitsbehörden. Der verurteilte Mörder und Gefängnisausbrecher Emilio Hellín hält Vorträge vor Polizei und Militär und fertigt Gutachten unter anderem für die berüchtigte Sonderpolizei Guardia Civil an.

Florian Osuch



[1] Yolanda González wurde 1980 durch ein neonazistisches Todesschwadron entführt und erschossen.

Die spanische Tageszeitung El País, die größte Tageszeitung des Landes, enthüllte Anfang des Jahres, dass ein verurteilter Mörder im Dienst verschiedener Behörden des Landes steht. Emilio Hellín ist für den Mord an einer jungen linken Aktivistin im Jahr 1980 in Madrid verantwortlich und wurde dafür zu 43 Jahren Haft verurteilt. Die Enthüllungen zeigen, wie wenig Berührungsängste in Spanien Polizei, Militär, Ministerien, Universitäten und andere Einrichtungen mit der Vergangenheit des faschistischen Spaniens haben. In der Zeit der Transición, dem Übergang von der Franco-Diktatur zu einer parlamentarischen Monarchie, begingen Anhänger des alten Regimes zahlreiche Morde an linken Aktivisten (siehe Kasten).

Ein vierköpfiges Kommando entführte am 1. Februar 1980 die linke Aktivistin Yolanda González und ermordete sie mit mehreren Schüssen in den Kopf. Arbeiter fanden die Leiche der damals 19jährigen am Tag darauf an einer Verbindungsstraße nahe des Madrider Vorortes Alcorcón.

Die Mörder von Yolanda González hielten sie für ein Mitglied der baskischen Untergrundorganisation ETA. Anhaltspunkte für eine Verbindung zu der baskischen Linksguerilla gab es nicht. Für ihren Mordkomplott reichte es den Neonazis offenbar aus, dass Gonzáles eine gebürtige Baskin war. Sie wuchs in der Stadt Deusto auf, einem Vorort von Bilbao. Bereits mit 16 schloss sie sich der Jugendorganisation der sozialdemokratischen spanischen Arbeiterpartei an. Dort fand sie Kontakt zu einer trotzkistischen Strömung. Mit 18 Jahren zog sie nach Madrid und begann eine Ausbildung als Elektronikerin. Als sozialrevolutionäre Aktivistin wurde Yolanda González Sprecherin ihres Ausbildungszentrums in einer Koordination der Studierenden in Madrid. Sie war aktiv in der Sozialistischen Arbeiterpartei (PST, Partido Socialista de los Trabajadores).

Mit Genossen aus der PST lebte sie in einer Studenten-WG im Madrider Bezirk Aluche im Süden der Stadt. Die PST war eine kleine trotzkistische Partei, die in ihrer Hochphase Anfang der 1980er Jahre immerhin 103.000 Stimmen (0,5 Prozent) erhielt.

Die Polizei konnte das Mordkommando ausfindig machen und stellte mehrere Personen vor Gericht. Als Anführer wurde Emilio Hellín zu insgesamt 43 Jahren Haft verurteilt. Er war damals Mitglied in der Neonazipartei »Fuerza Nueva« (Neue Kraft), einer kleinen Gruppierung um den Publizisten und Neonaziführer Blas Piñar. Vier Komplizen erhielten Strafen zwischen sechs und 24 Jahren Gefängnis.

Nach mehreren erfolglosen Fluchtversuchen nutzte Emilio Hellín Anfang des Jahres 1987 einen mehrtätigen Freigang, um sich mit seiner Familie nach Paraguay abzusetzen. Den Recherchen von El País zufolge lebte er dort unter dem Schutz des Diktators Stroessner. Seine Familie ließ sich bereits wenige Wochen nach ihrer Flucht in das südamerikanische Land in der Hauptstadt Asunción in der spanischen Botschaft registrieren. Hellín lebte einige Jahre in Paraguay, bis er dort aufgespürt, nach Spanien ausgeliefert und dort wieder inhaftiert wurde. Er erhielt umfangreiche

Erleichterungen, bis er Ende der 1990er Jahre endgültig freigelassen wurde. Im Jahr 1996 wechselte Emilio Hellín seinen Namen. Als Luis Enrique begann seine Karriere als Dienstleister und Berater, zunächst für die Polizei und auch für die Guardia Civil.

Die Enthüllungen von El País schockierten die spanische Öffentlichkeit. Hellín sei »einer der Hauptberater der Abteilung Kriminalistik der Guardia Civil, berät bei juristischen Untersuchungen zur Terrorismusbekämpfung und schult Angehörige der Spanischen Nationalpolizei, des Verteidigungsministeriums, der Ertzaintza [Polizei der autonomen Region Baskenland, Anm. F.O.] und der Mossos d'Esquadra [Polizei der autonomen Region Katalonien, Anm. F.O.]«.

Die in Deutschland lebende spanische Journalistin Carmela Negrete berichtete, Hellín sei außerdem über eine eigene Firma mit der Ausbildung von Polizisten und Soldaten in »digitaler Spionage« betraut und biete Lehrgänge am Institut für polizeiwissenschaftliche Studien der Universität Alcalá an, das eine Einrichtung der Sicherheitsabteilung des spanischen Innenministeriums ist. Als Computerfachmann habe Hellín zudem der Audiencia Nacional, dem spanischen Sondergerichtshof für schwerste Verbrechen, als Sachverständiger gedient.

Die Enthüllung von El País hat viele Menschen geschockt. Wie kann es sein, dass staatliche Stellen ausgerechnet einen Neonazi und verurteilten Mörder als Berater verpflichten. Der Fall beschäftigt inzwischen auch das spanische Parlament. Die katalanische Linkspartei Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) und das spanische Linksbündnis Izquierda Unida (IU) haben einen Antrag eingebracht und fordern Aufklärung. Mittlerweile unterstützen alle Oppositionsparteien, darunter auch die Sozialdemokraten, die Initiative. ■



2] Der verurteilte neonazistische Mörder Emilio Hellin wurde Anfang 2003 als Sicherheitsberater spanischer Behörden enttarnt. (Screenshot: el pais)

»La Transición«

Als Transición [dt. Übergang] wird die Zeitepoche zwischen dem Ende der faschistischen Franco-Diktatur in Spanien und der Etablierung einer parlamentarischen Monarchie bezeichnet. Während dieser Phase gab es zahlreiche Mordanschläge von Neonazigruppierungen, die eine Demokratisierung verhindern wollten. Opfer dieser Anschläge waren vor allem linke Aktivisten, Angehörige der baskischen Freiheitsbewegung und die Arbeiterbewegung. Die Folgen und Vereinbarungen der Transición wirken bis heute. Insbesondere der damalige »Konsens« – Freilassung aller politischen Gefangenen und Zulassung der kriminalisierten sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien bei gleichzeitiger Totalamnestie für Angehörige des Franco-Regimes – wird heute kritisiert. Es gibt keine exakte zeitliche Bestimmung der Transición. Als Überblick dienen folgende Angaben:

1975 stirbt der langjährige Diktator Francisco Franco, zwei Jahre später finden erste freie Wahlen statt. Als Präsident wird Adolfo Suárez gewählt, der bereits unter Franco zahlreiche Posten bekleidete. Rechte Kräfte aus Militär, Justiz, Kirche und der Polizeitruppe Guardia Civil stellen sich gegen eine Demokratisierung. Bei einem Massaker vor einer Kirche im baskischen Gasteiz, wo sich Arbeiter zu einer Streikversammlung getroffen hatten, erschießt die Polizei fünf Personen, rund 150 weitere werden durch Schüsse verletzt. Eine neue Verfassung tritt 1978 in Kraft, bei einem Referendum erhält diese 89 Prozent Zustimmung. 1981 führen rechte Kräfte um den Oberstleutnant der Guardia Civil, Antonio Tejero, einen Putschversuch durch, der jedoch scheitert. Im Jahr 1982 wird Spanien Mitglied der NATO. Im gleichen Jahr gewinnt der Sozialdemokrat Felipe Gonzáles die Parlamentswahlen. 1983 beginnt der »schmutzige Krieg« der »Grupos Antiterroristas de Liberación« (GAL, Antiterroristische Befreiungsgruppe). In den folgenden vier Jahren werden 28 Personen getötet, die der baskischen Unabhängigkeitsbewegung zugerechnet werden. Finanziert und gedeckt werden die Todesschwadrone von obersten staatlichen Stellen. Später werden ein Dutzend Politiker und Militärs wegen Entführung, Folter und Mord verurteilt, darunter der sozialdemokratische Innenminister José Barrionuevo, ein Staatssekretär, der Generalsekretär der Sozialdemokraten in der Region Vizcaya, Angehörige der politischen Polizei aus dem Baskenland sowie ein General und ein Offizier der Guardia Civil. 1986 wird Spanien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der Europäischen Union, aufgenommen. ■

Ein Neonazi-Attentat und die Ignoranz der Behörden

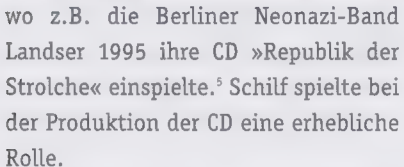
Am 16. März 1992 wurde der 29-jährige Henrik Christensen im Büro der Internationalen Sozialisten (IS) in der Søllerødgade in Kopenhagen durch eine Bombe getötet. Der Sprengsatz explodierte als Henrik Christensen einen Brief, der an IS adressiert war, öffnete. Die Polizei und der Verfassungsschutz vernachlässigten von Anfang an die Spurensuche in der extremen Rechten und konzentrierten sich stattdessen auf angebliche Konflikte innerhalb der politischen Linken oder privater Verhältnisse des Opfers. Antifaschist_innen waren sich sicher, dass Neonazis hinter dem Mord standen und forderten Aufklärung. Jetzt berichtete die Zeitung »Ekstrabladet«, dass ein früherer schwedischer Neonazi den verstorbenen Führer des damaligen Blood & Honour-Netzwerkes in Dänemark, Marcel Schilf, für das Bombenattentat verantwortlich macht.

Im April 2013 berichtete der ehemalige Neonazi Kim Fredriksson zum ersten Mal öffentlich über seine Kenntnisse zum Mord an Christensen. Diese beziehen sich auf Gespräche bei einem Treffen von skandinavischen Neonazis bei Tor Erik Nilsen (Erik Blücher)[1] und Marko Järvinen (genannt »Jäsä«) in Helsingborg im Jahr 2000. Neben den schwedischen Neonazis Pierre Ljunggren,[2] Thomas Ölund[3] und Kim Fredriksson waren auch die Dänen Flemming Muff Christiansen, Marcel Schilf und der Deutsche Stephan Günther, der in Dänemark wohnt, zugegen. Hier wurde u.a. über militante Aktionen von Antifaschist_innen in Malmö gegenüber Blood & Honour-Aktivisten berichtet. Fredriksson zufolge war die Schlussfolgerung auf diesem Treffen, dass als Antwort nur Gewalt helfen würde. Marcel Schilf wies auf die Bombe in Kopenhagen hin und endete mit den Worten, »das sie sich um die Kommunisten gekümmert hätten.«[4] Es wurde darüber gelacht, dass »in Dänemark einer kalt gemacht wurde.« Später kam Fredriksson in Gegenwart von Schilf, Järvinen und Blücher erneut auf das Thema zu sprechen. Schilf erklärte: »Wenn man Probleme mit AFA hat können Bomben eine gute Möglichkeit sein um das Problem so zu beheben. So wie sie es auch in der Søllerødgade gemacht hatten.« Bevor Fredriksson an die Öffentlichkeit ging, versuchte er noch mal seine Kenntnisse zu bekräftigen. Über das Internet nahm er Kontakt zu einer Ex-Freundin von Schilf auf und befragte sie zu dem Mord. Dass es ein Wissen im dänischen Blood & Honour-Netzwerk über Schilfs Rolle gab, bestätigte sie online mit einem Smiley. Marcel Schilf kann dazu nicht mehr befragt werden. Er starb im Jahr 2001 an einer Krankheit. Ein weiterer Umstand, der den Verdacht gegen die Neonaziszene als Verantwortliche verstärkt, ist ein Brandanschlag auf das Freiheitsmuseum, der noch am selben Abend stattfand, als Frederiksson an die dänische Öffentlichkeit ging. Das Freiheitsmuseum ist das Museum des dänischen Widerstandes gegen die Besatzung durch Nazideutschland. Dieser Widerstand nimmt in der Geschichtsauffassung der dänischen Gesellschaft eine außerordentlich wichtige Rolle ein und verleiht dem Anschlag einen hohen Symbolwert. Der Brand war an zwei verschiedenen Stellen gelegt worden und es bestehen wenige Zweifel, dass Neonazis dahinter stecken. Solche Anschläge sind sehr selten in Dänemark. Dennoch war das Museum schon mehrfach neonazistischem Vandalismus ausgesetzt und abgesehen von Neonazis gibt es kaum Menschen in Dänemark, die Hass gegen dieses Museum empfinden. Selbst die RechtspopulistInnen sehen sich in der Tradition des Widerstandes.

Wer war Marcel Schilf?

Marcel Schilf wurde 1972 in Brandenburg an der Havel geboren und zog mit seiner Mutter 1981 nach Dänemark. Bei seinen Besuchen in Brandenburg verkehrte er Anfang der 1990er Jahren in der örtlichen Neonaziszene. In Dänemark engagierte er sich im neonazistischen Netzwerk Blood & Honour und wurde so zum führenden Produzenten von neonazistischer Musik in Europa. Schilf war Hauptverantwortlich für die dänische Videoproduktionsfirma »NS Records« und die Schwesterfirma »NS88 Versand«. Er arbeitete sehr eng mit dem in Schweden wohnenden Norweger Tor Erik Nilsen (Erik Blücher) und seiner Firma »Ragnarok Records« zusammen. Gemeinsam unterhielten sie das Tonstudio »Club Valhalla« in Helsingborg,

1| Tor Erik Nilsen ist allgemein unter dem Namen Erik Blücher bekannt und publizierte neonazistische Schriften unter dem Namen Max Hammer.
2| Pierre Ljunggren saß wegen eines rassistischen Mordes in Klippan, vier jahre in Haft.
3| Thomas Ölund war Aktivist von Blood & Honour Stockholm / Info 14 und der Svenskarnas Parti. Mittlerweile lebt er in Berlin.
4| Ekstrabladet, 27.04.2013
5| https://antifainfoblatt.de/artikel/profis-geld-und-subkultur
6| Jyllandsposten 7.3 1993
7| Ekstrabladet 28. April 2013
8| https://antifainfoblatt.de/artikel/mit-terrorgesetzen-gegen-antifa-recherche

[1]



[2]



[3]

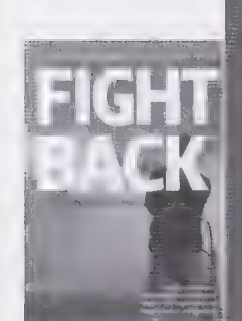
wo z.B. die Berliner Neonazi-Band Landser 1995 ihre CD »Republik der Strolche« einspielte.[5] Schilf spielte bei der Produktion der CD eine erhebliche Rolle.

Es liegt auf der Hand, dass Schilf einer der wichtigsten Personen bei der internationalen Produktion von Neonazimusik war und dass er über vielfältige Kontakte zu Neonazis in Deutschland verfügte–. Noch nicht aufgeklärt ist, wie gut seine Kontakte zu späteren Mitgliedern des deutschen Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) waren. So gab es eine Gründungsinitiative zu einem »Nationalen Politischen Forum« (NPF). Diese Gründung soll von dem Brandenburger Neonazi Norbert P. aus der JVA Cottbus und anderen (zeitweilig) inhaftierten Neonazis forciert worden sein. Deutschen Sicherheitsbehörden wurden Unterlagen bekannt, nach denen sich neben dem späteren NSU-Mitglied Uwe Mundlos auch eine Reihe bekannter Neonazis im Umfeld dieser Initiative bewegt haben sollen. Aus Deutschland wurden u.a. die Neonazi-Aktivisten Dieter Riefling, Sascha Wagner und Sylvia Endres bekannt. Mit Tom Metzger aus den USA, Karel Duben aus Tschechien und einem »Marcel« aus Dänemark wurden hier auch ausländische Neonazis benannt. Dänische Antifas gehen davon aus, dass es sich hierbei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um Marcel Schilf gehandelt haben dürfte.

Verfassungsschutz versagt – auch in Dänemark

Während für Antifas kein Zweifel bestand, dass Neonazis hinter dem Bombenmord standen, sahen dänische Behörden die Situation anders. Am Tag nach dem Mord nahm die Polizei aus anderen Gründen eine Razzia bei Schilf vor, wo auch Materialien für Sprengstoff und Waffen gefunden wurden. Dieser Spur folgte sie aber nicht weiter: »Wir wissen, dass es Kontakte zwischen deutschen und dänischen Nazis gibt und wir wissen auch, dass es Dokumente mit Anweisung zu Terrorismus gibt. Aber wir können uns keinen Zugang dazu verschaffen, wir haben nicht die Ressourcen. Das ist eine Frage der Priorität« sagte 1993 ein Kriminalinspektor.[6] Der Hauptverdacht der Polizei wandte sich vorrangig gegen das Opfer Henrik Christensen selbst. Ihr Verdacht war, dass sich Christensen bei dem Versuch, eine Bombe zu bauen versehentlich selbst in die Luft gesprengt habe. Eine Woche nach dem Mord wurde die Wohnung seiner Witwe in ihrer Abwesenheit durchsucht. Sie berichtete, dass die Polizei auch vermutete, dass es sich um eine Eifersuchtstat gehandelt habe oder dass die Schuldigen in einem internen Streit im antifaschistischen Milieu zu finden seien. »Einmal haben wir direkt gefragt, ob sie die rechte Szene untersuchen. Das haben sie abgewiesen.«, erinnert sie sich.[7] Parallelen zu der offentsichtlichen Ignoranz der Behörden im NSU-Kontext in Deutschland drängen sich auf. Besonders skandalös wird es, wenn man sieht, mit welchem Engagement sich der dänische Verfassungsschutz (PET) der radikalen Linken und der antifaschistischen Szene zuwendet. Wegen des Vorwurfes eines Überfalls auf Neonazis und dem »Anlegen eines umfangreichen Personenregisters« wurde die Antifaschistische Aktion (AFA) des Terrorismus und der Spionage angeklagt.[8] Nach drei Jahren der Ungewissheit wurde die Anklage still und heimlich auf Hacking, Körperverletzung und Waffenbesitz herabgestuft. Der Prozess soll noch in diesem Jahr beginnen. ■

[1] Stephan Günther (rechts), [2] Tor Erik Nilsen/Erik Blücher (mitte) und [3] Marcel Schilf (mit FAP-Schild) sollen nach Berichten eines früheren Neonazis Mitwisser eines Neonazi-Mordes sein.



Fight Back #5 – April 2013
Antifa-Recherche Berlin Berlin-Brandenburg
www.antifa-berlin.info/recherche/ausgaben

Die nunmehr fünfte Ausgabe der Berlin /Brandenburger Recherchebroschüre »Fight Back« ist in diesem Frühjahr nach vier Jahren Pause wieder erschienen. Auch im neuesten Aufschlag wurde die Seitenzahl wieder nahezu verdoppelt. Im Unterschied zu staatlichen Veröffentlichungen oder zivilgesellschaftlichen Publikationen zum Thema, nimmt das Autor_innenkollektiv kein Blatt vor den Mund und benennt Ross und Reiter bei vollem Namen. Über 850 Neonazis und AnhängerInnen anderer extrem rechter Organisationen aus Berlin und Brandenburg finden sich in dem Heft, viele davon sogar mit Portraitfoto.

Grob gliedert sich die Broschüre in zwei Teile und zeichnet so ein umfassendes Bild der Region: Zum einen gibt es allgemeine Analysen zu aktuellen Themen und Erscheinungsformen der örtlichen extremen Rechten, wie NPD oder »Reichsbürger«, Rechtsrock oder NW-Berlin. Danach folgt ein Regionalteil zu den Berliner Bezirken bzw. Brandenburger Landkreisen. Zusätzlich gibt es ein Glossar der relevantesten Neonazis und ihrer Infrastruktur.

Seit der Erstveröffentlichung 2001 bietet die »Fight Back« fundiertes Recherchewissen aus antifaschistischer Sicht und galt immer wieder auch als Nachschlagewerk und Informationsquelle unterschiedlichster Art: Betroffene rechter Gewalt konnten so Täter identifizieren, Anwohner_innen in ihrer Nachbarschaft Neonazikader erkennen usw. »Wir wollen diejenigen stärken, die tagtäglich von rechten Zumutungen betroffen sind und dagegen ankämpfen – in ihren Kiezen, auf ihren Dörfern, publizistisch wie juristisch, zivilcouragiert wie konfrontativ. Ihnen Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten durch Informationen zu eröffnen ist unser Ziel«, so die Motive der Autor_innen. ■



Frank Pfeiffer –Forum deutschsprachiger Anarchist*innen (2013):
Kurze Weltgeschichte des Faschismus – Ursprünge und Erscheinungsformen faschistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme.
edition assemblage, RAP Band 7
Münster 2013
160 Seiten, 9,80 Euro

Kurze Weltgeschichte des Faschismus

Einführungen sollen grundlegende Kenntnisse vermitteln. Der behandelte Gegenstand soll in einem überschaubaren Rahmen, deshalb notgedrungen herunter gebrochen, leicht verständlich erklärt werden. Es soll eben eingeführt werden, wie das Wort schon sagt. Böse Zunge sprechen dann oft von »verkürzt«, was in der Regel ein wirklich blöder Vorwurf ist.

Der Autor dieser Zeilen hat nichts gegen Einführungen. Im Gegenteil, viele haben keine Zeit sich intensiv mit Themen und Theorien zu beschäftigen. Leider ist dies auch mit Faschismus so. Was genau Faschismus oder ab wann eine Regierungsform faschistisch ist, können oft noch nicht einmal die Leute sagen, die sich der Antifa zugehörig fühlen oder antifaschistische Politik betreiben, also sich selbst als Ziel gesetzt haben, sich gegen Faschismus bzw. Faschisten zu engagieren. Daher ist es besonders ärgerlich, wenn diejenigen, die aus der Antifa den Griff zum Einführungsbuch »Kurze Weltgeschichte des Faschismus« machen, es nach 160 Seiten immer noch nicht verstehen. Warum eigentlich nicht?

Frank Pfeiffer ist der Autor von »Die Weltgeschichte des Faschismus«. Er stammt aus dem anarchistischen Spektrum und hat in der Zeitschrift Gâi Dào eine Artikelserie verfasst, welche historische Rückblicke auf Staaten mit Diktaturen umfasst, die in der Linken mal das Prädikat faschistisch bekommen haben. Diese Artikelserie wurde nun in diesem Buch zusammengeführt. Ergänzt wurden die Länderreportagen um einige Gedanken aus der Faschismustheorie, zum Beispiel über »faschistische Ästhetik«. Wirklich festlegen, was denn nun Faschismus [illegible] aber nicht.

So bleiben die Länderartikel, welche vom NS-Deutschland über Franco-Spanien und einige Regime in Osteuropa während der deutschen Besatzung sowie verschiedenen Diktaturen Südamerikas bis nach Südafrika reichen, die einzige Stärke des Buchs. Diese Stärke besteht darin, dass so das Wissen beispielsweise über Südafrika während der Apartheid bei jüngeren Linken nicht verloren geht. Willkürlich bleibt es trotzdem, denn warum bekommt Norwegen während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg ein Kapitel, aber nicht die baltischen Staaten, die starke faschistische Bewegungen ausbildeten? Ebenso bleibt die Frage, warum sich mit Spanien und den Diktaturen Südamerikas, wie zum Beispiel Chile unter Pinochet, so ausführlich beschäftigt wird, obwohl selbst der Autor angibt, dass diese nicht alle gängigen Kriterien der Faschismusforschung erfüllen? Dem Buch fehlt einfach der rote Faden, was daran liegt, dass nie gesagt wird, was denn nun Faschismus ist. ■

F. Kunow



Wolf Wetzel:
Der NSU-VS-Komplex
Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?
Unrast
Münster 2013
130 Seiten

Der NSU-VS-Komplex

Wolf Wetzel will nicht zur Aufklärung der Taten des NSU und den Verstrickungen der Sicherheitsbehörden beitragen, indem er versucht zu beweisen, »wie es wirklich war«. Vielmehr stellt er in (staats-)kritischer Absicht und auf Grundlage bekannter Fakten andere mögliche Erklärungen der Abläufe vor oder nährt zumindest Zweifel an den offiziellen Darstellungen.

Es gelingt Wetzel mehrfach überzeugend, erhebliche Ungereimtheiten in den medial präsenten Erzählungen aufzuzeigen: das Nichtbeachten der Kontaktliste des frisch geflüchteten Trios durch die Fahnder lässt sich nicht mit Versagen, die Anwesenheit und das Verhalten des Verfassungsschützers Andreas T. an einem der Tatorte nicht mit Zufall plausibel erklären. Auch die These der Selbsttötung der schwer bewaffneten Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos aus Verzweiflung über ihre Entdeckung durch zwei Streifenbeamte lässt Wetzel nicht durchgehen.

Zu den Stärken des Buchs gehören ein lesenswertes Kapitel zur Bewertung politischer Forderungen im Umgang mit den Geheimdiensten und Wetzels Aufruf zu einer Debatte über Faschismustheorien. Leider ist das Buch zu eilig fertiggestellt, Tippfehler und inhaltliche Dopplungen stören bei der Lektüre. Zudem kann er nur mögliche Interpretationen anbieten, der zwangsläufig fehlende Wahrheitsanspruch stellt jedoch ein Problem dar.

So scheinen für Wetzel die im NSU-Umfeld präsenten V-Leute die umfassende Mitwisserschaft der Sicherheitsbehörden unmittelbar zu belegen und nicht etwa deren Versagen. Ebenso gebe es für die großangelegten Schredderaktionen nur die Erklärung, dass eben genau Beweise zum Wissen der Behörden über die Taten des NSU vorgelegen haben müssen und nicht etwa Datenmaterial über andere Straftaten und Peinlichkeiten, die sich über die Jahre angesammelt haben könnten. Keine Frage, die Vermutungen Wetzels könnten so oder so ähnlich stimmen, müssen sie aber nicht. Deshalb werden sie solange unbeachtet neben den offiziellen Versionen stehen, bis sich das Wissen darüber ändert, wie es wirklich war. Der beginnende Prozess in München lässt hoffen, dass Wetzel seine Perspektive mit neuem Material weiterverfolgen kann. ■

Fantifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik

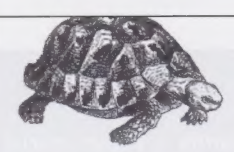
Kaum bekannt ist, dass in der Bundesrepublik und der Schweiz zeitweise rund 25 feministische und Frauen-Antifa-Gruppen existierten. Sie erlebten ihre Blütezeit in den 1990er Jahren und waren auch bundesweit vernetzt. Die Neuerscheinung »Fantifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik« (siehe auch Interview mit den Herausgeber_innen in AIB Nr. 97) hält für ihre Leser_innen mehrere Interviews mit früheren Aktivist_innen dieser Gruppen bereit und liefert einen historischen Abriss der Bewegung in den 1980er und 1990er Jahren. Deutlich wird, viele Fantifa-Anhänger_innen hatten sich zuvor innerhalb männlich-dominierter Antifa-Zusammenhänge engagiert und vermissten dort antisexistische Standards. Gesellschaftliche Machtverhältnisse lebten in den Gruppen fort, der Feminismus galt vielen in der Szene als ein Graus und das Patriarchat wurde häufig zum Nebenwiderspruch verklärt. »Uns ging es darum, auch inhaltlich was neues zu machen und Antifaschismus nicht auf reine Anti-Nazi-Politik zu reduzieren, was ja in gemischtgeschlechtlichen Antifa-Gruppen zu dieser Zeit üblich war«, erklärt Laura von der früheren Frauen-Antifa Frankfurt am Main. Zudem kommen im Buch ehemalige Fantifa-Aktivist_innen aus Bonn, Wuppertal, Süddeutschland und Bern zu Wort, weiterhin wurden mehrere Vertreter_innen heutiger linksradikaler Gruppen mit feministischen Themensetzungen über ihre Beweggründe befragt. Interviewt wurde auch ein Aktivist einer früheren profeministischen Männer-Antifa aus Hamburg sowie eine Mitarbeiterin des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus.

Theoretische Einblicke werden in das Konzept hegemonialer Männlichkeiten geliefert, auch die lebhaft geführte Debatte zwischen Anhänger_innen differenzfeministischer und dekonstruktivistischer Positionen kommt nicht zu kurz. Im Anhang befinden sich zahlreiche Orginaldokumente wie Flugblätter, Debattenbeiträge, ein Mackertest sowie eine umfangreiche Literaturliste. ■



»Fantifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik«, Herausgeber_innenkollektiv, edition assemblage, ca. 200 Seiten, 12,80 Euro

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Ausgabe 5/13 u.a.:

Kirsten Huckenbeck: »Willkommen – in der Wirklichkeit. Per Werkvertrag ins Niemandsland – Stationen einer Odyssee«

Michael Quetting: »Erfolg durch Nichtstun. Das Ultimatum als kollektive Kampfform im GDS«

Jochen Fuchs: »Hasta la victoria siempre! 40 Jahre Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung – ein Rück- und Ausblick«

Stefan Schoppengerd/ Kirsten Huckenbeck: »Prosa gegen CSR-Lyrik – Endlich unterzeichnet: Brand- und Arbeitsschutzabkommen für Bangladesch«

Probelesen?!
4 Ausgaben für 10 Euro

Niddastraße 64
60329 Frankfurt
Tel. (069) 679984
express-afp@online.de
www.express-afp.info




Unterstützt den zapatistischen Widerstand!
Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG
Solidarischer Handel mit zapatistischem Kaffee
Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista
Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28 78 00 15
kaffeekollektiv@aroma-zapatista.de
Infos und Onlineshop: www.aroma-zapatista.de





Vier Mal im Jahr



starke Argumente
Aktueller Schwerpunkt:
Recht auf Stadt
Stadtverplanung - Leben und Überleben

Demnächst:
Bergbau-Alternativen (Juni)
Europa-Asien (September)
Einzelheft: 8€, zzgl. Porto
Jahresabo: 30€, incl. Porto
Probeheft gratis

vertrieb@asienhaus.de
www.asienhaus.de/suedostasien



Quer stellen statt querlesen



analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de



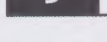
iz3w

336

In weiter Ferne – das Ende der Armut

Außerdem: ▸ Tuareg in Mali ▸ Harkis in Frankreich ▸ Spam-Mails aus Nigeria ▸ Tourismus im Slum ...

60 Seiten, € 5,30 + Porto

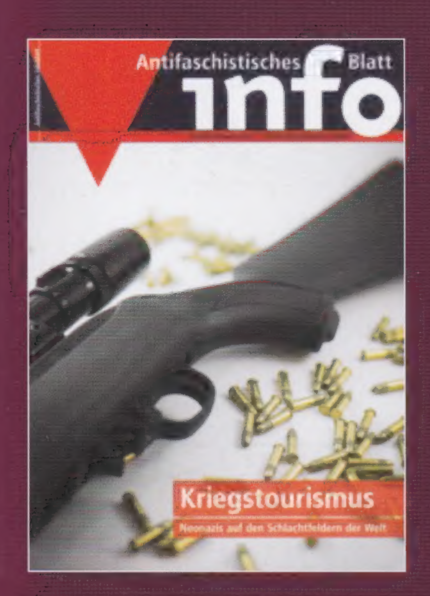


iz3w · *PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org*

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt



Impressum

Antifaschistisches Infoblatt
26. Jahrgang
Nummer 99 | 2.2013

Preis 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

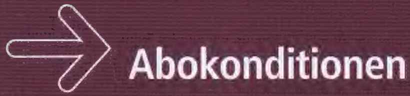
V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Bildrechte

Alle Bildrechte liegen bei den jeweiligen genannten oder uns bekannten FotografInnen. Nicht in allen Fällen können die UrheberInnen der verwendeten Fotos von uns ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.

Alle Reproduktionen wurden vom AIB erstellt. Die in der Publikation verwendeten Symbole, welche nach § 86 StGB verboten sind, werden zu dokumentarischen und aufklärerischen Zwecken genutzt. Sie dienen nicht der Verharmlosung oder der Propaganda, sondern werden im Sinne des § 86a StGB Abs. 3 verwendet.



Abokonditionen

Preise*

• für 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• für 10 Ausgaben im Abonnement	35,- Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 98
Ökofaschismus und Esoterik;
»Die Rechte« in NRW;
Europas Rechte ein Jahr vor der Europawahl



AIB 97
Refugees are welcome here?
Rassismus und Widerstand;
Das Netzwerk der Hammerskins;
20 Jahre Brandanschlag in Mölln

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

____

Datum, Unterschrift

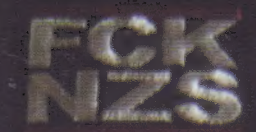
Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

TRUE REBEL

www.true-rebel-store.com





15% AUF JEDE ONLINEBESTELLUNG MIT DIESEM CODE: AIB99

FCK NZS



FRED PERRY





carhartt

GROßE BERGSTRAßE 193 22767 HAMBURG ALTONA